



Stenografischer Bericht

63. Sitzung

am Freitag, dem 4. September 2009,
in Magdeburg, Landtagsgebäude

Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten 4085

TOP 1

Aktuelle Debatte

Die Trägerlandschaft in Sachsen-Anhalt für die Zukunft sichern

Antrag der Fraktion DIE LINKE - **Drs. 5/2165**

Herr Gallert (DIE LINKE) 4085, 4090, 4094
Minister Herr Bullerjahn 4088, 4091
Herr Kurze (CDU) 4093
Herr Scharf (CDU) 4095
Frau Dr. Hüskens (FDP) 4095
Frau Budde (SPD) 4097

TOP 6

Erste Beratung

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der EG-Dienstleistungsrichtlinie in Sachsen-Anhalt

Gesetzentwurf der Landesregierung - **Drs. 5/2158**

Minister Herr Dr. Haseloff 4114
Herr Czeke (DIE LINKE) 4117
Herr Miesterfeldt (SPD) 4118
Herr Franke (FDP) 4119
Herr Thomas (CDU) 4120

Ausschussüberweisung 4121

TOP 9

Zweite Beratung

Perspektivische Wirtschaftspolitik - wirksam und nachhaltig

Antrag der Fraktion DIE LINKE - **Drs. 5/2008**

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeit - **Drs. 5/2152**

(Erste Beratung in der 61. Sitzung des Landtages am 19.06.2009)

Herr Tögel (Berichtersteller) 4121
Minister Herr Dr. Haseloff 4121

Herr Franke (FDP)	4122
Herr Gürth (CDU)	4122
Herr Dr. Thiel (DIE LINKE)	4123
Herr Miesterfeldt (SPD)	4124

Beschluss	4125
-----------------	------

TOP 13

Erste Beratung

Förderung benachteiligter Jugendlicher im Bereich der beruflichen Bildung

Antrag der Fraktion DIE LINKE - **Drs.
5/2155**

Herr Mewes (DIE LINKE)	4099, 4106
Minister Herr Prof. Dr. Olbertz	4101
Frau Hampel (SPD)	4103
Herr Franke (FDP)	4104

Frau Feußner (CDU)	4105
Ausschussüberweisung	4107

TOP 14

Beratung

Beitrag des Landes Sachsen-Anhalt zur Qualifizierungsinitiative für Deutschland

Antrag der Fraktion DIE LINKE - **Drs.
5/2156**

Änderungsantrag der Fraktionen der CDU
und der SPD - **Drs. 5/2167**

Herr Höhn (DIE LINKE)	4107, 4113
Minister Herr Prof. Dr. Olbertz	4110
Frau Mittendorf (SPD)	4111
Herr Kley (FDP)	4112
Frau Gorr (CDU)	4113

Beschluss	4114
-----------------	------

Beginn: 9.02 Uhr.

Präsident Herr Steinecke:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 63. Sitzung des Landtages von Sachsen-Anhalt und begrüße Sie alle ganz herzlich.

Ich stelle die Beschlussfähigkeit des Hohen Hauses fest.

Ich möchte Ihnen nun die neueste Wasserstandsmeldung zur Tagesordnung geben.

(Heiterkeit bei allen Fraktionen - Frau Budde, SPD: Die neuesten Lottozahlen!)

Die parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktionen haben sich darauf geeinigt, dass wir mit dem Tagesordnungspunkt 1 b beginnen.

(Frau Dr. Hüskens, FDP: Schön!)

Dann folgen der Tagesordnungspunkt 13, der Tagesordnungspunkt 14 und die Tagesordnungspunkte 6 und 9.

(Herr Scharf, CDU: Und die Zusatzzahl? Die fehlt noch!)

- Und die Zusatzzahl, ja, ja. Und das alles ohne Gewähr.

(Minister Herr Dr. Daehre: Im Laufe des Tages!)

Die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte lautet also: 1, 13, 14, 6 und 9. - Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

(Frau Budde, SPD: Wenn wir vor 12 Uhr fertig sind, haben wir den Jackpot! - Heiterkeit bei der FDP - Frau Dr. Hüskens, FDP: Das ist alles schon Bundestagswahlkampf!)

Meine Damen und Herren! Ich rufe erneut **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Aktuelle Debatte

Ich rufe das zweite Thema auf:

Die Trägerlandschaft in Sachsen-Anhalt für die Zukunft sichern

Antrag der Fraktion DIE LINKE - **Drs. 5/2165**

Die Fraktionen sprechen in der Reihenfolge DIE LINKE, CDU, FDP und SPD. Zunächst hat für die Antragstellerin der Abgeordnete Herr Gallert von der Fraktion DIE LINKE das Wort. Bitte schön.

Herr Gallert (DIE LINKE):

Guten Morgen! Verehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit Dienstag liegt den Fraktionen des Hohen Hauses ein Aufruf vor, der wie folgt überschrieben ist: „In Vielfalt investieren - die Trägerlandschaft in Sachsen-Anhalt für die Zukunft sichern“.

Dieser Aufruf ist in seinem Umfang und in seinem Unterstützerkreis durchaus von einer neuen Qualität gekennzeichnet. Er unterscheidet sich ganz maßgeblich von dem, was gerade Haushaltspolitiker jedes Jahr zu erfahren bekommen, wenn es an den Einstieg in die Haushaltsberatungen geht.

Es handelt sich nämlich gerade nicht um einen Aufruf, der sozusagen das wohlverstandene Eigeninteresse einer einzelnen Institution in den Vordergrund rückt, den ganz üblichen, ja auch legitimen Versuch, seine Existenz über das nächste Haushaltsjahr hinwegzuretten, möglicherweise hier und da auch einmal auf Kosten einer Institution, die sich in einem ähnlichen Aufgabenbereich befindet, oder auf Kosten von Institutionen in anderen Politikbereichen.

Nein, die neue Qualität dieses Aufrufes besteht darin, dass sich hier Institutionen und Träger aus ganz unterschiedlichen Politikbereichen auf eine gemeinsame Position verständigt haben,

(Herr Gürth, CDU: Gar nicht neu!)

Politikbereiche wie die der sozialen Infrastruktur, der Umweltpolitik, der Kultur, der Demokratieentwicklung - also Bereiche, die auf den ersten Blick nicht unbedingt etwas gemeinsam haben. Sie haben sich auf eine ganz maßgebliche Position geeinigt, die zentrale Fragestellungen an die Landespolitik formuliert, in der es eben nicht um den einzelnen Fördermittelbescheid geht, sondern um die Perspektive des Landes Sachsen-Anhalt.

Wem haben wir diesen Aufruf zu verdanken? - Natürlich zuallererst den Unterzeichnern. Allerdings haben sie eine Initiative aufgenommen, zu der sie aufgefordert worden sind, und zwar vom Finanzminister dieses Landes, Jens Bullerjahn, der Mitte Juni 2009 ein Strategiepapier vorgestellt hat, mit dem er versucht hat, ein Konzept dafür zu entwickeln, wie er in den nächsten beiden Jahren mit den entsprechenden Einnahmenvolumina die Ausgabenvolumina koordinieren kann.

Er hat dieses Strategiepapier der Öffentlichkeit vorgestellt. Er hat die Öffentlichkeit aufgefordert, darauf zu reagieren. Die Öffentlichkeit, auch die regierungsinterne, hat es danach getan. Man hatte dabei nicht immer den Eindruck, dass die Reaktion wirklich gewollt gewesen ist, aber das sei dahingestellt.

(Herr Felke, SPD: Ganz schön ehrlich!)

Die entsprechenden Institutionen, die uns diesen Aufruf vorgelegt haben, haben sich das Strategiepapier angeschaut und kommen zu folgendem Schluss - ich zitiere -:

(Herr Gürth, CDU: Brauchen Sie nicht!)

„Mit den in der Landesregierung diskutierten Kürzungen wird die Axt ans Fachwerk der Gesellschaft in Sachsen-Anhalt gelegt. So wird fachliche Kompetenz vernichtet und dem bürgerschaftlichen Engagement einer lebendigen Zivilgesellschaft und einer notwendigen Beratungsinfrastruktur die Grundlage entzogen. Mittelfristig zerstören die diskutierten Kürzungen auf breiter Basis die Trägerstrukturen.“

Das ist die Einschätzung, das ist die Position derjenigen, die diesen Aufruf unterzeichnet haben.

Schaut man sich allerdings einmal die Situation an, in der eine solche Position formuliert ist, kommt man im ersten Augenblick ein bisschen ins Staunen; denn das Strategiepapier des Kollegen Finanzministers hat zwar - das ist ausdrücklich auch unsere Einschätzung - eine Reihe von politischen Einsparmaßnahmen vorgeschlagen, die aus unserer Sicht völlig indiskutabel sind, formaljuristisch zum Teil auch gar nicht gehen, die politisch völlig falsch sind und die tatsächlich die Perspektive die-

ses Landes bedrohen, aber: Der andere Teil der Wahrheit ist, dass er, obwohl er diese Einsparvorschläge unterbreitet hat, konstatieren musste, dass für den Doppelhaushalt 2010/2011 neue Schulden in Höhe von mehr als 1,1 Milliarden € aufgenommen werden müssten, dass also trotz solcher politisch unverantwortlichen Einsparvorschläge

(Herr Gürth, CDU: Als Sie regierten, haben Sie das in einem Jahr geschafft!)

diese Dinge nicht zu finanzieren sind und riesige Löcher im Haushalt entstehen.

(Herr Gürth, CDU: Von wegen! Von wegen!)

- Herr Gürth, Sie wissen genau: Unsere Schuldenbilanz ist pari-pari.

(Frau Feußner, CDU: Das glauben Sie doch selber nicht!)

Sie haben genauso viel Schulden zu verantworten

(Herr Gürth, CDU: Das haben Sie auch!)

wie eine andere politische Konstellation; dagegen können Sie auch mit lauten Zwischenrufen nichts ausrichten.

(Beifall bei der LINKEN)

Das politische Problem besteht nämlich genau darin, dass dieses Defizit nicht etwa Produkt einer bestimmten Landesregierung oder einer bestimmten politischen Farbe ist; das politische Problem besteht darin, dass hier ganz klar ein Missverhältnis zwischen den politischen Aufgaben der öffentlichen Hand auf der einen Seite und den dafür in der öffentlichen Kasse zur Verfügung stehenden Ressourcen auf der anderen Seite besteht. Das führt dazu, dass wir - egal wer in diesem Land regiert -

(Herr Gürth, CDU: Richtig!)

vor die Alternative gestellt sind, politisch falsche Entscheidungen im Interesse der Haushaltskonsolidierung zu realisieren oder eine Nettoneuverschuldung zuzulassen oder - und das ist die tiefere Wahrheit für die nächsten zwei, drei, wahrscheinlich vier Jahre - beides zu tun. Das ist der entscheidende Punkt, der in diesem Strategiepapier offengelegt wird: die radikale Diskrepanz zwischen den öffentlichen Einnahmen auf der einen Seite und den öffentlichen Aufgaben auf der anderen Seite. Das ist die Frage, über die wir zu diskutieren haben.

(Herr Franke, FDP: Was denn sonst?)

Denn - davon gehe ich auch aus - auch die Kollegen von der SPD und auch die Kollegen von der CDU werden - zumal kurz vor der Bundestagswahl -

(Zuruf von Herrn Gürth, CDU)

nicht unmittelbar daran interessiert sein, dass sich die politische Stimmungslage im Land infolge der Meldungen von gestoppten Förderungen bzw. radikalen Kürzungen in diesem Bereich verschlechtert. - Nein, es gibt radikale Umstände, die dazu führen.

Ich warne ausdrücklich vor der Illusion, das sei ein kurzzeitiges Problem, das innerhalb von zwei Jahren mit dieser Finanzkrise auftrete. Nein, es gibt einigermaßen seriöse Perspektiven, die besagen: Allein das, was wir an Steuerverlusten in dieser Finanzkrise erleiden, werden wir über viele, viele Jahre nicht ausgleichen können. Wir haben langfristig in der Perspektive für das Land Sach-

sen-Anhalt wegen der abschmelzenden Mittel des Solidarpakts und von der EU mit einem insgesamt sinkenden Haushaltsvolumen zu kämpfen, wodurch sich diese Diskrepanz zwischen öffentlichen Ausgaben und Aufgaben auf der einen und den dafür zur Verfügung stehenden Ressourcen auf der anderen Seite immer weiter zuspitzt.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn wir über die Perspektiven für dieses Land reden wollen, dann müssen wir diese Aufgabe lösen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das ist das Problem, um das es geht.

Das bedeutet in der Konsequenz, wenn wir diese Aufgabe ernst nehmen wollen, die nicht nur die Trägerlandschaft formuliert hat, sondern die sich die Landesregierung zum Beispiel in dem sozialpolitischen Gesamtkonzept selbst gestellt hat, wenn wir die Aufgabe des Bildungslandes Sachsen-Anhalt ernst nehmen wollen, wenn wir die Aufgabe ernst nehmen wollen, dieses Land in der Perspektive für die Menschen sicher zu gestalten, dann müssen wir klar die Position vertreten, mehr Mittel in die öffentlichen Kassen hereinzuholen und nicht weniger, wie es in der steuerpolitischen Diskussionen zurzeit nahegelegt wird. Das ist unsere Position.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Zahlen sprechen eine ganz deutliche Sprache: Wir brauchen für diese öffentlichen Aufgaben mehr öffentliche Mittel. Die Träger haben uns ein Problem eröffnet, das wir auch in anderen Zusammenhängen haben. Ich sage ausdrücklich: Gerade die Diskussion, die auch heute wieder die entsprechenden Zeitungen beherrscht, nämlich in Bezug auf die Prävention im Polizeibereich, hat natürlich etwas damit zu tun, wie wir die Ressourcen in diesem Bereich einsetzen und welche Ressourcen wir dafür zur Verfügung haben.

Dazu muss man ganz deutlich sagen: Wer hier sagt: „Weniger Steuern, weniger Staat!“, der sagt nicht nur: „Weniger Geld für die entsprechenden Träger!“, sondern auch: „Weniger Geld für Personal!“, der sagt auch: „Weniger Geld für Bildung!“. Das ist das Problem, vor dem wir stehen. Die Entscheidungen darüber fallen zum Teil in den nächsten Wochen. Deswegen ist es ganz klar: Wer diese Aufgaben, die in dem Aufruf formuliert sind, inhaltlich politisch vertritt, der muss für mehr Einnahmen des Staates, für einen kräftigen Staat eintreten - das ist die Perspektive, um die es geht -

(Beifall bei der LINKEN - Widerspruch bei der FDP)

aber nicht um eines konservativen Staatsverständnisses willen, sondern um die öffentlichen Aufgaben, die dahinter stehen und die in dem Aufruf der Träger formuliert sind, wirklich erfüllen zu können. Das ist das Problem, vor dem wir stehen.

(Zuruf von Herrn Wolpert, FDP)

Wir haben die Aktuelle Debatte dieses Mal vor den Haushaltsberatungen beantragt, weil es in den Haushaltsberatungen darum gehen wird, wie wir mit dieser Situation umgehen. Der Aufruf der Träger bringt uns aber das Problem nahe, dass wir die Rahmenbedingungen, innerhalb deren das Land Sachsen-Anhalt zu handeln hat, wirklich infrage stellen müssen.

Diese Rahmenbedingungen werden sich in absehbarer Zeit so zuspitzen, dass wir sie verändern müssen. Dafür

brauchen wir ein anderes steuerpolitisches Konzept, aber nicht die völlig inhaltsleere Versprechung, man könne Steuersenkungen realisieren - das wird überhaupt nicht funktionieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich will auf zwei weitere Probleme hinweisen. Wenn wir uns in einer Situation wie dieser befinden, in der es haushaltspolitische Notlagen gibt, in der es möglicherweise auch das Problem gibt, Strukturen anders anpacken zu müssen, dann können wir eines nicht tun: Wir können nicht diejenigen, die als Träger mit ehrenamtlichen Strukturen im Sinne der Subsidiarität solche Aufgaben übernommen haben, dann, wenn es um die Lösung solcher Probleme geht, völlig außen vor lassen. Unser Vorwurf ist, dass die Landesregierung genau das getan hat.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie hat die Bescheide hinausgeschickt, ohne überhaupt mit den Leuten zu reden. Sie hat ehrenamtliche Strukturen an dieser Stelle völlig ignoriert und ehrenamtliches Engagement dadurch sinnentleert. Dann braucht man sich am nächsten Sonntag nicht hinzusetzen und über ehrenamtliches Engagement und über Subsidiarität zu reden. Man hat dies schwer beschädigt durch die Art und Weise, in der man mit diesen Trägern umgegangen ist. Das verdient ausdrücklich Kritik. Das ist ein obrigkeitsstaatliches Staatsverständnis. Das hat nichts mit Partizipation zu tun. Das hat nichts mit Zivilgesellschaft zu tun.

(Beifall bei der LINKEN)

Unser Problem ist, dass dieser Versuch nicht unternommen worden ist.

Ich will ein weiteres Problem nennen. Dieses Problem gründet sich darauf, dass wir es bei dieser Trägerstruktur natürlich mit politischen Institutionen zu tun haben, die fachpolitische Interessen vertreten. Es sind politische Institutionen dabei wie der BUND im Umweltbereich, der Kinder- und Jugendring im Bereich der Kinder- und Jugendpolitik oder der Landesfrauenrat. Deren Aufgabe ist es natürlich, politische Positionen gegenüber dieser Landesregierung zu formulieren, politische Positionen gegenüber dieser Landesregierung zu vertreten, ja, sie auch zu kritisieren, wenn aus ihrer Sicht fachpolitische Fehler gemacht werden.

Wir haben inzwischen, übrigens nicht erst in der jetzigen Phase, den Eindruck gewonnen, dass diese Diskussion über fachpolitische Zielstellungen seitens der Landesregierung nicht mit Argumenten, sondern mit Fördermittelbescheiden ausgefochten wird. Dazu sagen wir ganz deutlich: Das ist ein ganz radikaler Verstoß gegen das Gebot eines vernünftigen Umgangs mit diesen Institutionen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn man in diesem Land Angst haben muss, eine kritische Position zu formulieren, weil danach der Fördermittelbescheid gestrichen wird - dieser Eindruck ist bei manchen inzwischen massiv entstanden -, dann sind wir hier falsch. Dann haben wir eine politische Situation, die wir als Landtagsabgeordnete und als Fraktionen uns nicht auf die Fahnen schreiben dürfen. Dann müssen wir ganz klar sagen: Gegen ein solches Staatsverständnis gehen wir vor. Inhaltliche Diskussionen werden mit Inhalten geführt, aber nicht mit Fördermittelbescheiden

- nicht von dieser Regierung und auch von keiner anderen.

(Beifall bei der LINKEN - Herr Borgwardt, CDU: Geben Sie doch einmal ein Beispiel!)

Ich sage ausdrücklich: Das trifft nicht nur auf diese Landesregierung zu. Das hat schon eine längere Tradition, aber eine Tradition, mit der es gerade jetzt und endgültig zu brechen gilt.

Wir werden unter diesem Haushaltsdruck keinerlei vernünftige Diskussion über Strukturveränderungen hinbekommen. Man kann nicht sagen: Wir kürzen radikal die Mittel, und ihr guckt dann einmal, was ihr mit dem Rest hinbekommt.

Wir werden natürlich strukturelle Veränderungen in der Trägerlandschaft haben müssen. Darüber müssen wir in den nächsten Jahren aber inhaltlich diskutieren. Das kann man eben nicht unter der Vorgabe, innerhalb kürzester Zeit massiv Mittel zu streichen. Wir brauchen eine Perspektive. Wir brauchen eine Perspektive für dieses Land durch mehr öffentliche Einnahmen. Wir brauchen eine Perspektive für dieses Land durch eine ehrliche Diskussion mit den betroffenen Trägern. Und wir brauchen eine Perspektive im Hinblick auf eine politische Interessenvertretung in diesem Land gerade für diejenigen, die ansonsten keine Lobby haben. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank, Herr Gallert. Es gibt eine Nachfrage von Frau Dr. Hüskens. Wollen Sie die Nachfrage beantworten?

Herr Gallert (DIE LINKE):

Aber natürlich.

Präsident Herr Steinecke:

Bitte.

Frau Dr. Hüskens (FDP):

Herr Gallert, ich bin aufgrund der Flughöhe, in der Sie das Thema behandelt haben, nicht ganz sicher, was die Position der Fraktion DIE LINKE ist.

(Herr Gürth, CDU: Ein bisschen Meckerei!)

Sie haben gesagt, dass die Einnahmen des Landes zu niedrig seien und dass dies das Hauptproblem sei.

Herr Gallert (DIE LINKE):

Ja.

Frau Dr. Hüskens (FDP):

Wir reden über 250 000 € im Sozialhaushalt. Ganz kurz einmal die Frage: Ich kann schon davon ausgehen, dass die Fraktion DIE LINKE auch ohne eine Förderrechtsänderung in Berlin die Bemühungen der FDP im Finanzausschuss unterstützen wird, diese Mittel in Höhe von 250 000 € wieder zur Verfügung zu stellen?

(Lachen bei der CDU)

Herr Gallert (DIE LINKE):

Frau Hüskens, Sie haben unsere volle Unterstützung oder - um einmal die Größenordnungen in diesem Haus

klarzustellen - wir haben Ihre Unterstützung - um das einmal so deutlich zu formulieren.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Frau Hüskens, natürlich kenne ich diese Diskussion auch. Sie wird von den Trägern nicht ganz zu Unrecht geführt. Wir werden mit diesen Kürzungen, die hier sozusagen medial zur Diskussion stehen, den Landeshaushalt nicht retten können. Das ist klar. Man kann diese Kürzungen auch verhindern, ohne insgesamt aufzugeben.

Ich sage aber auch: Ein Defizit in diesem Landeshaushalt kann man natürlich nicht allein dadurch auflösen, dass man sagt, dies seien Peanuts und jenes seien Peanuts. Viele Peanuts ergeben nachher einen großen Erdnusshaufen und viele große Erdnusshaufen bedeuten große Defizite. Deswegen würde ich diese Diskussion nicht an erster Stelle führen.

Jawohl, eines stimmt: Das, was hier zurzeit bei den betroffenen Trägern passiert, ist nicht nur Ausdruck der Haushaltssituation des Landes Sachsen-Anhalt, sondern auch eines falschen Politikverständnisses, sehr wohl.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist eben auch Ausdruck der Haushaltssituation des Landes Sachsen-Anhalt und der mittelfristigen Finanzperspektive. Deswegen sage ich hier ausdrücklich, dass wir es hier mit zwei Baustellen zu tun haben. Das, was hier passiert, ist auch ein politischer Fehler dessen, was in der Landesregierung passiert ist. Aber dieser politische Fehler ist überhaupt erst möglich geworden, weil die realen Rahmenbedingungen des Landes Sachsen-Anhalt so sind wie sie sind. So ehrlich muss man sein.

Es gibt zwei Seiten einer Medaille. Es gibt zwei Fehler. Das eine ist die Position des Landes auch auf der Bundesratsebene zu solchen Fragen wie Schuldenbremse und Steuersenkungen. Das andere Problem ist, wie hier konkret mit den Leuten umgegangen wird. Beides ist falsch. Ich habe versucht, das deutlich zu machen. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Herr Steinecke:

Weitere Fragesteller melden sich nicht zu Wort. Wir kommen zum Beitrag der Landesregierung. Herr Minister Bullerjahn, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Herr Bullerjahn, Minister der Finanzen:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kollege Gallert, könnte es sein, dass ein vor uns stehendes Ereignis die Debatte ein bisschen beeinflusst hat? Denn - -

(Herr Gallert, DIE LINKE: Ach nee!)

- Ja, ja, ich werde doch ein paar Sachen sagen können, die sozusagen meiner Überzeugung entsprechen. Ich erwarte nicht, dass Sie das alles teilen.

Frau Dr. Hüskens hat es gerade angesprochen; es geht um einen Betrag, der sicherlich überschaubar ist. Es geht um ein Thema, das sicherlich viele aufbringt. Das hätten Sie wahrscheinlich auch für den Kulturbereich oder für den Hochschulbereich hinbekommen. Insofern kann sich das natürlich überlagern mit einer Grundsatzdebatte, die an dieser Stelle meines Erachtens nicht gerechtfertigt ist.

Ich will das ein bisschen teilen, ohne - das ist eigentlich mein Hauptproblem - diese Haushaltsdebatte vom Oktober jetzt vorwegzunehmen. Dafür will ich mir mindestens eine Dreiviertelstunde Zeit nehmen, weil ich auch erläutern will, warum wir das genau so gemacht haben, wie wir oder auch ich es mit dem Papier gemacht haben, das eigentlich alle schlimm finden. Alle halten mit eigenen Vorschlägen hinter dem Berg, sagen aber: So hättest du es nicht machen dürfen. - Ich glaube, darin sind sich hier fast alle Fraktionen einig. Aber trotzdem liegt jetzt etwas auf dem Tisch, was zu einer solchen Reaktion führt.

Ich will drei Sachen ansprechen: erstens das konkrete Anliegen, zweitens das Thema Steuern und drittens den Haushalt allgemein.

Ja, Herr Gallert, es ist richtig; es ist auch in den letzten Tagen schon von den beiden Fraktionen, die die Regierung tragen, gesagt worden: Das, was da im Sozialministerium gelaufen ist, war einfach schlecht. Das war aus mehreren Gründen schlecht. Erstens war die Landesregierung noch mitten in der Beratung. Wir haben im Kabinett gerade erst darüber gesprochen, welche Eckwerte wir später wirklich beschließen wollen.

Zweitens. Wir waren in den Gesprächen, das wissen Sie. SPD und CDU hatten gemeinsame Veranstaltungen mit den Trägern; dabei ging es um Frauenhäuser, um Strukturveränderungen. Frau Petra Grimm-Benne und andere haben dort auch mit mir geredet. Sie wissen, dass meine Fraktion mich während des Sommers kritisch, kreativ und unterstützend begleitet hat - ich glaube, das war die richtige Reihenfolge. Insofern war das Thema bekannt.

Wir haben auch versucht, mit diesen Gesprächen die Härte herauszunehmen. Wenn dann am Freitagnachmittag ein solches Fax hinausgeht, dann ist natürlich alles ad absurdum geführt. Der Ton ist falsch, die Stoßrichtung ist falsch und auch mit der Art und Weise kann man, wenn man eigentlich mit den Leuten reden will, nur vor den Baum fahren.

Insofern ist es gut, dass schon das Signal kam, dass alle Fraktionen - ich habe nun gehört, dass es jede auf ihrer Habenseite haben will - Gespräche führen und das im Ausschuss wieder korrigieren wollen. Aber ich glaube, wir sind uns grundsätzlich darin einig, dass die Struktur bei der Beratung, auch die Trägerstruktur, zu hinterfragen ist, weil - auch das muss man sagen - Sachsen-Anhalt - dafür muss man dem Sozialministerium dankbar sein - im Ländervergleich pro Kopf am meisten in diesem Bereich ausgibt.

Wir haben Trägerstrukturen, die zum einen mittlerweile nicht mehr dem entsprechen, was wir uns leisten können. Zum anderen entsprechen sie nicht dem, was man bei zwei Millionen Einwohnern am Ende vielleicht braucht. Ich halte es für richtig, darüber zu reden.

Das wird aber wieder konterkariert, wenn man das mit sechs, sieben dürren Zeilen am Freitagnachmittag so macht, dass die Leute den Eindruck gewinnen, sie könnten am nächsten Montag alle entlassen. Darin gebe ich Ihnen Recht; das haben auch alle gesagt. Deswegen ist die Debatte auch richtig. Sie können glauben, dass sich Frau Kuppe von allen am meisten ärgert; denn sie war in die Gespräche eingebunden.

Sie steht damit jetzt in einer Diskussion, die sie erstens nicht wollte und zweitens nicht gebrauchen kann. Drit-

tens wird die Diskussion jetzt dazu führen - dafür bin ich doch lange genug im Geschäft -, dass die Vorschläge, die wir unterbreitet haben, natürlich von Ihnen in den Ausschüssen zurückgenommen werden. Trotzdem bitte ich Sie, dabei zu bleiben, dass über diese Strukturveränderungen weiter diskutiert werden muss. Wir bleiben bei unserer Zusage, das für zwei Jahre planbar zu machen.

(Herr Scharf, CDU: Nehmen Sie doch einmal Ihren eigenen Haushalt ernst!)

- Was?

(Herr Scharf, CDU: Nehmen Sie doch Ihren eigenen Haushalt ernst!)

- Das mache ich auch. Ich will auch etwas dazu sagen. Herr Scharf, wissen Sie, es gibt Signale aus Ihrer Fraktion, das zu ändern. Dann müssen Sie sich intern abstimmen. Ich habe mit Kollegen aus Ihrer Fraktion gesprochen, die mit unseren Fachkollegen abgesprochen haben, dass sie das in den Ausschüssen zum Teil zurücknehmen wollen. Das bringe ich hiermit ein, nicht mehr und nicht weniger. Wenn Sie das stört, dann müssen Sie das intern klären.

Ich bleibe bei unserem Entwurf. Herr Scharf, mir muss niemand sagen, was das in den letzten Wochen an Diskussionen hervorgebracht hat. Ich halte das für richtig, gleichwohl habe ich die Diskussionen zur Kenntnis genommen. Ich will dazu sagen: Wir werden den Weg begleiten, wenn andere darangehen wollen, diese Diskussion vielleicht zu entschärfen. Was ist daran falsch, Herr Scharf? - So viel zu diesem Thema.

Ich will auch sagen, dass wir in den letzten Tagen - ich weiß nicht genau, wann - für das Jahr 2009 die Haushaltssperre für den Suchtbereich aufgehoben haben. Das heißt, wir haben die Mittel jetzt zu 100 % freigegeben. Da war noch ein Betrag in Höhe von 150 000 €. Das haben wir bei anderen Kolleginnen und Kollegen mit anderen Trägern übrigens genauso getan, weil wir - das sage ich auch - diese Diskussion erzwingen wollen.

Ich sage auch ganz klar: Wenn es keine Strukturveränderung gibt - das habe ich den Trägern in den Gesprächen gesagt -, werden aus den 85 % beim nächsten Doppelhaushalt 70 %. Ich halte diese Diskussion für legitim. Aber ich gehe davon aus, dass die Fachgespräche in den Ausschüssen zu einem anderen Ergebnis führen werden.

Wieso kam es eigentlich zu diesen Diskussionen? - Es kam nicht deswegen dazu, weil wir uns bei den Steuerstrukturen dermaßen arm gerechnet haben, sondern weil wir jetzt Steuerausfälle in einem enormen Maße zu verzeichnen haben, wie es vor einem Jahr kein Mensch für möglich gehalten hat. Wir haben ein Minus von 6 % zu verzeichnen.

Das führt dazu, dass der Bund allein in diesem Jahr neue Schulden in Höhe von 100 Milliarden € aufnehmen wird; diese Summe wird im nächsten Jahr voraussichtlich die Grenze von 130 Milliarden € überschreiten. Diese Mittel werden dem Staat dann nicht mehr zur Verfügung stehen. Es mag sein, dass das DIE LINKE überhaupt nicht interessiert und dass die FDP meint, sie könnte das alles durch Sparen erwirtschaften. Ich warte auf die praktischen Vorschläge. Aber dafür haben wir in den nächsten Wochen noch genug Zeit.

(Zuruf von Frau Dr. Hüskens, FDP)

Eines ist klar - darin widerspreche ich Ihnen, Herr Gallert, ausdrücklich -: Die Länder sind in unterschiedlichem Maße in der Lage, dem etwas entgegenzusetzen. Ich sage Ihnen, Sachsen wird es aufgrund einer über die Jahre andauernden anders gearteten Haushaltspolitik - das muss man anerkennen - gelingen, ohne neue Schulden durch diese Krise zu kommen. Das heißt, man kann nicht einfach sagen, es sei nur auf der Einnahmenseite möglich, dieser Krise entgegenzutreten, und zwar einfach durch Steuererhöhungen.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage auch: Mecklenburg-Vorpommern, ein Land, das uns jetzt mit Konsolidierungshilfen unterstützen wird, hat sich vorgenommen - übrigens auch zu einer Zeit, in der die SPD und DIE LINKE gemeinsam Sparvorschläge durchgebracht haben, an die wir hier mit einer anderen Konstellation nicht herangegangen sind -, ohne neue Schulden durch die Krise zu kommen.

(Beifall bei der SPD)

Spätestens bei Mecklenburg-Vorpommern sollte man vorsichtig sei, wenn man sagt, das sei nicht zu schaffen. Was meinen Sie, wie die auf uns schauen bei der Diskussion um die neuen Schulden in Höhe von jetzt schon 600 Millionen €. Die sagen schon: Hättet ihr euch eher angestrengt - zu welcher Regierungszeit auch immer -, dann hättet ihr es genauso wie wir hinbekommen, mit dem gleichen Steueraufkommen auf der Ausgabenseite einen Ausgleich zu schaffen und selbst durch eine solche Krise ohne neue Schulden hindurchzusteuern.

Das ist eine Diskussion, der wir uns nicht entziehen können, indem wir sagen: Leute, wir müssen das nicht auf der Ausgabenseite klären, sondern nur auf der Einnahmenseite. Deswegen sage ich: So schwierig das auch ist, wir können uns dieser Strukturdiskussion nicht entziehen.

Herr Scharf - das möchte ich beim nächsten Mal ausführlich machen -, jede Fraktion ist gehalten, mich auf diesem Weg nicht nur zu kontrollieren - wie ich es gesehen habe -, sondern mit einem eigenen Anspruch auch eigene Vorschläge zu unterbreiten - jede.

(Beifall bei der SPD)

Diese Vorschläge müssen sich nicht mit mir beschäftigen, nicht mit dem Strategiepapier oder wie auch immer Sie es nennen wollen. Es geht vielmehr darum, wie man in eigener Verantwortung in diesem Jahr und in den nächsten Jahren die zurückgehenden Einnahmen, die Strukturprobleme und die Einwohnerveränderung kompensieren will. Dazu habe ich bisher nur gehört, was alles nicht geht. Ich möchte in der Diskussion erfahren - von wem auch immer -, wie man es vielleicht durch andere Überlegungen und andere Konzepte auch anders machen kann. Aber ich gehe ausdrücklich nicht bei dem mit, was die LINKE vorschlägt, nämlich nur auf der Steuerseite an dem Rädchen zu drehen - und schon löse sich das Problem von allein.

Wir haben im Personalbereich, bei Strukturfragen und bei der Fördermittelvergabe Reserven, die wir heben müssen. Dann kann es am Ende des Weges sein - da bin ich jetzt bei Ihnen, Herr Gallert -: Wenn wir alle mehr Bildung wollen, Kostenfreiheit bei den Beiträgen, beim Mittagessen, bei der Schülerbeförderung, keine Studiengebühren usw.

(Herr Borgwardt, CDU: Schulmilch!)

- also alles, worüber schon diskutiert wurde -, dann kann es sein, dass wir trotz größten Sparens irgendwann an einen Punkt kommen, wo es wirklich darum geht, dass der Staat sich in einem Maße zurücknimmt, das ich - das sage ich ausdrücklich als Sozialdemokrat - für nicht verantwortlich halte.

Dann muss die Gesellschaft auch darüber reden, ob sie zu mehr Steueraufkommen in bestimmten Steuerarten bereit ist, wie es die Skandinavier machen. Dann sind Sie nämlich bei der Einkommensteuer. Dann sind Sie übrigens auch bei der Frage der Mehrwertsteuer usw., wenn Sie ehrlich sind. Das sind nämlich die Länder, die gern herangezogen werden, wenn man über die Ausgabenseite spricht und lobt, dass dort sehr stark bei der Bildung oder bei der Sozialpolitik unterstützt wird.

Diese Diskussion muss man führen, wenn man am Ende des Weges - das ist nicht unsere jetzige Aufgabe - auch sagt, dass der Staat seine Einnahmebasis verbessern will. Das alles gehört in ein Gesamtkonzept. Steuerdiskussionen hin oder her - ich sage, dass das die Probleme der Haushaltspläne 2010/2011 und 2012/2013 nicht löst. Deswegen bin ich dankbar, dass bei den Vorschlägen, die ich auf den Tisch gelegt habe, eine so rege Anteilnahme herrscht.

Folgendes will ich ausdrücklich sagen: Das, was bei den Trägern exemplarisch passiert ist, war nicht besonders gut; es war einfach nur schlecht; es war Mist, weil es vieles auf den Kopf gestellt hat. Aber eine solche Diskussion wird es auch in Bezug auf die Hochschulen geben müssen und bei der Frage, was wir in Zukunft an Fördermitteln - diese Diskussion führen wir bereits fort -, was wir an Bauten aufgrund welcher Strukturentscheidungen brauchen. Diese Diskussion ist in vollem Gange.

Das Bestreben der Landesregierung ist es nach wie vor, die Nettokreditaufnahme von den derzeit vorgesehenen 660 Millionen € im Rahmen der Haushaltsberatungen und im Vollzug weiter zu senken. Ich bin dankbar für Vorschläge der Fraktionen, aber sie möchten bitte konkreten Inhalts sein.

(Zuruf von Herrn Kosmehl, FDP)

Ich habe gehört, dass es Fraktionen und Parteien gibt - das möchte ich an dieser Stelle auch ansprechen - die sagen, sie könnten das auch mit Steuersenkungen erreichen. Hierzu sage ich nicht im Namen der Landesregierung, sondern für mich allein: Das glaube ich wirklich nicht.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der LINKEN)

Darin sind sich die Finanzpolitiker fast aller Parteien einig. Wenn ich jetzt schon weiß, dass der Staat insgesamt mehr als 100 Milliarden € neue Schulden aufnehmen muss, um den Haushalt auszugleichen, wenn die Bundesregierung jetzt schon davon ausgeht, dass im Jahr 2013 vielleicht 40 Milliarden € oder 50 Milliarden € neue Schulden aufgenommen werden müssen, dann werden Sie niemandem erklären können, wie das auf der Einnahmenseite funktionieren soll, auch nicht mit einer Argumentation, dass dies die Wirtschaft ankurbelt. Hierüber diskutieren wir seit 20 Jahren und merken die Begrenztheit dieser Diskussion. So ehrlich sollten wir sein.

Wer auch immer am 27. September die Regierung stellen wird, wird wieder mit diesen alten Klischees nach

dem Motto: „Wir haben einen Kassensturz gemacht“, „Wir konnten es vorher nicht ahnen“ und: „Wenn ich das vorher gewusst hätte, hätte ich das nie gesagt“, erzählen, es gehe nicht darum, die Steuern zu senken, sondern darum zu schauen, wie wir mit anderen Methoden mehr Geld in die Kassen bekommen.

Darüber soll jeder für sich entscheiden. Das soll jeder in den nächsten Wochen den Menschen erklären können. Aber zur Gesamtheit dieser Diskussion - hierbei versuche ich sehr sachlich zu sein - gehört es auch, den Leuten nichts vorzumachen und zu sagen, wir lösen das Problem allein mit mehr Steuern.

Für genauso falsch halte ich es zu sagen, wir lösen das Problem mit weniger Steuern. Wir werden uns der Diskussion über die Ausgaben auch bei den Trägerstrukturen stellen müssen. Wir müssen langfristige Lösungen finden. Ich denke, hierfür bleibt uns in den nächsten Wochen genügend Zeit. - Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der CDU)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank, Herr Minister. Es gibt drei Nachfragen, und zwar von Herrn Gallert, von Frau von Angern und von Frau Dr. Hüskens.

Bevor ich den Fragestellern das Wort gebe, begrüße ich Damen und Herren der Firma Salo+Partner, Bildung und Beruf aus Magdeburg auf der Südtribüne. Herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Herr Gallert, Sie können nun Ihre Frage stellen.

Herr Gallert (DIE LINKE):

Es ist weniger eine Frage als vielmehr eine Intervention,

Präsident Herr Steinecke:

Dann intervenieren Sie.

Herr Gallert (DIE LINKE):

und zwar bezüglich der Frage, ob wir als Land das Problem der Nettoneuverschuldung allein haben oder ob andere Länder dieses Problem ebenfalls haben. Ich habe diese Diskussion auch gehört, wonach Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern in den nächsten Jahren ohne Nettoneuverschuldung auskommen würden.

Herr Bullerjahn, Minister der Finanzen:

Nein, Thüringen nicht. Das ist falsch.

Herr Gallert (DIE LINKE):

Thüringen war bis vor Kurzem auch noch dabei. Inzwischen hat Thüringen zugegeben, dass das Quatsch ist. Sie werden natürlich eine Nettoneuverschuldung realisieren.

Herr Bullerjahn, Sie wissen genauso gut wie ich: Dass Mecklenburg-Vorpommern ohne Neuverschuldung auskommen wird, ist, wie es der Ministerpräsident immer so schön sagt, die barmherzige Lüge, die irgendwann in die harte Wahrheit umschlagen wird. Das ist in Mecklenburg-Vorpommern bereits terminiert, und zwar wird man im November 2009 nach der Steuerschätzung mit der Wahrheit herauskommen.

Selbst das, was jetzt dort aufgeschrieben wurde, konnte nur deshalb dargestellt werden, weil Rücklagen in Höhe von fast 500 Millionen €, die kreditfinanziert sind, in den Haushaltsplan 2010/2011 eingestellt worden sind. Also, die Aussage „Mecklenburg-Vorpommern ohne Neuverschuldung“ ist auch eine Form von Selbstbetrug.

Die Sachsen sind die Einzigen, von denen ich es nicht definitiv weiß. Aber wir wissen, dass außer Sachsen-Anhalt fast alle Länder gezwungen sein werden, eine Neuverschuldung aufzunehmen. Für den Bund haben Sie es selbst gesagt. Es handelt sich um eine strukturelle Krise, die nicht nur Sachsen-Anhalt betrifft.

Herr Bullerjahn, Minister der Finanzen:

Herr Gallert, das ist mir zu einfach. Es ist richtig, dass sich im Moment mehrere Dinge überlagern. Die konjunkturelle Frage, die vieles überlagert, muss man von dem abschichten, was in den Ländern in struktureller Hinsicht schief läuft. Die konjunkturelle Delle überlagert vieles. Das gab es noch nicht. Ein Rückgang des Bruttoinlandsproduktes um 6 % bedeutet einen Einnahmenverlust in Milliardenhöhe.

Aus bitterer Selbsterkenntnis will ich auch sagen, dass wir uns hinter diesen Problemen verstecken. Das machen Sie im Moment. Auch wenn wir und ich damals versucht haben, die Leute mit mehr Sozialpolitik im Land zu halten, sind sie aufgrund der fehlenden Arbeit dennoch weggegangen, egal was wir in den Kindergärten vorgehalten haben. Nichtsdestotrotz ist es richtig, dabei zu bleiben; denn es wird irgendwann wichtiger, als das bisher der Fall war.

Wenn man sich mit den Zahlen und Entwicklungen jahrelang beschäftigt, dann wird Folgendes klar - dazu stehe ich auch -: Wir, die öffentliche Hand, viele Private, viele Unternehmen leben über ihre Verhältnisse. Das, was im Privaten in Einklang gebracht werden muss, dass ich mit dem auskommen muss und die Ausgaben an das anpassen muss, was ich habe - das machen auch die Linken im Privaten; ich will mich dazu nicht weiter äußern -, muss auch für den Staat gelten.

(Zustimmung von Frau Fischer, SPD)

Deswegen war ich überzeugt von der Schuldenbremse und bin es nach wie vor. Andere Länder, die das bereits über viele Jahre beherzigen, kommen ganz anders durch die Krise, weil sie Rücklagen in guten Zeiten gebildet haben - das haben wir viel zu wenig gemacht - und weil sie sich in guten Zeiten auch im Bereich des Personals anhand der Bedarfe entwickelt haben.

Wie kann man sagen, Herr Gallert, wir bräuchten mehr Personal, dann gäbe es die Probleme nicht, obwohl wir wissen, dass wir im Vergleich zu anderen Ländern in manchen Bereichen personell stark übersetzt sind? - In erster Linie sind Strukturfragen und inhaltliche Fragen, zum Beispiel im Bereich der Bildung, zu diskutieren. Hierbei weichen wir als Politik viel zu oft aus, weil wir glauben, dass wir das Problem mit mehr Geld irgendwie heilen oder übertünchen könnten.

(Zustimmung von Frau Fischer, SPD)

An dieser Stelle ist das Ende der Fahnenstange erreicht. Die Schuldenbremse wird alle Parlamente und auch die Gesellschaft zwingen, sich mit diesen Themen in einem Maße zu beschäftigen, wie es bisher kaum einer geglaubt hat.

Wenn wir eine solche Trägerlandschaft zu 100 % fortführen wollen, dann müssen wir diese Kraft finden. Aber dann müssen wir auch sagen, an welcher anderen Stelle wir es wegnehmen. Es kann nicht sein, dass in der nächsten Woche einer von den Linken für die Kultur aufsteht, in der übernächsten Woche steht einer für den Straßenbau auf und dann danach schmeißt sich einer vor die Finanzämter und sagt, wie ihr das insgesamt hinkommt, ist eure Sache, aber meine Sache ist es, für meine Klientel einzutreten. Das gilt im Übrigen nicht nur für die Linken. - Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der CDU
- Herr Borgwardt; CDU: Genau!)

Präsident Herr Steinecke:

Frau von Angern, Sie haben das Wort.

Frau von Angern (DIE LINKE):

Herr Minister, meine Frage bezieht sich auf den ersten Teil Ihrer Rede. Sie sagten, dass das, was in den letzten Tagen und Wochen im Sozialministerium abgelaufen sei, schlecht und Mist gewesen sei. Die Sprache in den Schreiben des Ministeriums sei falsch gewesen; die Stoßrichtung sei falsch gewesen. Gestern war aus dem Sozialministerium zu vernehmen, dass erneut ein Gespräch auf oberster Ebene stattgefunden hat, dass es erneut darum ging, dass die bereits in der Öffentlichkeit benannten Träger ab dem Jahr 2010 nicht mehr institutionell gefördert werden sollen und dass es erneut darum ging, eine Aufgabenverlagerung bei diesen Trägern vorzunehmen.

Ich frage Sie vor diesem Hintergrund, wie Sie das einschätzen. Wie schätzen Sie dieses Verfahren und die gestrigen Gespräche ein, die ohne die Träger stattgefunden haben? Subsumieren Sie dies auch unter Ihre Feststellung, dass es schlecht und Mist sei?

Ich frage Sie auch, ob Sie als Landesregierung, auch wenn der Haushaltsplan demnächst in den Landtag eingebracht werden wird, erneut darüber nachdenken - das haben die Koalitionsfraktionen in dieser Woche über die Presse nach außen getragen -, dass diese Träger ab 2010 weiterhin institutionell gefördert werden. Teilen Sie meine Auffassung, dass nunmehr der Landtag das Sagen in Bezug auf den Haushalt hat und dass das Sozialministerium durch dieses Verfahren nicht weiterhin für Unruhe bei den betroffenen Trägern sorgen sollte?

Herr Bullerjahn, Minister der Finanzen:

Erstens - das sage ich mit 20 Jahren Erfahrung -: Jetzt ist der Landtag noch nicht dran. Lassen Sie uns das Ding wenigstens drucken. Lassen Sie mich im Oktober wenigstens ein paar Worte zur Einbringung sagen. Wir haben schon einiges vorweggenommen. Ich überlege schon, ob ich beim nächsten Mal eine Redezeit von nur zehn Minuten in Anspruch nehmen sollte; aber dann kommt der Vorwurf, dass ich ein bisschen mehr hätte sagen können. In dem Moment, in dem der Entwurf des Haushaltsplans eingebracht worden ist, sind Sie Herr des Verfahrens. Sie könnten, wenn Sie ganz viele Vorschläge haben, alles auf den Kopf stellen. Aber ich warte erst einmal ab.

Ich habe gelesen, dass einige sagen, jetzt spart er das Land kaputt. Dazu sage ich: Leute, lasst die Kirche im Dorf. Dieser Vorschlag ist sehr ausgewogen, solide und

er lässt bei allen Trägern Entwicklungsmöglichkeiten zu. Es gibt auch andere, die sagen, wenn sie sich nur ein bisschen angestrengt hätten, dann hätten sie es ohne neue Schulden machen können.

(Herr Kosmehl, FDP: Ja!)

- Und weil Sie so schön ja sagen, Herr Kosmehl, bin ich auf Ihre Vorschläge gespannt.

(Herr Kosmehl, FDP: Das können Sie auch!)

Sie sind der Erste, der, wenn Frau Hüskens aufsteht und sagt, Bullerjahn, bewege dich mal ein bisschen, hier vorn steht und beim Thema Polizei die Tränen vergießt. Ich habe es mehrfach erlebt und werde es wieder erleben.

Ich warte auf Ihre Vorschläge. Ich sage Ihnen eines: Wenn Ihre Vorschläge so gut sind, Herr Kosmehl, wie ich sie erwarten kann, werden Sie mich an Ihrer Seite wissen. Aber legen Sie sie doch erst mal vor und suchen Sie sich eine parlamentarische Mehrheit. Aber bitte Vorschläge, die in sich stimmig sind, nicht in dem einen Ausschuss so und in dem nächsten Ausschuss so.

(Herr Kosmehl, FDP: Wir geben keine weißen Blätter ab!)

Frau Hüskens hält dann die große Rede und sagt: Der Staat muss sich zurücknehmen. Es muss mit weniger gehen. Das geht doch viel alles schneller.

(Zustimmung bei der SPD und bei der LINKEN)

Und Sie legen dann los. Ich habe mir die Protokolle des Sozialausschusses angeschaut; da saß auch Frau Dr. Hüskens dabei. Ich darf nicht aus dem Protokoll zitieren, deswegen muss ich jetzt abbrechen. Aber da waren keine Unterschiede zwischen LINKE, SPD, CDU und FDP zu erleben. Da hat Frau Dr. Hüskens Verfahrensvorschläge gemacht, wie man mit den Trägern in Zukunft auf satter Basis reden könnte, wenn der Finanzminister endlich solche Vorschläge machen würde, die in diesem Fall den Trägern das Leben erleichtern würden.

(Herr Wolpert, FDP: Dass man mit ihnen redet! Das haben Sie ja nicht gemacht!)

Ich weiß ja, dass Sie in der Fraktion Personalmangel haben. Deshalb müssen Sie manchmal in einer Person zwei Dinge erklären. Deswegen sage ich: Wenn Sie Vorschläge unterbreiten wollen, dass es auch mit weniger geht, dann halte ich das im Moment für nicht möglich; denn ich sage: Auch der Staat hat eine Verantwortung.

(Zustimmung von Frau Fischer, SPD)

Ich glaube, dass das mit dem vorliegenden Vorschlag gut austariert ist. Alle anderen müssen für sich sehen. Sie sind Herr des Verfahrens.

Ich habe auch nicht gesagt, Frau von Angern, dass es im Sozialministerium in den letzten Wochen schlecht ging. Denn Frau Dr. Kuppe war eine derjenigen, die sehr viel mit mir geredet hat, wie auch das Ministerium, wie wir auch mit vielen Trägern geredet haben. Was richtig schlecht war, was Mist war: dass bis es zum Freitag-nachmittag, wo eine Regierung im Gespräch ist - Herr Scharf, ich verteidige diesen Entwurf und würde Sie bitten, darüber abzustimmen, wenn ich das könnte; aber ich kann es nicht. - Bis zum Freitag lief es gut und am Freitag kam es durch solche Briefe dazu, dass die Debatte auf den Kopf gestellt wird.

Deswegen habe ich bemerkt, dass in dieser Woche die Fraktionen darüber nachdenken, das Thema aufzugreifen und es weiter fortzuführen und fortzuentwickeln. Dabei wissen Sie mich an Ihrer Seite.

Es ist so, Frau von Angern: Mit diesem Entwurf der Landesregierung wird es trotzdem dazu kommen - - Denn Sie wissen, bei 85 % im Durchschnitt - wir reden, glaube ich, über vier Verbände von insgesamt 80 - wäre die Trägerlandschaft hier nicht am Ende. Es geht vielmehr darum, was man zusammenführen kann. Das muss man praktisch bewerten. Insofern teile ich die aus meiner Sicht überzogene Kritik nicht.

Es gab gestern übrigens kein Gespräch auf Leitungsebene. Ich habe das gestern schon auf dem Flur gehört. Es gab kein Gespräch, weder mit der Ministerin noch mit der Staatssekretärin und anderen. Es gab vorgestern Gespräche - ja, da ist völlig richtig gehandelt worden -, bei denen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sozialministeriums den Entwurf der Landesregierung verteidigt haben. Das werde ich hier ebenfalls machen. Das war richtig von diesen Kolleginnen und Kollegen; denn sie haben am Ende das zu vertreten, was das Kabinett am Dienstag in Kenntnis der Vertitelung vorgeschlagen hat.

Diese Diskussion gibt es doch in allen Ressorts. Meinen Sie, dass der Kollege Daehre, Kollege Haseloff und andere nicht auch ähnliche Diskussionen mit ihren Verbänden haben, wo es vielleicht keine Trägerstruktur gibt. Sie müssen jetzt auch erklären, warum dieses oder jenes Projekt nicht realisiert wird.

Sie haben es gelesen. Da wird sich auch aus Ihren Reihen aufgeregt, warum eine bestimmte Baumaßnahme jetzt verschoben werden muss. Große Tränen überall, warum das jetzt auf einmal derart rigide vor sich geht.

Ich habe auch schon Kommentare in Zeitungen gelesen, in denen es der Kommentator fertig bekommen hat, im ersten Abschnitt des Kommentars einzufordern, die sollen endlich mal sparen, und im zweiten Abschnitt des Kommentars darauf hingewiesen hat, dass die Sozialstrukturen aber bitte außen vor bleiben sollten.

Ich merke also, diese öffentliche Debatte ist da. Ich will sie. Ich will sie aber vernünftig und ich will sie so haben, dass diejenigen, die sich melden, bitte immer mehr das große Ganze im Auge haben und die Diskussion nicht nur als Klienteldiskussion fortführen. Das wäre schade und führt nicht zur Lösung.

(Zustimmung bei der SPD)

Präsident Herr Steinecke:

Frau Dr. Hüskens hat noch eine Nachfrage. Bitte schön.

Frau Dr. Hüskens (FDP):

Nur damit wir eine klare Basis haben, auf deren Grundlage wir diskutieren. Ich habe das jetzt richtig verstanden, dass es im Sozialministerium nur noch um vier Stellen geht, die auf 85 % reduziert werden sollen, und nicht, wie ursprünglich in Ihren Kabinettsunterlagen steht, alle?

Der andere Punkt ist: Ist die Zusammenlegung jetzt vom Tisch oder ist das etwas, mit dem die Landesregierung weiter operieren wird, bis der Landtag eine andere Beschlusslage herbeiführt?

Herr Bullerjahn, Minister der Finanzen:

Man kann mich auch bewusst missverstehen, was Sie gerade machen.

(Zuruf von Frau Budde, SPD)

Sie sind ja völlig frei vom Wahlkampf, das weiß ich. Deswegen geht es Ihnen nur um die Sache.

Was habe ich gesagt? - Es gibt bei den 85 % im Durchschnitt keine Veränderung. Deswegen, habe ich auch gesagt, halte ich es für völlig umsetzbar, noch dazu wenn ich mir die anderen Länder anschau. Am Ende ging es darum, dass bei, soweit ich weiß, vier konkreten Trägern die Strukturfrage so gestellt wurde, dass diese aufgehen sollten. Deswegen ist für uns als Landesregierung das alles so, wie es ist.

(Zuruf von Frau Dr. Hüskens, FDP)

Was ich aufgenommen habe und was Herr Scharf wahrscheinlich falsch verstanden hat, ist, dass ich die letzten Tage angesprochen habe - übrigens nach Rücksprache mit den jeweiligen Fachpolitikerinnen und Fachpolitikern -, wo wir gemerkt haben, dass da nachgedacht wird. Das war nicht meine Äußerung gleich nach der Diskussion.

Was dabei herauskommt, müssen Sie miteinander entscheiden, das ist Ihre Sache. Die Landesregierung wird - das werde ich im Monat Oktober ausdrücklich machen - bei ihrem Entwurf bleiben. Sie hält ihn für vernünftig und ausgewogen. Sie wusste von Anfang an, dass diese Diskussion zu Kritik führen wird. Wer 900 Millionen € zurückführt, der wird doch nicht allen Ernstes glauben, dass das kein Mensch bemerkt. Dann hätten wir irgendetwas falsch gemacht. - Schönen Dank.

(Zustimmung bei der SPD)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank. Weitere Nachfragen gibt es nicht. - Wir kommen dann zu den Debattenbeiträgen der Fraktionen. Für die CDU-Fraktion hat jetzt Herr Kurze das Wort.

Herr Kurze (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit der heutigen Aktuellen Debatte glaubt anscheinend die Fraktion DIE LINKE wieder ein Thema gefunden zu haben, mit dem sie der Bevölkerung vorgaukeln kann, wie schlecht die Arbeit der großen Koalition für das Land Sachsen-Anhalt ist.

(Zuruf von Frau Dr. Hüskens, FDP)

Wieder einmal starten Sie, Herr Kollege Gallert, eine Aktion, mit der Sie die Lage des Landes schlechter reden, als diese tatsächlich ist. Ich vermag nicht zu beurteilen, ob Sie mit dieser Art von Politik bei der Bevölkerung punkten. Jedenfalls schaden Sie dem Ansehen des Landes mehr, als Sie ihm nutzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von den Linken, wenn ich mir die Plakate draußen anschau, dann sehe ich Ihre Zielrichtung auch bei dieser Aktuellen Debatte. Wie Sie wissen, hat Marx schon gesagt: Man kann die Armen nicht reich machen, indem man die Reichen arm macht.

Das Einzige, was Sie damit im Lande schaffen, ist, dass Sie den Neidstachel wecken. Aber wenn wir den Neid-

stachel im Land wecken, dann lösen wir damit keine Probleme.

(Zustimmung bei der CDU)

Doch jetzt der Reihe nach. Sofern das Anliegen der Fraktion DIE LINKE berechtigt ist, werden sich alle Parteien im Landtag von Sachsen-Anhalt im Zuge der Beratungen zum Haushaltsplan 2010/2011 auch mit dieser Thematik der Trägerlandschaft in Sachsen-Anhalt intensiv auseinandersetzen müssen.

Der Anlass, den die Fraktion DIE LINKE für diese heutige Debatte gewählt hat, ist jedoch dubios. Auslöser ist ein Aufruf einer Reihe von Trägern unter dem Titel „In Vielfalt investieren - die Trägerlandschaft in Sachsen-Anhalt für die Zukunft sichern“ mit Stand vom 17. August 2009. Offiziell gibt es ihn noch nicht. Vielmehr soll dieser in der kommenden Woche der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Quasi informell ist der Aufruf am Dienstag den Fraktionsvorsitzenden und den kinder- und jugendpolitischen Sprecherinnen und Sprechern übermittelt worden.

Ich vermute, die einbringende Fraktion ist gebeten worden, diese Problematik im Landtag zu erörtern. Damit dies möglich wird, haben die bereits erwähnten Personen noch schnell den Aufruf erhalten, damit sie zumindest dessen Zielrichtung kennen. Ein solches Non-Paper zur Grundlage einer Aktuellen Debatte im Landtag von Sachsen-Anhalt zu machen, ist ungewöhnlich.

(Zustimmung bei der CDU)

Des Weiteren kommt hinzu, dass der Aufruf sich gegen Kürzungen richtet, die jedenfalls meiner Fraktion und mir nicht bekannt sind,

(Frau Dr. Hüskens, FDP: Ach!)

jedenfalls nicht wirklich; denn uns liegt bisher kein Haushaltsplanentwurf 2010/2011 vor.

(Zuruf von Herrn Gallert, DIE LINKE)

Vielleicht - ich kann es mir zwar nicht vorstellen, Herr Gallert - liegt der Fraktion DIE LINKE ein Exemplar des Haushaltsplanentwurfs vor, in dem die in dem Aufruf genannten Einsparungen nachzulesen sind.

(Zuruf von Herrn Wolpert, FDP)

Vor diesem Hintergrund ist es natürlich schwierig, heute etwas Konkretes zu dem Inhalt des Aufrufs zu sagen, da nicht absehbar ist, welche Einsparungen sich tatsächlich im Haushalt widerspiegeln werden.

(Zuruf von Herrn Höhn, DIE LINKE)

Nichts wäre in dieser Situation peinlicher, als seitens der Politik Einsparungen zu kritisieren, die sich möglicherweise so gar nicht im Haushaltsplanentwurf 2010/2011 wiederfinden werden. Vor diesem Hintergrund ist es natürlich auch interessant, wer am Ende Unterzeichner des Aufrufes sein wird. Nach der Veröffentlichung wird selbstverständlich auch zu prüfen sein, ob alle genannten Träger tatsächlich diesen Aufruf unterschrieben haben.

Lassen Sie es mich noch einmal deutlich herausstellen: Wir legen als CDU großen Wert auf die Feststellung, dass die Aufstellung des Haushaltsplanes Aufgabe der Landesregierung, der Exekutive ist. Wir als Legislative werden über diesen Entwurf zu beraten haben, wenn er durch die Landesregierung in den Landtag eingebracht worden ist.

Eigentlich müsste und sollte ich meinen Redebeitrag an dieser Stelle beenden

(Zustimmung bei der LINKEN)

- danke, ich freue mich immer, wenn es Applaus von links gibt -, weil das, was man hier und heute seriöserweise sagen kann, von mir bereits gesagt worden ist.

(Heiterkeit)

Ich möchte aber weder Nachfragen provozieren, noch mir möglicherweise Feigheit oder Ähnliches unterstellen lassen. Daher möchte ich zum Thema Haushaltsberatung noch kurz darlegen, was aus der Sicht meiner Fraktion heute verantwortlich gesagt werden kann.

Wir alle kennen die Schuldensituation unseres Landes. Wir haben 20 Milliarden € Schulden. Diese Zahl muss man sich einmal vor Augen halten. Wir müssen dafür Zinsen in Höhe von fast 1 Milliarde € zahlen. Das ist ein Betrag, den man nicht auf die leichte Schulter nehmen kann.

Daraus resultiert eine Vielzahl von Sachzwängen, die bei den Haushaltsberatungen zu berücksichtigen und zu akzeptieren sein werden. Ich sage es ganz deutlich: Diesen Rahmenbedingungen - das hat Herr Kollege Bullerjahn auch schon gesagt - muss sich jede im Landtag vertretene Partei unabhängig von ihrer politischen Ausrichtung stellen.

Beispiele, wo wir künftig Einsparungen vornehmen können, wurden schon genannt. Natürlich ist es am Ende an uns, noch konkreter zu werden. Ich gebe dem Finanzminister Recht, wenn er sagt: Wir müssen den Gürtel sicherlich ein Loch enger schnallen.

Es ist bitter genug, dass es derzeit unvermeidbar zu sein scheint, in diesem Doppelhaushalt wieder eine erhebliche Neuverschuldung vorzusehen. Daher werden im Zuge der Beratungen über den Doppelhaushalt entscheidende ressortübergreifende Diskussionen für den gesamten Haushalt geführt werden müssen.

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich daher die Positionen meiner Fraktion nochmals wie folgt formulieren:

Erstens. Die in Rede stehenden Kürzungen sind mit meiner Fraktion in keiner Weise abgesprochen worden.

Zweitens. Die Kommunikation des Sozialministeriums mit den möglicherweise von Kürzungen betroffenen Trägern ist zumindest unglücklich gewesen. Bevor Schreiben verschickt werden, hätten zunächst Gespräche mit den Trägern geführt werden müssen, wenn man ihnen mittelfristig das Aus prognostiziert.

Drittens. Sobald uns der Haushaltsplanentwurf 2010/2011 vorliegt, werden wir darüber sensibel beraten. Dazu gehört selbstverständlich auch der Dialog mit den Betroffenen.

Viertens. Wir halten nichts von neuen sozialpolitischen Reparaturprogrammen, wenn diese durch die Kürzung von bewährten Projekten und funktionierenden sozialen Beratungsstrukturen im Land finanziert werden sollen. Harakiri oder Rasenmäher wird es mit uns, mit der Union nicht geben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Zustimmung von Herrn Schwenke, CDU, und von Herrn Scheurell, CDU)

Wer zum Beispiel die Zweckbindung der Jugendpauerschale aufheben will, schiebt die finanziellen Mittel au-

tomatisch in die Hände der Kommunalaufsicht zum Zwecke der Haushaltssanierung.

(Zustimmung von Frau Weiß, CDU)

Wer meint, weil wir jetzt Schulsozialarbeiter haben, brauchen wir keine Fachkräfte in der Jugendarbeit mehr, der spielt mit dem Feuer. Die letzten beiden gut funktionierenden Landesprogramme zur Finanzierung von Angeboten der offenen Kinder- und Jugendarbeit sowie ein gut funktionierendes Beratungssystem vor Ort sind in Sachsen-Anhalt unverzichtbar, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Herr Kley, FDP: Und wer hat's gemacht? - Zuruf: Die Schweizer!)

- Die Schweizer waren es sicherlich nicht, Herr Kley.

Der Ehrlichkeit halber muss man auch sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass die Haushaltsberatungen nicht zu einer weiteren Erhöhung der Neuverschuldung führen dürfen. Das sind wir unseren Kindern und Enkeln bzw. den kommenden Generationen schuldig. Wir alle sind gehalten, Vorschläge zur Gegenfinanzierung etwaiger Rücknahmen von Einsparungsmaßnahmen zu unterbreiten.

(Zustimmung von Staatsminister Herrn Robra)

Wer davon spricht, dass die Axt an das Fachwerk der Gesellschaft angelegt werde, sollte bei aller berechtigten Kritik an der Vorgehensweise des Sozialministeriums den Respekt voneinander nicht verlieren. Weder der Sozialministerin noch den anderen Mitgliedern des Kabinetts bereitet es Vergnügen, Einschnitte vornehmen zu müssen.

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin zuversichtlich, dass es uns in den Beratungen über den Einzelplan 05 gelingen kann, zu vernünftigen und vertretbaren Lösungen zu kommen.

Unser Respekt und die Achtung vor den Trägern und vor der Arbeit vieler ehrenamtlicher Helfer gebieten es, dass wir uns Verantwortungsbewusst mit dem Doppelhaushalt 2010/2011 befassen, sobald uns dieser vorliegt. Dass wir uns dabei auch mit den Trägern beraten und verständigen, ist selbstverständlich. Dies bereits jetzt auf der Grundlage von Wasserstandsmeldungen zu tun, wäre unseriös und den Trägern gegenüber verantwortungslos. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der CDU und bei der SPD)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank, Herr Kurze, für Ihren Beitrag. Herr Gallert hat eine Nachfrage. Wollen Sie diese beantworten? - Ja, bitte.

Herr Gallert (DIE LINKE):

Das muss er nicht; es ist eine Intervention. - Herr Kurze, dass wir uns politisch an verschiedenen Stellen unterschiedlich positionieren, ist kein Problem, und dass wir uns dafür kritisieren, auch nicht.

Ich sage Ihnen nur eines: Das, was Sie jetzt in Bezug auf die Initiatoren dieses Aufrufes gemacht haben, ist, so finde ich, unanständig gewesen. Das geht so nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Dieser Aufruf ist den Fraktionen offiziell zugeleitet worden. Es ist kein dubioses Papier.

(Zuruf von Herrn Gürth, CDU)

Diejenigen, die ihn unterschrieben haben, haben explizit dargestellt, worauf sie sich bezogen haben - auf das Strategiepapier des Finanzministers dieser Landesregierung. Und das ist ihr gutes Recht. Wenn Sie als CDU-Fraktion diese Diskussion über zwei Monate nicht führen, ist das möglich. Die Träger haben es getan und dafür verdienen sie unseren Dank und nicht diese Art von Kritik, Herr Kurze.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Herr Steinecke:

Herr Scharf.

Herr Scharf (CDU):

Ich denke, zur Klärung der Geschäftsgrundlage muss man eines ganz deutlich sagen: Ich bekomme wöchentlich mehrere Non-Paper und ich weiß auch in der Regel verantwortlich damit umzugehen. Wenn dort eine Liste von Leuten, die das Non-Paper unterstützen, aufgeführt ist, diese aber nicht unterschrieben haben, bin ich doppelt vorsichtig; denn ich weiß nicht, ob es tatsächlich mit allen Betroffenen abgesprochen ist.

Ich denke, wir tun uns allen in diesem Raum nichts Gutes, wenn Non-Paper so diskutiert werden, als ob sie schon die Qualität von Beschlüssen der entsprechenden Leute hätten. Solange das nicht klar ist, halte ich es für unseriös, im Landtag so darüber zu diskutieren, als ob uns klare Beschlusslagen vorlägen.

(Zustimmung bei der CDU)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank, Herr Scharf. - Wir hören jetzt den Debattebeitrag der FDP-Fraktion. Frau Dr. Hüskens, bitte.

Frau Dr. Hüskens (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich muss ganz offen gestehen: Mir fehlen ein bisschen die Worte für das, was hier gerade abläuft. Wir alle wissen seit mindestens 14 Tagen, drei Wochen um die Probleme. Ich glaube nicht, dass es den Brief, den wir bekommen haben, gebraucht hätte, um uns auf das Problem hinzuweisen und eine Aktuelle Debatte zu diesem Thema zu führen. Ich glaube auch nicht, dass man sich als regierungstragende Fraktion einfach dahinter verstecken kann, dass man das ja noch nicht offiziell habe.

(Beifall bei der FDP und bei der LINKEN)

Die Fraktion DIE LINKE hat eine Aktuelle Debatte beantragt mit dem Ziel, dafür Sorge zu tragen, dass die Trägerlandschaft draußen im Land weiß, wie die Landtagsfraktionen zu den Kürzungsvorschlägen der Landesregierung stehen. Ich kann es für meine Fraktion eindeutig sagen. Ich habe schon 2003/2004, als solche Vorschläge kamen, ganz klar gesagt, dass der Schaden, den wir anrichten, wenn wir bei dieser Trägerlandschaft starke Einsparungen vornehmen, größer ist als der Nutzen für den Landeshaushalt.

Ich habe gehört, dass der eine oder andere nicht jeden Tag in den Haushalt schaut. Deshalb will ich Ihnen die Größenordnungen vergegenwärtigen. Wir bleiben einmal

beim Sozialressort; denn dort kommt das Problem im Augenblick her.

Das Gesamtvolumen des Sozialressorts beträgt knapp 1 Milliarde €. Davon sind etwa 800 Millionen € konsumtive Mittel; darum geht es in diesem Bereich. Der Betrag, den die Träger bekommen, beläuft sich auf knapp 2 Millionen €. Die Einsparungen, über die wir hier reden, belaufen sich auf 250 000 € - Ich bin davon echt beeindruckt. Das wird den Landeshaushalt retten.

Das könnten wir sicherlich tun, wenn wir dafür Sorge tragen, dass die vielen ehrenamtlich Tätigen sich von dieser Landesregierung und von diesem Landtag so richtig wertgeschätzt fühlen. Also, meine Damen und Herren, ich weiß, wie ich mich fühlen würde.

(Zustimmung bei der FDP und von Frau Knöfler, fraktionslos)

Ich halte diese Debatte für unglaublich. Ich bin der Meinung, dass wir sie heute schon beenden sollten und dass die regierungstragenden Fraktionen die Regierung nachhaltig auffordern sollten, dies im Haushaltsplanentwurf so nicht mehr vorzusehen.

Das, was Sie jetzt machen, ist doch ein schönes Spiel. Wir alle wissen, was am 27. September stattfindet. Wir haben alle schon davon gehört. An diesem Tag findet die Bundestagswahl statt. Jetzt sagen wir: Die Landesregierung hat einen Vorschlag ausgearbeitet, den wird sie vorlegen; dann werden die regierungstragenden Fraktionen irgendwann im Laufe des Jahres das Problem schon lösen. - Das ist dann nach der Bundestagswahl.

Ich habe das eine und das andere Mal auch die Erfahrung gemacht, dass die regierungstragenden Fraktionen dann plötzlich sagen: Wir können die Landesregierung jetzt nicht im Regen stehen lassen; das sieht ein bisschen blöd aus; wir müssen das mittragen.

Meine Damen und Herren, wenn Sie das ernst meinen, was ich in der Zeitung gelesen habe, dann besteht jetzt Handlungsbedarf für Sie und nicht erst, wenn Sie eine offizielle Vorlage von der Landesregierung bekommen.

(Zustimmung bei der FDP - Herr Gürth, CDU: Quatsch! - Zuruf von Herrn Schwenke, CDU)

Ein anderer Punkt ist die Frage: Ist unsere Beratungslandschaft tatsächlich so aufgestellt, wie wir es haben wollen? - Wenn Sie im Sozialausschuss - der Finanzminister hat ja vorhin darauf hingewiesen, dass wir dort darüber diskutieren - darüber diskutieren wollen, ob das alles noch passt, ob es Doppelstrukturen gibt, ob man an der einen oder anderen Stelle davon ausgehen kann, dass sich das Problem verlagert hat oder dass sich ein Problem gelöst hat, ob die Zielstellungen, die wir als Land an die institutionelle Förderung knüpfen, alle erfüllt werden, dann finden Sie in mir einen offenen Partner.

Darüber können wir immer reden, darüber kann man diskutieren. Ich weiß auch, dass wir dafür in der Trägerlandschaft kreative und auch kooperative Partner haben, die über diesen Punkt mit uns gerne reden. Das haben wir im Sozialausschuss mehr als einmal versucht, und ich glaube, das können wir auch in der Zukunft tun. Deshalb ganz klar: Verstecken Sie sich nicht hinter der Ausrede, man müsse den Haushalt auf die Art und Weise sanieren und retten. Das ist wirklich ein vorgeschobenes Argument.

(Beifall bei der FDP)

Vor allen Dingen - ich kenne den Haushaltsplanentwurf auch noch nicht im Detail; anders als die Regierungsfractionen muss ich mich immer bemühen, an den einen oder anderen Entwurf zu kommen - gibt es durchaus die Aussage, dass auch im Sozialministerium neue Aufgaben kreiert worden sind und neue Förderprogramme kreiert werden. Dazu muss ich die Frage stellen, ob wir, wenn wir eine gut eingeführte Trägerlandschaft im Land haben, die sich um die Probleme, die Sie ja offensichtlich in den letzten Jahren immer wieder gesehen haben, kümmert, diese zurückschneiden müssen und auf der anderen Seite neue Leistungen kreieren müssen.

(Beifall bei der FDP)

Was ich heute auch verwunderlich finde, ist, dass man versucht, dieses Problem jetzt auf die finanzpolitische Ebene zu heben und der Finanzminister hierzu redet. Das Problem kommt aus dem Sozialministerium und nicht aus dem Finanzministerium.

(Beifall bei der FDP)

Spannend - ich denke, das haben auch die Kollegen von der LINKEN so empfunden - ist allerdings auch die Diskussion, die um den Sachverhalt geführt worden ist. Wenn man einmal zurückschaut: Anfang August hat die Landesregierung die ersten Zahlen verlautbaren lassen.

Darauf hat es von der Fraktion der SPD eine Reaktion gegeben - die kann man in der Pressemitteilung nachlesen; Gott sei Dank ist so etwas hinterher auch alles noch greifbar -, in der es heißt - ich zitiere einmal -: Im Bereich Soziales muss die Beratungslandschaft in Sachsen-Anhalt - das heißt unter anderem Beratungsstellen, Frauenhäuser und Bereiche der Kinder- und Jugendhilfe - gesichert bleiben. Dazu soll ein Umstieg auf eine verlässliche Finanzierung erfolgen. Die Träger sollen über längerfristige Verträge Planungssicherheit erhalten.

Eine Woche später - fein aufpassen! - heißt es immerhin noch: Die Beratungslandschaft im Sozial- und Familienbereich in Sachsen-Anhalt wird erhalten; eine mehrjährige Finanzierung soll gesichert werden.

An dem gleichen Tag steht in der Kabinettsvorlage, die Sie bestimmt beide kennen - davon gehe ich einmal fest aus -, dass die Beratungslandschaft zukünftig nur noch 85 % dessen kriegen soll, was sie derzeit bekommt. Es steht auch darin, dass es die Überlegung gibt, Stellen zusammenzulegen. Dazu hätte ich, ganz ehrlich, an dem Tag eine andere Pressemitteilung erwartet, in der nämlich gestanden hätte: Liebe Regierung, so geht das nicht!

(Beifall bei der FDP)

Auch im Sozialausschuss hatte, glaube ich, nicht nur ich den Eindruck, dass die Regierungsfractionen sehr wohl wissen, was da passiert ist. Die Fragen, die im Rahmen des Fachgesprächs, das wir geführt haben, gestellt worden sind, gingen schon darauf hin: Können wir das Geld nicht woanders her bekommen, kann der Landkreis nicht bezahlen, kann man nicht mit weniger Geld die gleiche Aufgabe erfüllen? Ich weiß auch, wie das bei den Trägern angekommen ist.

Offensichtlich hat das Ministerium für Soziales nach dieser Sitzung angewiesen, die entsprechenden Schreiben an die Träger zu schicken. Ich glaube nicht, dass das eine Einzeltat war. Dafür habe ich lange genug in der Verwaltung gearbeitet. Wenn an vielen Stellen derartige Schreiben vorbereitet werden, wird dies angewiesen.

Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass die SPD-Fraktion von den Vorgängen jetzt überrascht war. Ich meine, wir arbeiten schon seit drei Jahren mit dem Sozialministerium in dieser Art und Weise zusammen.

(Herr Miesterfeldt, SPD: Eine Unterstellung, Frau Kollegin!)

- Sie arbeiten nicht mit dem Sozialministerium zusammen? Okay, gut, Herr Miesterfeldt, das kann schon sein. Ich versuche das als Mitglied einer Oppositionsfraction immerhin zu machen.

Deshalb fällt mir auch auf, dass im Nachhinein der Duktus der Kritik bei der SPD deutlich stärker war als bei der CDU. Sie versuchen einmal mehr - wie schon bei einigen anderen Themen - ein bisschen das Kreuz an die Wand zu kriegen nach dem Motto: Die SPD war das nicht in Gänze, das war nur ein einzelnes Ressort.

Die Ministerin kommt zufällig aus Ihrer Fraktion. Deshalb wäre es prima, wenn Sie heute mal auf ein paar Fragen klar antworten würden:

Erstens. Sorgen Sie dafür, dass die Schreiben zurückgezogen werden, oder lassen Sie das Vorhaben weiter zu?

Zweitens. Wie halten Sie es mit der Kürzung auf 85 % der Förderung? Gedenken Sie dagegen etwas zu unternehmen? Gedenken Sie auch etwas dagegen zu unternehmen, dass das Sozialministerium seit geraumer Zeit den Trägern mit einer unglaublichen Förderpraxis die Arbeit erschwert?

Sie müssen sich einmal vor Augen führen, Sie würden die Information, dass Sie Ihre Diät bekommen, erst im Oktober eines Jahres bekommen. Ich weiß, wie die meisten Leute im öffentlichen Dienst darauf reagieren würden. - Die Antwort sollten Sie heute als Fraktion geben.

Frau Budde, wenn man das heute betrachtet: Sie haben sich offensichtlich als Fraktion nicht durchsetzen können. Sie tragen aber als Fraktion die Verantwortung für das, was da passiert ist. Sie können jetzt auch nicht überrascht tun, dass im Sozialministerium das eine oder andere nicht rund läuft. Ich nenne mal die Stichworte Kinderschutzgesetz, Nichtraucherschutzgesetz, Schwangerschaftskonfliktberatung, Sportförderung, Maßregelvollzug, Heimgesetz. Ich könnte jetzt so weitermachen. Sie wissen, dass in diesem Ressort seit drei Jahren viele Dinge ungewöhnlich laufen.

(Beifall bei der FDP)

Sie haben häufig zum Schluss noch einmal die Bremse reingelegt, aber immer zu einem sehr späten Zeitpunkt. Ich muss ehrlich sagen, ich wäre als Ministerin darüber ein bisschen überrascht, warum man mit dem größtmöglichen Schaden für das Ressort in der Öffentlichkeit handelt.

Deshalb sage ich Ihnen heute ganz klar: Die SPD trägt die Verantwortung für dieses Ressort.

(Beifall bei der FDP)

Sie haben jahrelang zugesehen, was dort läuft. Das kann niemandem verborgen geblieben sein. Sie tragen die Verantwortung. Nehmen Sie sie auf, ziehen Sie endlich Konsequenzen und sorgen Sie dafür, dass die Betroffenen in diesem Bundesland endlich die Unterstützung bekommen, die sie brauchen.

(Beifall bei der FDP)

Abschließen möchte ich das Ganze mit einem Zitat von gestern Abend. Wir waren ja gestern Abend alle eingeladen bei der Landesvereinigung für Gesundheit. Dort wird auch der eine oder andere ein Parteifreund von Ihnen gewesen sein. Es waren sehr schöne Gespräche dort. Ein bisschen betroffen hat mich eines, nämlich dass zum Schluss gesagt worden ist: So schlimm war es noch nie!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Herr Steinecke:

Wir kommen dann zum Debattenbeitrag der SPD. Frau Dr. - - Frau Budde, Sie haben das Wort. Den Titel bekommen Sie dann später. Sie haben das Wort, Frau Budde.

Frau Budde (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Man gerät schon in Versuchung, in der Aktuellen Debatte heute eine vorgezogene Diskussion zum Haushalt zu führen. Aber ich will versuchen, der Haushaltsdebatte nicht vorzugreifen.

Zumindest sehen wir an dem heute diskutierten Beispiel der Finanzierung der Trägerlandschaft in Sachsen-Anhalt, dass die Wahrheit dann immer sehr konkret ist. Zu der Wahrheit gehört eben auch - das werden wir bei der Haushaltsdebatte noch mal hören -, dass wir im Jahr 2010 Steuermindereinnahmen von 1 Milliarde € und im Jahr 2011 von 1,2 Milliarden € haben werden, dass wir im Jahr 2009 mit einem Einbruch des Wachstums von 6 % zurechtkommen müssen und dass uns im Jahr 2010 gerade einmal ein Plus von 0,5 % erwartet - aber auf welcher Basis!

Die Wahrheit ist auch, dass wir bisher nur vergleichsweise geringe Rücklagen gebildet haben und die Steuerschwankungsreserve, die wir Gott sei Dank im laufenden Doppelhaushalt anlegen konnten, im Jahr 2010 schon aufgebraucht sein wird.

Die Wahrheit ist auch, dass wir die Einbrüche nur durch Ausgabenkürzungen und zum Teil möglicherweise durch Einnahmeerhöhungen auffangen können, es sei denn, sie werden komplett kreditfinanziert mit entsprechenden Auswirkungen auf zukünftige Haushalte.

Weil diese abstrakte Wahrheit sich immer konkret niederschlägt, werden wir in den Haushaltsberatungen feststellen müssen, dass Kürzungen in sehr vielen Bereichen vorgenommen werden sollen und am Ende auch müssen.

Meine Damen und Herren! Wir wissen: Niedrigere Veranschlagungen oder Kürzungen sind im Grunde alternativlos. Wir wissen, dass wir nach dem Abflauen der Krise die Vorsorgeelemente zukünftig werden verstärken müssen.

Der Ministerpräsident hat auf seiner Pressekonferenz zum Haushaltsbeschluss des Kabinetts gesagt: Es soll angesichts der Kürzungen keiner so tun, als würde in diesem Land alles zusammenbrechen. Das Gegenteil ist der Fall.

Übersetzt hieß das dann auch in den Kommentaren: In dieser Situation kann eine Schwerpunktsetzung nicht bedeuten, dass die betreffenden Bereiche, Bildung, Wirtschaft und Familie, von Kürzungen gänzlich verschont bleiben. - Ja, das wird wohl so wahr sein.

Ich will dazu ergänzend aber sagen: Die Schwerpunktsetzung kann und muss aber auch bedeuten, dass in den als prioritär eingestuften Bereichen die notwendigen Kürzungen geringer ausfallen als woanders.

Was mir bisher über den Beschluss des Kabinetts zum Doppelhaushalt bekannt ist, berücksichtigt diesen Grundsatz ausdrücklich. Es heißt auch, dass es wichtig ist, die soziale, umweltpolitische und gesundheitliche Infrastruktur so zu gestalten, dass sie unter den Bedingungen einer alternden und schrumpfenden Bevölkerung eine zukunftssichere und bedarfsgerechte Versorgung gewährleistet.

(Zustimmung von Frau Fischer, SPD)

Wir haben gegenwärtig in der Tat eine außerordentlich reiche Träger- und Beratungslandschaft - das ist gut so. Uns stehen ca. 707 € je Einwohner - das ist die Spitze im Ländervergleich - zur Verfügung, die wir für die soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgen und die Wiedergutmachung einsetzen. Danach folgen irgendwann Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und mit einem großen Abstand alle anderen Länder. Ich sage noch einmal: Das ist gut so.

Das heißt aber eben auch - diese Sätze habe ich bisher von allen Fraktionen, auch von der FDP und von den Linken, gehört -, dass wir über mögliche Synergien zwischen verschiedenen Trägern werden reden müssen - auch unter dem Druck knappen Geldes. Am Ende muss aus unserer Sicht eine langfristige Sicherung der Träger- und Beratungslandschaft in einer Form stehen, die auch langfristig durchfinanziert ist.

(Zustimmung von Frau Fischer, SPD)

Es kann nicht so sein, wie wir es im Hinblick auf die Tagesordnung der letzten beiden Tage erlebt haben, dass immer neue Zahlenspiele die Tagesordnung bestimmen. Wir können mit den Trägern nicht so wie mit den Lottozahlen umgehen: Nehmen wir einmal 70 %, 60 %, 65 % oder 85 %. Aus meiner Sicht muss am Ende der Beratungen über den Doppelhaushalt vielmehr eine langfristig gesicherte finanzierbare Struktur vorhanden sein.

(Beifall bei der SPD)

Einen solchen Prozess kann man aber nur mit und nicht gegen die Beteiligten führen. Das Ziel muss es sein, die Inhalte zu erhalten und dann mögliche neue Strukturen gemeinsam zu entwickeln und diese nicht vorzugeben.

Der konkrete Anlass für diese Debatte ist, dass das Ministerium für Gesundheit und Soziales Briefe an zwei Träger verschickt hat. In dem Brief an das Kompetenzzentrum heißt es in den entscheidenden Passagen:

„Die Verhandlungen der Landesregierung über die äußerst schwierige Aufstellung des Landeshaushaltes 2010/2011 sind nahezu abgeschlossen. Nach dem bisherigen Verhandlungsergebnis ist davon auszugehen, dass eine institutionelle Förderung in den kommenden Jahren nicht mehr möglich sein wird. Für das Kompetenzzentrum bedeutet dies, dass notwendige Schritte, etwa in der Form der Auflösung bestehender Verträge, zur Vermeidung eines wirtschaftlichen Schadens von Ihnen umgehend geprüft werden sollten.“

Man kann darauf bestehen, dass dies Vorsorge gegenüber den Trägern sei und keine Kündigung. De facto muss man aber ehrlich eingestehen, es wirkt wie eine Kündigung.

Deshalb haben die Briefe bei den Trägern Verunsicherung und Protest ausgelöst, bei den Fraktionen des Landtages Kritik und im Sozialministerium haben sie für eine gewisse Zerknirschung über das Verfahren gesorgt. Das ist auch richtig; denn so kann man es nicht machen; das haben wir gesagt. In der Pressemitteilung des Ministeriums heißt es deshalb: Wir müssen einräumen, dass die Briefe in der Wortwahl nicht sensibel genug waren.

Ich denke, es waren nicht nur die Worte, vielmehr ist das ganze Verfahren sehr suboptimal gelaufen. Hiernach den Gesprächsfaden wieder aufzunehmen, wird schwer sein. Das stimmt.

Unter der Aussage „Ihr bekommt kein Geld mehr!“, diskutiert es sich nicht annähernd auf Augenhöhe. Das ist aber notwendig, wenn wir gemeinsam ernsthaft neue Strukturen erarbeiten wollen. Ich sage es noch einmal: Obwohl bei bestimmten Passagen der Rede geschimpft und auch Unterstützung gegeben wurde, haben alle Fraktionen gesagt, dass man darüber reden muss.

Frau Hüskens, ich erlaube mir einen Satz, ansonsten setzen wir uns bei anderen Debatten auseinander: Es ist schön, dass Sie in der Opposition immer so schön klar in Ihren Aussagen sind.

(Frau Dr. Hüskens, FDP: In der Regierung bin ich besser!)

Ich finde, Opposition tut Ihnen hinsichtlich der klaren Aussagen wirklich gut.

(Beifall bei der SPD)

Ich gehe eben nicht davon aus, dass die Haushaltsansätze noch vor der Einbringung in den Landtag verändert werden. Deshalb wird es unsere Aufgabe als Parlamentarier sein, bei den Beratungen über den Doppelhaushalt im Landtag - nach dessen Einbringung - das Gespräch mit allen Trägern zu suchen und mit ihnen über machbare Synergien zu reden und die finanzielle Begleitung solcher machbaren Veränderungen sicherzustellen. Dies werden und können wir gemeinsam mit dem Sozialministerium tun.

Herr Gallert, wir müssen es auch zuerst tun, weil wir eine schwierige Einnahmesituation haben - das ist so - und weil wir damit eine Diskrepanz zwischen zur Verfügung stehenden Mitteln und den zur Aufgabenerfüllung notwendigen Mitteln haben. Dies gilt nur für die Pflichtaufgaben, die per Gesetz geregelt sind. Vielmehr sind viele freiwillige Aufgaben genauso notwendig. Deshalb geht es bei den Haushaltsberatungen nicht nur um Millionenbeträge, sondern häufig auch um Größenordnungen wie 1 000 €, 10 000 € oder 100 000 €. Das ist am Ende so.

Ich hatte mich auch schon gefragt, welcher Fraktion es gelingen würde - ich hatte keine Idee, das gebe ich zu -, ein Landesthema zu finden, das ein Stück weit zu einer bundespolitischen Debatte taugt. Ich muss sagen, es war zumindest ein tauglicher Versuch.

Ich will mir in der letzten Minute noch gestatten zu sagen: Es hat jeder mit den Vorschlägen seiner Partei sein Päckchen zu tragen. Ich war am letzten Wochenende im Saarland und um 18 Uhr zu den Prognosen wieder zurück. Auf dem Weg fuhr ich an den Plakaten der LINKEN vorbei. Dort wird heftiger plakatiert. Darauf war zu lesen: „Hartz IV abwählen!“ - Ah! dachten sicherlich alle.

„Reichtum für alle!“ - Oh! - Auf dem nächsten Plakat war zu lesen: „Reichtum besteuern!“ - Ich muss sagen, das ist genial.

(Heiterkeit bei der SPD, bei der CDU und bei der FDP)

Wenn ich mir die Plakate der FDP angucke, dann wirbt Frau Pieper mit dem Thema Bildung. Im Jahr 2002 wollte sie in Sachsen-Anhalt nicht Bildungsministerin werden. Mit der Praxis hat sie es nicht so.

Ich frage mich auch, wovon es finanziert werden soll, wenn die Steuern gesenkt und auf Einnahmen verzichtet werden soll. Bildung wird nun einmal aus den öffentlichen Haushalten finanziert werden müssen, wenn sie für alle zugänglich und gerecht zugänglich sein soll.

(Beifall bei der SPD)

Auf dem Plakat von Herrn Westerwelle steht: „Leistung muss sich lohnen!“ - Arbeit auch?

(Frau Dr. Hüskens, FDP: Arbeit auch!)

- Arbeit auch, toll. Es fragt sich nur, für wen.

(Frau Dr. Hüskens, FDP: Für all diejenigen, die arbeiten!)

Gilt dies nur für den Chef oder auch für die Arbeiter und Angestellten und für die Alleinerziehenden? Zudem stellt sich die Frage, wie das Thema Mindestlohn zu verstehen ist.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von Herrn Kley, FDP)

Dann ist auch die Frage zu stellen: Wer sind die Leistungsträger? - Sind es die Chefs oder sind es jene, die auch arbeiten.

(Zurufe von der FDP)

Ich erspare Ihnen diese Anmerkung jetzt nicht, meine Damen und Herren, aber sie wird ganz kurz sein. Wenn sich Herr Guttenberg die Inhalte des Instrumentenkastens von Schwarz-Gelb aufschreiben lässt und dann von Mitarbeiterbeteiligung nach unten, Mitbestimmung nach unten und Mindestlohn nach unten - den soll es gar nicht mehr geben - spricht, dann ist das schwierig; denn ich glaube, dass uns gemeinsam klar geworden ist - gerade in dieser schwierigen wirtschaftlichen Krise -, dass die Krise nur mit einer vernünftigen Mitbestimmung in den industriellen Bereichen zu meistern ist.

(Beifall bei der SPD)

An dieser Stelle will ich die Diskussion beenden. Ich glaube, es ist klar geworden, dass wir in den Haushaltsberatungen das Thema Trägerlandschaft wirklich sehr vernünftig lösen wollen. Ich bin mir auch sicher, dass uns das gelingen wird. Uns ist auch klar, wenn es vorher eine solche Frontaldiskussion gegeben hat, dass dann nichts im Verhältnis 1 : 1 umgesetzt werden kann. Das ist auch richtig. Wir werden gemeinsam mit dem Sozialministerium und den anderen Fraktionen nach Lösungen suchen, die sowohl finanziell als auch strukturell vernünftig sind. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Herr Steinecke:

Herzlichen Dank, Frau Budde. Ihre Rede hat zu Nachfragen geführt. Wollen Sie die Fragen von Herrn Dr. Eckert, Frau Bull und Frau Dr. Hüskens beantworten? - Ja, das

signalisieren Sie. - Herr Dr. Eckert, Sie können Ihre Frage stellen.

Herr Dr. Eckert (DIE LINKE):

Frau Budde, Sie führten ebenso wie der Finanzminister an, dass das Land 7,70 €

(Frau Budde, SPD: 707 €)

- 707 € pro Kopf für diesen Bereich ausgibt. Sie ziehen daraus die Schlussfolgerung, dass man dort kürzen könne, weil wir im Vergleich zu den anderen Ländern so viel ausgeben.

Meine erste Frage lautet: Könnte es sein, dass Sie die Zahl völlig unabhängig von den Bedarfslagen, die aus einer hohen Arbeitslosigkeit, einem hohen Suchtpotenzial und der Kinderarmut resultieren, zur Kenntnis nehmen und daraus Schlussfolgerungen ziehen?

(Frau Budde, SPD: Ich benötige einen Stift und einen Zettel! - Frau Budde, SPD, holt sich Schreibzeug von ihrem Sitzplatz)

Es geht um die Bedarfslagen und die daraus resultierende Nachfrage an Beratungsbedarf und Ähnlichem.

Zweite Frage: Könnte es sein, dass Sie zu wenig Kenntnis über die konkrete Situation in den Beratungsstellen, insbesondere hinsichtlich der Fachkräfte und ihrer Entlohnung haben, und zwar unabhängig davon, dass wir in den letzten fünf Jahren jedes Jahr genau in diesem Bereich Kürzungen realisiert haben? - Daraus resultierend wird gesagt: Wir stehen mit dem Rücken an der Wand.

Wir können nicht mehr kürzen. Meine Frage ist: Diese 707 € pro Kopf haben Sie angeführt als „Wir geben zu viel aus“, und Sie betrachten die Bedarfslagen als völlig untergeordnet.

Präsident Herr Steinecke:

Frau Budde, Sie können jetzt antworten.

Frau Budde (SPD):

Diese Ermittlung der Daten wird mit Sicherheit ohne bestimmte Bedarfslagen gemacht, natürlich. Aber ich glaube, ich bin weit davon entfernt - das wissen Sie auch; insofern war das eine Suggestivfrage -, dass ich persönlich das ohne die Bedarfslagen in Sachsen-Anhalt bewerte. Ich glaube auch nicht, dass ich hier eben gesagt habe, ich bin für wildes Kürzen und für Runterkürzen, sondern ich habe gesagt: Wir müssen gucken, ob sich Synergien ergeben. Das kann ich nicht selber beurteilen, sondern das müssen die Fachpolitiker besprechen. Das hat hier jede Fraktion gesagt.

Das Ziel muss am Ende sein - da bin ich bei der zweiten Frage -, dass die, die da sind, auch die Stellen, die da sind, ordentlich finanziert werden. Ich bin immer jemand, der dafür wirbt, notfalls eine weniger und die dann richtig finanziert zu machen, weil es am Ende nicht sein kann, dass wir selbst in dieser Beratungslandschaft nachher für prekäre Beschäftigung sorgen. Da haben Sie völlig Recht, das kann nicht das Ergebnis sein.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Herr Steinecke:

Frau Bull verzichtet auf ihre Frage. Dann Frau Dr. Hüskens, bitte.

Frau Dr. Hüskens (FDP):

Frau Budde, Sie haben am Schluss noch einmal auf den Wahlkampf hingewiesen und haben gesagt, dass Frau Pieper das Bildungsthema im Rahmen des Bundestageswahlkampfes noch mal betont. Bildung war neben sozialen Beratungsstellen ja der zweite Punkt, für dessen entsprechende Ausfinanzierung sich die SPD-Fraktion einsetzen wollte.

Wenn die Gerüchteküche stimmt, dann bekommen die Hochschulen, die Ihnen ja besonders am Herzen lagen, jetzt nur 90 % des Tarifaufwuchses, und dann sollen sie ab 2011 nur noch insgesamt 90 % von allem bekommen und 10 % nach irgendwelchen Leistungsparametern. Haben Sie mal ausgerechnet, was das für die einzelnen Hochschulen bedeutet, und das mal in Relation gesetzt zu dem, was sie derzeit bekommen?

(Unruhe)

Frau Budde (SPD):

Das Bildungsthema war nicht unser Schwerpunkt, sondern es ist unser Schwerpunkt, und das bleibt es auch.

(Beifall bei der SPD)

Ob nun Gerüchteküche oder Haushaltsansatz, werden Sie ganz klar wissen, wenn der Haushalt in den Landtag eingebracht worden sein wird. Dann können wir uns darüber in den Ausschüssen unterhalten. Ich werde eine solche Debatte heute nicht führen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank. - Meine Damen und Herren! Ich sehe jetzt keine weiteren Fragen. Beschlüsse in der Sache werden nach unserer Geschäftsordnung nicht gefasst. Damit ist das zweite Thema des Tagesordnungspunktes 1 beendet und wir verlassen den Tagesordnungspunkt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 13:**

Erste Beratung

Förderung benachteiligter Jugendlicher im Bereich der beruflichen Bildung

Antrag der Fraktion DIE LINKE - **Drs. 5/2155**

Einbringer ist der Abgeordnete Herr Mewes, Fraktion DIE LINKE. Herr Mewes, Sie haben das Wort. Bitte schön.

(Unruhe)

- Wir freuen uns jetzt auf den Beitrag von Herrn Mewes. Bitte schön.

Herr Mewes (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Am vergangenen Sonntag wurde im Magdeburger Dom die Landesausstellung „Aufbruch in die Gotik“ eröffnet. Professor Dr. Böhmer hat ein Grußwort gesprochen. Der Ministerpräsident philosophierte an einer Stelle - durchaus interessant, Herr Ministerpräsident - über den Unterschied zwischen einer holzschnittartigen Aussage und der Bedeutung einer These. Er brachte seine Erfahrungen der letzten 40 Jahre ein. Mir fielen sofort zwei Sätze der letz-

ten 40 Jahre ein, einmal der Satz „Überholt ohne einzuholen“, und ein zweiter Satz „Deutschland muss gestärkt aus der Krise hervorgehen“.

Meine Damen und Herren! Vor Kurzem habe ich eine wirklich interessante These gelesen. Sie lautet: Deutschland muss in der Krise die Weichen für den Einstieg in die Wissensgesellschaft stellen. Diese These könnte auch - das sage ich ganz bewusst vor dem Hintergrund der Diskussion von eben - das Leitbild der Beratung zum Doppelhaushalt werden. Ich wiederhole: Deutschland muss in der Krise die Weichen für den Einstieg in die Wissensgesellschaft stellen. Die kurze These könnte lauten: der Aufbruch in die Wissensgesellschaft. Mit „Wissensgesellschaft“ verbinden wir ja automatisch die Uni, die Hochschule oder die Fachhochschule. Aber, meine Damen und Herren, das ist nicht mein Thema. Es gibt Menschen, die wir auf dem Weg in diese Wissensgesellschaft nicht vergessen dürfen.

Meine Damen und Herren! Allein in Magdeburg gibt es 1 700 Jugendliche zwischen 16 und 25 Jahren, die über keinen schulischen Abschluss verfügen und in keine berufsvorbereitende Maßnahme eingebunden sind. In Halle wird die Zahl ähnlich groß oder größer sein, in Dessau vermutlich nicht geringer. Dazu das einfache Rechenbeispiel: 1 700 mal drei gleich 5 100. Soll heißen, 5 100 junge Menschen, die sich in Hartz IV einrichten könnten. 5 100 - das ist die Einwohnerzahl einer Kleinstadt. Die Hochrechnung auf das Land überlasse ich zum Selbstschutz den Statistikern.

Eine andere Bewertung der Lage gibt der Chef der Regionaldirektion von Sachsen-Anhalt. Er schätzt ein, dass sich der Lehrstellenmarkt in unserem Land in einer günstigen Lage befindet. Viele Betriebe hielten trotz schwieriger Bedingungen an der Ausbildung fest. Das ist lobenswert. Vertreter der Kammern wiederum schätzten im Bildungskonvent ein, dass ein Drittel der Ausbildungsplätze in den Unternehmen nicht besetzt werden kann. Hauptgrund ist die mangelnde Ausbildungsreife vieler Bewerberinnen und Bewerber.

Ein erster Schritt in die richtige Richtung ist durch die Überarbeitung der Lehrpläne der Sekundarstufe I gemacht. Besondere Aufmerksamkeit wird auf die Stärkung der Grundkompetenzen der Schülerinnen und Schüler gelegt. Soziale Fähigkeiten wie Zuverlässigkeit, Teamgeist, Konfliktfähigkeit, Leistungsbereitschaft und Zielstrebigkeit müssen verstärkt vermittelt werden, fordert die Wirtschaft. In der Tat, ein Großteil der Verantwortung liegt bei den Schulen.

Dennoch, trotz der Anstrengungen in diesem Bereich verlässt nach wie vor eine Reihe von Jugendlichen die Schule, ohne über die erforderlichen Voraussetzungen für eine Berufsausbildung zu verfügen. Weil das so ist, sind wir der Meinung, dass weiterhin berufsvorbereitende Maßnahmen im System der beruflichen Bildung vorgehalten und qualifiziert werden müssen.

Meine Damen und Herren! Auf unsere Große Anfrage zur Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung und dem Innovationspotenzial für Sachsen-Anhalt antwortet uns die Landesregierung auf zehn Seiten sehr ausführlich und statistisch untersetzt, welche Maßnahmen mit welchen Ergebnissen im Land umgesetzt wurden. Die Antwort auf die Große Anfrage und die bisherigen Ergebnisse unterstreichen jedoch, dass die Wirksamkeit und die Qualität dieser Maßnahmen, wie es auch im Berufsbildungsbericht 2008 der Landesregierung beschrie-

ben worden ist, nicht ausreichen. Eine andere Quelle: Laut Bildungsmonitor 2009 belegt Sachsen-Anhalt im Ranking zum Kriterium Arbeitsmarktorientierung und berufliche Bildung im Ländervergleich lediglich Platz 14.

Meine Damen und Herren! Im Interesse der Entwicklung der jungen Menschen und im Interesse einer dynamischen Wirtschaftsentwicklung muss die Berufsfähigkeit verbessert werden. Die enge Verzahnung von berufsvorbereitenden Angeboten mit den Maßnahmen der betrieblichen Praxis ist der richtige Ansatzpunkt.

Dabei müssen die Ausbildungsmotivation und die sozialen Kompetenzen der Jugendlichen gestärkt werden. Darüber hinaus gilt es, Kenntnisse und Fähigkeiten in den so genannten Kernfächern weiter zu vertiefen bzw. die Defizite abzubauen.

Bei diesen Herausforderungen dürfen wir die Berufsschullehrerinnen und -lehrer nicht allein lassen. Aufgrund der komplizierten sozialen Problemlagen bei vielen Jugendlichen ist sozialpädagogische Arbeit unverzichtbar. Und ich erhebe trotz der Diskussion von heute Morgen die Forderung: Wir brauchen an jeder berufsbildenden Schule einen ausgebildeten Sozialpädagogen.

Die landespolitischen Maßnahmen und die Instrumente der Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung sollten zielgerichteter vernetzt werden. Wir halten auch die Forderung, dass jeder Ausbildungsweg zu einem Abschluss führt, für richtig.

(Zuruf von Frau Mittendorf, SPD)

Das Programm „Berufseinstiegsbegleiter“ muss erhalten bleiben und vor allen Dingen ausgebaut werden.

Werte Kolleginnen und Kollegen! Wir kennen das Problem der Abwanderung von jungen Menschen aus unserem Land. Jung, weiblich, gut ausgebildet, oft auch gut aussehend - das sind die, die uns den Rücken kehren.

Wir kennen die entsprechenden Studien und ihre möglichen Wirkungen und Folgen für Sachsen-Anhalt. Wir sehen mit großer Sorge, dass die Zahl der jungen Menschen ohne ausreichende Berufsausbildungsfähigkeit steigt. Von einem Konzept der Landesregierung erwarten wir die Bündelung der Instrumente und Projekte, die es den jungen Menschen ermöglichen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen.

An dieser Stelle erinnere ich die Kollegen von der CDU und von der SPD an ihren Koalitionsvertrag. Sie haben sich darin darauf verständigt, alle Möglichkeiten der Qualitätsverbesserung zu nutzen und dazu gehört - so wörtlich -:

„die Verbesserung der Ausbildungs- und Arbeitsmarktchancen von jungen Jugendlichen ohne allgemeinbildenden Schulabschluss im Berufsvorbereitungsjahr“.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Deutschland muss in der Krise die Weichen für den Einstieg in die Wissensgesellschaft stellen. Nach meinem Politikverständnis haben wir die Aufgabe, die Probleme der Gegenwart mit den jungen Menschen zu lösen und dürfen dabei die zukünftigen Gestaltungsmöglichkeiten nicht aufgeben.

5 100 junge Menschen aus Magdeburg, Halle und Dessau haben ein Recht auf ein Leben ohne Bevormundung durch die Ämter. Wir haben die Pflicht, meine Damen und Herren, die Weichen in diesem Land so zu stellen, dass Sachsen-Anhalt nicht auf dem Abstellgleis landet.

In diesem Sinne werbe ich um die Zustimmung zu unserem Antrag und bitte um die Überweisung des Antrags an die Ausschüsse für Wirtschaft und Arbeit, für Bildung, Wissenschaft und Kultur sowie für Soziales.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank, Herr Mewes. Es gibt eine Nachfrage. Herr Franke hat eine Frage. Wollen Sie diese beantworten?

Herr Mewes (DIE LINKE):

Ja.

Präsident Herr Steinecke:

Bevor Herr Franke seine Frage stellt, möchte ich Damen und Herren der Selbsthilfegruppe des Blindenverbandes Querfurt und Schülerinnen und Schüler des Hauptmann-Gymnasiums in Wernigerode begrüßen. Herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Herr Franke, Sie haben jetzt das Wort.

Herr Franke (FDP):

Herr Mewes, mich interessiert zumindest, woher Sie die Zahlen haben. Sie haben hier eine Horrorrechnung aufgemacht. Wenn ich davon ausgehe, dass wir in diesem Jahr 14 000 ausbildungsbereite Schulabgänger haben, dann müssten, wenn ich Ihrer Hochrechnung folge, 80 % von denen, die in diesem Jahr für die Ausbildung bereitstanden, keine Berufsausbildung haben und in keiner Maßnahme sein. Das ist ein Horrorszenario, das Sie hier aufgebaut haben. Ich möchte gern wissen: Wie haben Sie das berechnet?

Herr Mewes (DIE LINKE):

Werter Kollege Franke, das ist kein Horrorszenario. Das betrifft auch nicht eine Jahrgangsstufe. Es sind 1 700 Jugendliche im Alter zwischen 16 und 25 Jahren.

(Herr Franke, FDP: Aha! Okay!)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank. - Weitere Fragesteller melden sich nicht. Dann kommen wir zu dem Redebeitrag der Landesregierung. Herr Professor Dr. Olbertz, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Herr Prof. Dr. Olbertz, Kultusminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Keine Frage: Der insgesamt sachliche Antrag wie auch das aufgeworfene Problem verlangen eine sachliche Antwort. Ob diese Antwort allerdings in einem Konzept bestehen muss, ist eine andere Frage, jedenfalls dann, wenn man darunter jetzt etwas völlig Neues und einen Abschied von den bewährten Methoden und Verfahren sehen würde; denn erstens gibt es - darauf weist der Antrag selbst hin - bereits zahlreiche Bemühungen auf dem Gebiet der Förderung benachteiligter Jugendlicher im Kontext der Berufsvorbereitung und es gibt zweitens eine ganze Reihe parlamentarischer Initiativen und Beschlüsse zu diesem Thema.

Über das Grundproblem sind wir uns aber einig, auch wenn ich selbst vorsichtiger mit dem Begriff der Wis-

sensgesellschaft hantiere; denn auch mir fällt als erstes Merkmal dieser Wissensgesellschaft immer wieder auf, dass immer mehr Menschen immer weniger wissen. Wir sollten historisch gesehen vorsichtig mit der Feststellung umgehen, dass gerade wir die Wissensgesellschaft sind,

(Zustimmung von Herrn Stahlknecht, CDU)

zumal wenn man beispielsweise die Renaissance in die Betrachtung einbezieht.

Also: In den Dom bzw. in das Kulturhistorische Museum gehen und die Ausstellung ansehen. Dort erfahren wir, dass es eine Wissensgesellschaft möglicherweise schon einmal gegeben hat und dass wir dazu erst noch aufschließen müssen - aber das nur am Rande.

Eines war sie damals nicht - das würden Sie jetzt einwenden -: Sie war nicht demokratisch. Aber daran kann man sie wahrscheinlich nicht ohne Weiteres messen, wenn man sich den Aufschwung an Wissen anschaut, den die Menschen in früheren Zeitaltern anders bewältigt haben als wir heute, dies übrigens auch mit einer universellen Sprache, die wir ebenfalls vergessen haben. - Das war aber nur ein kleiner Exkurs.

Im Kern gebe ich Ihnen Recht. Wir müssen uns um diese Gruppe benachteiligter junger Menschen kümmern, nicht nur um ihrer selbst willen, sondern auch weil es ein Potenzial für die Gestaltungskraft unserer Gesellschaft ist, für wirtschaftliches Wachstum, soziale Stabilität und viele andere Dinge mehr. Ich glaube, darin sind wir uns auch fraktionsübergreifend weitgehend einig.

Ich denke, wir sind uns auch einig darin, dass unter sonst gleichen Umständen eine frühere Förderung immer eine bessere ist als eine spät, zu spät oder womöglich gar nicht einsetzende Förderung. Insofern gehören zur Förderung benachteiligter Jugendlicher - sicherlich müssen wir hier jeweils noch etwas näher bestimmen, was genau wir darunter eigentlich verstehen - auch all die Maßnahmen, die eine Förderung im berufsbildenden Sektor beinhalten.

Ich weise in diesem Zusammenhang auf das ESF-Programm gegen Schulversagen und Schulabbruch in den allgemeinbildenden Schulen hin. Landesweit wurden regionale Netzwerkstellen gegen Schulversagen eingerichtet, die lokale und schulische Aktivitäten bündeln sollen. 13 solcher Netzwerkstellen haben wir. Außerdem sind zurzeit 134 Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter an den Schulen tätig.

Viele Maßnahmen erleichtern es auch Förderschülern, beispielsweise den Hauptschulabschluss zu erwerben. Diese Schüler werden sonderpädagogisch gefördert, etwa im Bereich der Sprache. So machen 15 % der Förderschüler im Schuljahrgang 9 im Förderschwerpunkt „Lernen“ ein freiwilliges 10. Schuljahr zum Erwerb des Hauptschulabschlusses, manchmal sogar klassenweise. Ich finde das ausgesprochen beachtlich.

Und wenn man dann genauer hinschaut, sieht man immer, dass es ein sehr engagiertes Kollegium gibt, das diese jungen Menschen auch als Gruppe motiviert, im Klassenverband diesen Schritt zu wagen. Dann werden sie intensiv gefördert und begleitet - und sie schaffen es. Die Vorbildwirkung solcher Erfolgsgeschichten dann auch zu verbreiten, halte ich für eine sehr wichtige Aufgabe der Kommunikation um das Thema herum.

90 % der Schüler, die den Schritt wagen, den Hauptschulabschluss in einem 10. Schuljahr zu erwerben, tun

dies erfolgreich. Hervorheben möchte ich das produktive Lernen, in dessen Rahmen mehr als 80 % der Teilnehmer, die sonst die Schule ohne Abschluss verlassen würden, den Schulabschluss doch erreichen.

Berufsorientierung und Berufsvorbereitung sind natürlich nicht nur eine Angelegenheit für pädagogische Krisensituationen, sondern sind eigentliche Kernaufgabe vor allem der Sekundarschulen und sind deshalb auch sehr oft Bestandteil des Schulprogramms oder spezieller Konzepte.

Über den Unterricht im engeren Sinne hinaus werden Berufsvorbereitung und Berufsorientierung in den Sekundar- und Gesamtschulen durch vielfältige Maßnahmen und Projekte realisiert. Denken wir an die Schülerbetriebspraktika, die wir im BVJ ab diesem Jahr übrigens auf sechs Wochen ausdehnen können. Denken wir an Praxistage in Unternehmen. Denken wir an die vielfältigen Initiativen, die der Wirtschaftsminister und ich gemeinsam im Zusammenhang mit der Berufsvorbereitung ergriffen haben. Denken wir an Brafo, denken wir an den Berufsfindungsspass, denken wir an die Portfolio-Projekte und viele andere Dinge mehr.

Ich erzähle Ihnen das nur im Sinne einer kleinen Zwischenbilanz, keineswegs in der Haltung der Zufriedenheit - damit wir uns nicht falsch verstehen. Wir müssen nicht von Grund auf die Dinge neu erfinden und wir brauchen auch kein groß angelegtes Alternativkonzept, sondern wir müssen schauen, wie wir die Potenziale der Vorgehensweisen, Ideen und Konzepte, die wir heute praktizieren, noch besser und erfolgreicher erschließen können.

Im Bereich der beruflichen Bildung kennen Sie alle die strukturell vorgesehenen Möglichkeiten, vor allem das Berufsvorbereitungsjahr, das Berufsgrundbildungsjahr oder die einjährige Berufsfachschule.

Wir alle wissen aber auch um deren Grenzen und wir wissen, dass sich in diesen Bildungsgängen oft auch Jugendliche befinden, die wegen der schwierigen Arbeitsmarktsituation keinen Ausbildungsplatz im dualen System bekommen haben.

Man muss dazu allerdings sagen - der Wirtschaftsminister hat darüber in einer der letzten Kabinettsitzungen berichtet -, dass sich diese Situation entspannt - nicht durch unser Zutun, sondern durch die demografische Entwicklung - und dass das Interesse von Ausbildungsbetrieben steigt, sich auch den jungen Leuten zuzuwenden, die ein bisschen schwierig sind und ein paar Defizite mitbringen, weil man weiß, dass das Potenziale sind, die sich entwickeln lassen.

Ich hoffe sehr, dass wir aus der demografischen Not eine Tugend machen, indem wir mehr junge Leute in das duale System einfädeln, die bisher schlicht und ergreifend ausgesondert worden sind. Das allerdings spricht dafür, auch im dualen System, insbesondere in dem Teil der beruflichen Bildung, mehr Kraftanstrengungen zu unternehmen, um die Defizite auszugleichen und diese jungen Leute gerade im Erwerb elementarer Kulturtechniken intensiv zu fördern, damit sie im dualen System erfolgreich bestehen und es mit einem Abschluss durchlaufen können.

Dabei bietet sich für eine individuelle Förderung das Berufsvorbereitungsjahr ausdrücklich an. Während der Ausbildung sind für diese jungen Leute sowohl eine wohn-

ortnahe Beschulung als auch das betriebliche Praktikum von ganz besonderer Bedeutung.

Seit dem Jahr 2006 erproben wir in einem Schulversuch eine speziell auf die Bedürfnisse der Jugendlichen abgestimmte neue Stundentafel mit den Schwerpunkten Mathematik, Deutsch und Informatik - die Bereiche, in denen es wirklich immer wieder hapert -, wobei es sowohl um die Auffrischung von Grundlagen geht als auch um die Illustration der praktischen Bedeutung und Anwendung des Gelernten.

Seit dem Jahr 2008 nehmen an diesem Versuch alle Schulen teil, die ein Berufsvorbereitungsjahr durchführen. Unmittelbares Ziel dieses Modellversuches ist es, Jugendlichen, die die allgemeinbildenden Schulen ohne einen Hauptschulabschluss verlassen haben, doch noch einen Abschluss zu ermöglichen und zugleich ihre Ausbildungsreife zu erhöhen.

Seit diesem Jahr können die Praktikumszeiten außerdem auf bis zu sechs Wochen erweitert werden - das hatte ich schon gesagt -, nicht zuletzt damit die Jugendlichen Gelegenheit haben, sich einen Betrieb länger anzuschauen, sich dort längerfristig vorzustellen und sich auch in denjenigen Fähigkeiten zu präsentieren, die sich auf einem Schulzeugnis manchmal nicht ohne Weiteres wiederfinden. Das wissen wir doch auch: Der Kontakt, die Inaugenscheinnahme zeigt manch eine Stärke der jungen Leute, die sich in keinem Schulzeugnis wirklich wiedergeben lässt. Die in dem Schulversuch ausgefertigten Zeugnisse weisen im Übrigen praktische Kompetenzen extra aus. - Das nur am Rande.

Der Modellversuch endet mit Ablauf dieses Schuljahres. Das heißt, wir stehen in der Tat vor der Aufgabe zu überprüfen: Was hat sich bewährt und sollte Standard werden und in die Praxis übernommen werden? Wie können wir die genannten Projekte der Schulsozialarbeit besser integrieren? Wie kann man sie besser öffnen? Und wie kann man die Nutzungsquoten erhöhen?

Junge Leute mit Benachteiligungen individueller Natur oder Jugendliche, die aus Arbeitsmarktgründen Probleme mit dem Übergang von der Schule ins Arbeitsleben haben, bedürfen unserer besonderen Aufmerksamkeit. Das Thema berührt ohnehin einen Schwerpunkt unserer Arbeit im Kultusministerium, nämlich an der Schnittstelle zwischen Schule und Arbeitswelt pädagogische Projekte und Förderprogramme zu etablieren, die das Wechseln von der schulischen in die Arbeitswelt erleichtern, gleichzeitig aber eben auch Netzwerkarbeit bedeuten, damit sich die Kinder und jungen Leute durch das beweisen können, was sie praktisch können, und nicht nur danach bewertet werden, wie sie formale Anforderungen unmittelbar erfüllen - so wichtig das auch ist.

Insofern bin ich gern bereit, einmal mehr einen Blick auf die vorhandenen Instrumente zu werfen, sie einer kritischen Inventur zu unterziehen, sie in Bezug auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen und ansonsten zu schauen, wie wir die Instrumente, die wir haben, optimieren können. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der CDU - Herr Tullner, CDU: Sehr richtig!)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank, Herr Minister. - Wir kommen zu den Debattenbeiträgen der Fraktionen. Für die SPD-Fraktion wird anstelle des erkrankten Herrn Graner Frau Hampel re-

den. Wir wünschen Herrn Graner von hier aus gute Bes-
serung.

(Zustimmung von Frau Feußner, CDU, und von
Herrn Tullner, CDU)

Frau Hampel, Sie haben das Wort.

Frau Hampel (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren! Erst in der vergangenen Woche war in der „Mitteldeutschen Zeitung“ zu lesen, dass für das nächste Ausbildungsjahr in Sachsen-Anhalt noch 1 700 Ausbildungsstellen unbesetzt seien.

Der Grund dafür ist uns bekannt: Wegen der demografischen Entwicklung ist die Zahl der Schüler und die der Bewerber für Ausbildungs- und Arbeitsplätze zurückgegangen. Daraus könnte man schlussfolgern, dass die Chancen junger Menschen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt künftig besser werden. Richtig ist, dass Jugendliche, die für eine Ausbildung bereitstehen, künftig Mangelware sein werden.

Es ist aber nicht so, dass alle Schulabgänger gleich gute Chancen auf eine Berufsausbildung haben werden. Einige werden es leichter haben, andere dagegen schwerer. Es ist unsere Aufgabe, uns in Zukunft noch stärker denjenigen zuzuwenden, die es schwerer haben werden.

Die Statistik des Statistischen Landesamtes verdeutlicht, dass bei einer stark sinkenden Gesamtzahl der Schüler der Anteil der Abgänger mit einem Hauptschulabschluss steigt, der Anteil der Abgänger mit einem Realschulabschluss stark sinkt und der Anteil derer mit einer Hochschulzugangsberechtigung konstant bleibt.

Vor dem Hintergrund des Fachkräftebedarfs verdeutlicht diese Entwicklung die Dramatik auf dem künftigen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Deshalb begrüße ich die Debatte im Landtag. Das Anliegen, das mit dem Antrag der LINKEN verfolgt wird, ist richtig und wichtig.

Ich bin dennoch der Auffassung - darin stimme ich mit dem Minister überein -, dass wir nicht schon wieder neue Konzepte brauchen. Vielmehr gilt es jetzt vor allem, die bereits vorhandenen Instrumente weiterzuentwickeln. Auf jeden Fall lohnt es sich aber, darüber im Ausschuss zu reden. Daher plädiere ich dafür, diesen Antrag an die Ausschüsse für Bildung, Wissenschaft und Kultur sowie für Wirtschaft und Arbeit zu überweisen.

Kurz zu dem Inhalt Ihres Antrages. Worum geht es Ihnen? - Die Wirtschaft beklagt, und zwar zu Recht, die mangelnde Ausbildungsreife von Jugendlichen, und angesichts dessen, dass mehr als 10 % der Schüler die Hauptschule ohne Abschluss verlassen, ist das auch nicht verwunderlich. Allerdings - darin geben Sie mir sicherlich Recht, Herr Mewes - ist das Kind häufig bereits schon vorher in den Brunnen gefallen.

Es geht also einerseits um Veränderungen des Schulsystems, damit am Ende der Schulzeit nicht erst dafür gesorgt werden muss, die Ausbildungsfähigkeit herzustellen.

(Zustimmung von Herrn Mewes, DIE LINKE)

Dann ist es oft schon zu spät dafür. Das ist aber heute nicht das Thema, über das wir reden.

Andererseits geht es gerade um diejenigen benachteiligten Schülerinnen und Schüler, die nach der Schule noch

Qualifikationsbedarf haben. Hier knüpft Ihr Antrag an. Sie fordern ein neues Konzept und verweisen auf die Punkte, die ich jetzt nicht im Einzelnen nennen möchte. Der Minister ist darauf schon eingegangen.

Ich muss aber auch sagen, dass über dieses Thema schon mehrfach im Landtag diskutiert worden ist und dass es in den Ausschüssen umfangreiche Beratungen gab. Insbesondere verweise ich auf einen Bericht des Wirtschaftsministeriums zu den Leitlinien für Modernisierungen und Strukturverbesserungen in der beruflichen Bildung. Ich bin sicher, dass Ihnen dieser Bericht bekannt ist.

Darin geht es insbesondere um den Umsetzungsstand dieser Leitlinien in Sachsen-Anhalt. Schauen Sie darin bitte einmal unter dem Punkt 2 nach. Dort finden Sie konkrete Vorstellungen für die Gruppe der benachteiligten Jugendlichen und Angaben zum Stand der Umsetzung. Danach können Sie schon einiges besser nachvollziehen.

Die Landesregierung hat das Problem also im Fokus und arbeitet daran mit der Arbeitsverwaltung und mit den Beteiligten im Ausbildungspakt Sachsen-Anhalt.

Obwohl meine Redezeit schon wieder zu Ende geht, will ich noch einige Punkte nennen, die mir wichtig sind. Es ist auch unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass die benachteiligten Jugendlichen nicht in der Endlosschleife stecken bleiben; vielmehr sollte ihr Verbleib in dem Übergangssystem zwischen Schule und Ausbildung verkürzt werden. Gegenwärtig ist es so, dass sie am Schluss wieder in der Schule landen. Ich halte das für sehr schwierig; denn sie sind bereits schulmüde und haben auf die Schule überhaupt keine Lust mehr.

Wir müssen darauf achten, dass mehr Schüler aus dem Berufsvorbereitungsjahr und aus dem Berufsgrundbildungsjahr für Schulpflichtige mit in die Ausbildung kommen. Das ist eine der Schwerpunktaufgaben, die ich sehe. Das kann entweder im Wege der Einstiegsqualifikation oder auf direktem Wege in die Ausbildung erfolgen. Längere Praktika und auf jeden Fall eine stärkere Betriebsnähe sind hierfür erforderlich. An diesen Punkten muss weiterhin intensiv gearbeitet werden.

Ich lasse ein paar Punkte aus. Zum Schluss noch kurz: Sachsen-Anhalt ist, so denke ich - darin sind wir uns wohl einig -, in dem Bereich der beruflichen Bildung auf einem guten Weg. Der Ausbildungsmarkt wird in den nächsten Jahren stabiler werden. Die Zahl offener Ausbildungsstellen zeigt, dass die Unternehmen in unserem Land erkannt haben, dass es wichtig ist, trotz der Wirtschaftskrise nicht weniger Lehrstellen anzubieten, um den Fachkräftebedarf zu decken.

Die Verbesserung der Ausbildungssituation für Jugendliche mit Benachteiligungen bleibt dennoch auch für die SPD-Fraktion ein wichtiges Anliegen. Deshalb freue ich mich auch auf die Beratungen in den Ausschüssen; denn - diesbezüglich sind wir uns auch einig; dennoch möchte ich es zum Schluss gern sagen - ohne Ausbildung wird ein Start ins Berufsleben nur schwer gelingen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank für Ihren Beitrag, Frau Hampel. - Wir kommen zum Debattenbeitrag der FDP-Fraktion. Herr Franke hat das Wort. Bitte schön.

Herr Franke (FDP):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Der vorliegende Antrag der LINKEN suggeriert, dass es eine Lücke bei der beruflichen Ausbildung benachteiligter Jugendlicher in Sachsen-Anhalt gibt. Deshalb wird die Landesregierung aufgefordert, ein Konzept vorzulegen.

Die Frage, die wir uns als FDP-Fraktion stellen, ist: Brauchen wir ein solches Konzept? - Wir sehen das Problem, dass es wahnsinnig viele Programme des Bundes, des Landes und von der Agentur für Arbeit gibt, die mittlerweile miteinander konkurrieren, um benachteiligten Jugendlichen einen Berufsabschluss zu ermöglichen. Ich versuche einmal, ein paar aufzuzählen.

Für die Berufsvorbereitung in Sachsen-Anhalt gibt es BvB, also die Berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen der Agentur für Arbeit. Die Zielgruppe des BvB sind insbesondere benachteiligte Jugendliche. Schulabgänger können sich in mehreren Berufsfeldern bis zu einem Jahr im Metall-, Holz-, Bau- und Malerbereich sowie in den Bereichen Hauswirtschaft, Gastronomie, Wirtschaft und Verwaltung ausprobieren.

Zusätzlich erhalten diese benachteiligten Jugendlichen eine Vertiefung von Grundkompetenzen im sozialen, sprachlichen, mathematischen und naturwissenschaftlich-technischen Bereich in Form von individuellem Stütz- und Förderunterricht. Neben der berufsvorbereitenden Maßnahme können Jugendliche zeitgleich ihren Hauptschulabschluss erwerben.

Begleitet werden diese benachteiligten Jugendlichen mit einem sehr hohen Personalschlüssel. Ein Bildungsbegleiter betreut 28 Schüler, ein Sozialpädagoge betreut 24 Schüler und kümmert sich dabei um alle Belange des Jugendlichen und seines Umfeldes. Für jedes Berufsfeld ist ein Ausbilder vorgesehen, der zwölf Schüler betreut. Ein Stützlehrer kümmert sich um jeweils 24 Schüler.

Zusätzlich absolvieren die Teilnehmer mehrere Praktika in den verschiedenen Berufsfeldern und probieren sich dort aus. Dabei werden sie von einem Sozialpädagogen und von einem Bildungsbegleiter betreut. Die bisherige Erfahrung zeigt, dass ca. 80 % dieser Jugendlichen eine betriebliche und außerbetriebliche Berufsausbildung erfolgreich beendet haben.

Dann haben wir das Berufsgrundbildungsjahr und das Berufsvorbereitungsjahr an den Berufsschulen Sachsen-Anhalts, also das BGJ und das BVJ. Hierin werden Schulabgänger aufgefangen, die keine Ausbildung bekommen haben. Im BGJ haben die Jugendlichen schon eine gewisse Berufsreife und werden bereits auf den jeweiligen Beruf vorbereitet. Im BVJ sind Jugendliche, die noch keine Berufsvorstellungen haben und je nach ihren Berufswünschen und Neigungen Berufsfelder praxisnah kennen lernen, eben über Fachtheorie und Fachpraxis sowie durch gezielte betriebliche Praktika. Jugendliche, die noch keinen Hauptschulabschluss haben, können diesen dort nachholen.

Zur Neugestaltung des BVJ wurde das Bundesprogramm Jobstarter-Contact ins Leben gerufen. Dieses Forschungs- und Entwicklungsprogramm wird seit dem Jahr 2008 von Bildungseinrichtungen und Kammern bundesweit durchgeführt. Involviert sind die jeweiligen Berufsschulen der Region und das Kultusministerium. Auch hier werden die Jugendlichen in den Berufsschulen pädagogisch und sozialpädagogisch begleitet und bekommen individuellen Stütz- und Förderunterricht in all-gemeinbildenden Fächern.

Dann gibt es noch das jährliche Brafo, die Berufsorientierung der Klassenstufen 7 und 8 im Sekundarbereich an den Realschulen und Hauptschulen in ganz Sachsen-Anhalt. Hier werden Kinder schon frühzeitig an die Berufswahl herangeführt. Auch hier werden die Kinder gemeinsam mit den Eltern sozialpädagogisch begleitet.

Zur Berufsorientierung gibt es auch noch die EQJ, die Einstiegsqualifizierung Jugendlicher. Dieses betriebliche Langzeitpraktikum soll als Brücke zur Ausbildung dienen. Dabei orientieren sich die Maßnahmen in der Regel an den Ausbildungsinhalten des entsprechenden Ausbildungsberufes. In Sachsen-Anhalt befinden sich derzeit 326 Jugendliche in EQJ-Maßnahmen.

Dann gibt es noch - das ist ganz neu - das SpBAm, Sozialpädagogische Begleitung/Ausbildungsmanagement. Hier können durch die Betriebe Module angefordert werden, die Jugendliche vor dem Beginn einer Ausbildung in ihren Betrieben ausprobieren können, sodass die Voraussetzungen für eine Ausbildung geschaffen werden. Dadurch werden die Betriebe in die Berufsorientierung und in die Eignung der Jugendlichen involviert und zum ersten Mal auch damit konfrontiert.

Jetzt gibt es noch das Programm Jobstarter in der fünften Förderrunde. Mit diesem Programm werden Kindern und Jugendlichen in den Schulen nicht besonders attraktive Berufe vorgestellt bzw. ihnen werden stark unterbesetzte Berufe näher gebracht. Auch hier geht es ausschließlich um Berufsvorbereitungsmaßnahmen. Ich könnte die Reihe fortsetzen. Soll ich das tun? Wir haben noch das Projekt Stabil. Wir haben das Projekt Gail.

Präsident Herr Steinecke:

Ihre Redezeit ist um.

Herr Franke (FDP):

Ich weiß. Ich höre es schon. Aber meine Kollegin Hampel hat auch ein bisschen überzogen. Dann lassen Sie mich doch noch einiges sagen.

Deutlich wird, dass die Berufsberatung der Agentur nicht mehr so viel unversorgte Jugendliche zur Verfügung hat. Die Zahlen wurden vorhin genannt: 14 067 Schulabgänger waren es in diesem Jahr. Im letzten Jahr hatten wir mehr; es waren insgesamt 24 971. Von diesen 14 067 in diesem Jahr sind 10 432 in die betriebliche Ausbildung gegangen; 1 700 begannen außerbetriebliche Berufsausbildungen, sie nahmen also das Ausbildungsplatzprogramm Ost in Anspruch. Diesen 1 700 Auszubildenden stehen 1 714 freie Ausbildungsstellen gegenüber.

Wenn wir davon ausgehen, dass im August noch 2 933 Jugendliche unversorgt sind, dann sind diese in die Programme gegangen, die ich vorhin nannte, also in BvB, BVJ, BGJ, EQJ usw.

(Frau Dr. Hüskens, FDP: Das reicht!)

Also jeder Jugendliche bekommt nach den Aussagen der Agentur für Arbeit ein Angebot, egal ob es eine Ausbildung ist oder ob es sich um berufsvorbereitende Maßnahmen oder Ähnliches handelt.

Sehr geehrte Damen und Herren! Der Förderdschungel wird immer größer und unübersichtlicher. Viele Programme kollidieren mittlerweile miteinander. Ich halte das Auflegen zusätzlicher Programme für überzogen, da alle Belange in der Berufsorientierung abgedeckt werden.

Mit Sorge betrachte ich die Einsparungen bei der Förderung der außerbetrieblichen Ausbildung. Es werden fast nur noch zweijährige Ausbildungen, so genannte Stufenausbildungen, durch die Agentur angeboten und finanziert. In der Vergangenheit konnten benachteiligte Jugendliche - -

Präsident Herr Steinecke:

Herr Franke, bitte kommen Sie langsam zum Schluss.

Herr Franke (FDP):

Gleich. Ich bin auf der vorletzten Seite.

(Heiterkeit bei allen Fraktionen)

Präsident Herr Steinecke:

Aber, Herr Franke, Sie haben doch schon - -

Herr Franke (FDP):

Ja, es steht aber nur noch ganz wenig darauf.

(Herr Gallert, DIE LINKE: Den Satz zu Ende bringen!)

Präsident Herr Steinecke:

Herr Franke, kommen Sie bitte langsam zum Schluss.

Herr Franke (FDP):

Ich hatte gemessen, wie lange Frau Hampel geredet hat.

Präsident Herr Steinecke:

Ja. Ich gestatte Ihnen jetzt, zu Ende zu reden. Tun Sie das bitte.

Herr Franke (FDP):

Gut. Danke.

(Herr Tullner, CDU: Sind wir auf dem Basar oder haben wir Redezeiten?)

Präsident Herr Steinecke:

Herr Franke, kommen Sie jetzt bitte zum Ende.

Herr Franke (FDP):

In der Vergangenheit war es so, dass Jugendliche, die die erste Stufenausbildung mit einem Notendurchschnitt von mindestens 2,9 durchschritten hatten, noch ein drittes Ausbildungsjahr anhängen konnten, also sprich den Durchstieg vom Objektbeschichter zum Maler und Lackierer oder von der Verkäuferin zur Einzelhandelskauffrau oder zum Einzelhandelskaufmann.

Die Agentur für Arbeit finanziert neuerdings aber nur diese erste Ausbildung, im Prinzip die zwei Jahre. Der Durchstieg in das dritte Ausbildungsjahr wird nicht mehr mitfinanziert. Gerade angesichts des zu erwartenden Fachkräftemangels halte ich das für ein Problem. Zudem verbaut das Vorgehen der Agentur für Arbeit die Chance der Jugendlichen auf eine dreijährige, qualitativ bessere Ausbildung.

Über die Frage, ob wir wirklich ein Konzept brauchen, sollten wir in den Ausschüssen beraten.

(Herr Tullner, CDU: Genau!)

Ich denke, wir sollten den Dschungel durchforsten und die Programme aufeinander abstimmen. Wir sollten versuchen, in der beruflichen Ausbildung der Jugendlichen Effektivität zu erreichen.

Wir stimmen den Überweisungsvorschlägen, die unterbreitet worden sind, zu. - Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank, Herr Franke, auch wenn es ein bisschen länger gedauert hat. Aber das Thema ist wichtig. - Die CDU-Fraktion hat jetzt das Wort. Frau Feußner, bitte schön.

(Frau Dr. Hüsken, FDP: Aber jetzt kurz! - Herr Kosmehl, FDP: Zu Protokoll!)

Frau Feußner (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kollegen! Eine erfolgreiche Ausbildung, die zu einem Berufsschulabschluss führt, ist für jeden Jugendlichen, der diesen Weg einschlägt, natürlich wünschenswert. Darum bemühen sich mehrere Institutionen - diese sind bereits genannt worden -, die an der Ausbildung beteiligt sind.

So betrug die Vermittlungsquote in der Berufsausbildung seit Jahren zwar bei nahezu 100 %; doch diese Quote konnte nur dank gestützter Ausbildungsangebote, die über- und außerbetrieblich stattfanden, erreicht werden. Aber auch die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze stieg in den letzten Jahren wieder an. Vieles hängt sicher auch mit der demografischen Entwicklung zusammen. Mittlerweile können freie Lehrstellen nicht mehr besetzt werden. Auch das wurde bereits genannt.

Nun wissen wir alle, dass einige Jugendliche trotz dieser Bemühungen sozusagen auf der Strecke bleiben. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE beschreibt eine Personengruppe, die einer besonderen Unterstützung bedarf. Der Anteil derer, die ihre Ausbildung nicht erfolgreich beenden, ist immer noch zu hoch; das wissen wir alle. Sie haben die Zahlen zum Teil genannt. Ob diese Angaben exakt stimmen, will ich gar nicht hinterfragen. Aber es sind einfach zu viele.

Mit Verlaub, es wundert mich aber schon, dass in diesem Zusammenhang nicht die Jugendlichen mit Behinderungen mit in den Fokus genommen worden sind. Sie sprechen von benachteiligten Jugendlichen; behinderte Jugendliche sind etwas anderes. Es wundert mich, dass Sie diese in dem Zusammenhang nicht in das Konzept einbezogen haben. Daher sollte man den Antrag aus meiner Sicht erweitern.

Es gibt in Deutschland keine exakte Definition für den Begriff „benachteiligte Jugendliche“; das ist so. Übrigens wird dieser Begriff nur in Deutschland so verwendet. Das habe ich recherchiert. In anderen Ländern gibt es den Begriff der benachteiligten Jugendlichen nicht. Deshalb ist es auch immer schwierig zu unterscheiden, welche Personengruppe dazugehört.

Häufig korrespondiert dieser Begriff mit dem Begriff „individuell benachteiligt“ oder „sozial benachteiligt“. Im SBG III bzw. in den Durchführungserlassen werden die Zielgruppen etwas näher beschrieben sowie die Hilfen, die für berufsvorbereitende Maßnahmen und für die Berufsausbildung benachteiligter Jugendlicher relevant

sind. Das könnte ich an dieser Stelle aufzeigen. Aus Zeitgründen erspare ich es mir allerdings.

Liebe Anwesende! Zur Verbesserung der Berufsausbildung dieser Jugendlichen gibt es eine Vielzahl von Fördermöglichkeiten sowohl vom Bund als auch vom Land. Mit einer Vielzahl von gezielten Programmen fördert das Land zum Beispiel - Herr Franke, Sie haben noch mehr aufgezählt, als ich mir aufgeschrieben habe. Ich nenne die Programme kurz, ohne mich wiederholen zu wollen: das Berufsorientierungsprojekt BRAVO, das Landesergänzungsprogramm zum Ausbildungsplatzprogramm Ost, das Präventionsprogramm „Sprint“ zur Senkung der Ausbildungsabbrecherquoten, das Programm zur Förderung der Erstausbildung Alleinerziehender.

Im Übrigen gibt es auch eine Rahmenvereinbarung zwischen dem Kultusministerium und der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen der Bundesanstalt für Arbeit aus dem Jahr 2007. Darin sind die Grundsätze der Zusammenarbeit formuliert. Es gibt das Programm der Schulsozialarbeit. Es gibt das Programm „Produktives Lernen“. Es gibt das Projekt der Berufseinstiegsbegleitung. Das ist ein Projekt der Agentur für Arbeit, bei dem 20 Jugendliche pro Betreuer bis zum Einstieg in die Ausbildung begleitet werden. Das ist ein deutschlandweites Projekt, an dem Sachsen-Anhalt mit ca. 50 bis 60 Schulen teilnimmt.

Mit Sicherheit gibt es eine Vielzahl von Programmen, die sich genau um die Personengruppe der benachteiligten und behinderten Jugendlichen kümmern. Diese Vielzahl ist manchmal nicht mehr durchschaubar. Ich glaube, an dieser Stelle ist eine Evaluation notwendig, die darüber Auskunft gibt, ob das, was an Programmen existiert, noch zielführend ist.

Dennoch gibt es einige Probleme, die dafür sorgen, dass das eine oder andere Programm nicht greift. Ich habe auf die Vielzahl der Programme hingewiesen, und dennoch gibt es Jugendliche, denen nicht zielführend geholfen werden konnte oder kann. Diese Probleme sind meistens etwas diffiziler. Ich könnte einige davon aufzählen; zwei möchte ich benennen. Aus meiner Sicht ist es wichtig, dringend über die Bedeutung und Ausrichtung des BVJ nachzudenken; denn zu viele Jugendliche, die das BVJ absolvierten, sind danach noch ausbildungsunwilliger als vorher.

(Zustimmung von Frau Bull, DIE LINKE)

Auch bei diesem Programm bleiben aus meiner Sicht viel zu viele Jugendliche auf der Strecke. Das haben die Akteure vor Ort zum Teil auch erkannt. Mittlerweile gibt es dazu einige Modelle und Aktivitäten, die versuchen, gegen diesen Trend zu steuern, aber das reicht aus meiner Sicht nicht aus.

Ich will auf ein weiteres Beispiel verweisen, an dem deutlich wird, dass das Problem meist im Detail liegt. Die Einrichtung von Kooperationsklassen ist eine tolle Angelegenheit; das läuft sehr gut. Man hört auch nur positive Ergebnisse, dass das in den Schulen gut funktioniert. Aber ein großes Problem dabei ist, dass wir Kooperationsklassen in den Klassenstufen 1 bis 4 in der Grundschule und in den Klassenstufen 7 bis 10 in der Sekundarschule haben.

Was machen wir in der 5. und 6. Klasse? - Da unterbrechen wir das ganze System. Wenn diese Förderung nicht kontinuierlich stattfindet, dann ist aus meiner Sicht

ein Bruch vorhanden. Das kann mehr zum Negativen reichen, als dass es die positiven Ansätze befördert.

(Zustimmung von Frau Gorr, CDU)

Bei diesen Beispielen möchte ich es belassen. Meine Redezeit ist bereits zu Ende; ich habe sie nicht so extrem überzogen. Zwei Sätze möchte ich noch anführen.

Meine sehr verehrten Kollegen! Der Übergang von der Schule in den Beruf gestaltet sich für Jugendliche mit Benachteiligungen oder mit Behinderungen immer sehr schwer; das ist klar. Es ist die Aufgabe der Schule, diesen Übergang entsprechend vorzubereiten. Wichtig ist dabei auch, dass die bereichsübergreifende Zusammenarbeit im Sinne der einzugliedernden Jugendlichen entsprechend realisiert wird. Hierzu ist konkret zu sagen, dass die Zusammenarbeit des Kultusministeriums mit der Agentur für Arbeit und den Sozialhilfeträgern aus meiner Sicht wesentlich enger und besser ausgerichtet werden muss,

(Zustimmung bei der LINKEN und von Frau Hampel, SPD)

sodass nicht jeder seine Programme für sich macht und man letztlich nicht weiß, welche Angebote in diesem Programmwald existieren. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank, Frau Feußner. Da das Thema so wichtig ist, habe ich Ihnen ein bisschen mehr Zeit gelassen. - Jetzt hat die Fraktion DIE LINKE das Wort. Herr Mewes, bitte schön.

Herr Mewes (DIE LINKE):

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich zunächst darüber, dass wir das Problem parteiübergreifend erkannt haben. Ich will einige Positionen aus meiner Sicht aufführen.

Ich möchte noch einmal konkret sagen, welche Zielstellung unserem Antrag zugrunde liegt. Die Landesregierung wird aufgefordert, ein Konzept zu erarbeiten, in dem die Instrumente, die beschrieben worden sind, und die Projekte, die es den jungen Menschen ermöglichen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, gebündelt werden.

Ich komme auf die einzelnen Positionen zu sprechen. Ich habe überlegt, ob ich mit den Ausführungen der Damen anfangen, aber ich gehe zunächst auf Herrn Franke ein. Herr Franke, ich weiß, dass Sie sich in dieses Thema einlesen mussten. Trotzdem haben Sie das Parlament darüber aufgeklärt, wie kompliziert die Berufsausbildung ist. Sie haben die verschiedenen Projekte benannt. Sie haben den Aufbau und die Struktur der berufsbildenden Schulen genannt. Das war für das Parlament sicherlich eine Lehrstunde. Dafür bin ich Ihnen dankbar. Dennoch geht es mir um den Förderdschungel - das hatten Sie so genannt -, den ich mit einem Konzept durchbrechen will.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Wenn ich mir überlege, wie lange es beim letzten Mal, als wir ein Konzept in anderer Form eingefordert haben, gedauert hat - Die Landesregierung hat zwei Jahre dazu gebraucht. Wenn es wieder so ist, dass für dieses

Konzept zwei Jahre benötigt werden, dann ist die Legislaturperiode vorbei. Ich hoffe, die nächsten Abgeordneten werden sich weiterhin damit beschäftigen. Das Wort „Konzept“ löst eine Reizstimmung aus, so ist mein Eindruck.

Frau Hampel, Sie haben das genau wie Herr Franke sehr ordentlich beschrieben. Ich will Ihnen einmal eine kurze Gegebenheit schildern: Ein Professor kommt ins Seminar und legt der Seminargruppe die Prüfungsaufgaben vor.

Die Prüfungsaufgaben werden von den Studenten durchgelesen und dann meldet sich ein Student und sagt: „Herr Professor, die Fragen hatten wir vor einem Jahr schon mal.“ „Ja“, sagt der Professor, „das ist richtig, aber die Antworten sind heute andere.“ - Auf die Antworten, die wir heute auf dieses Problem geben müssen, sollten wir in der Diskussion in den Ausschüssen eingehen.

Herr Minister, ich konnte die Antwort auf unsere Große Anfrage fast mitlesen. Auch hierin steht, nach einer Evaluation wollten Sie ein Konzept vorlegen. Der Zeitpunkt für dieses Konzept ist da, also haben wir das eingefordert. Wir machen also nichts, was unmöglich ist. - So weit dazu. Frau Feußner hatte ich bereits in Verbindung mit Herrn Franke angesprochen.

Ich freue mich auf diese Diskussion. Für mich sind das zusätzliche Ausschusszeiten, die ich gern in Anspruch nehmen werde.

(Zustimmung bei der LINKEN, von Frau Feußner, CDU, und von Herrn Tullner, CDU)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank, Herr Mewes, für Ihren Beitrag. Wir sind damit am Ende der Debatte.

Ich darf noch Schülerinnen und Schüler der Gemm-Sekundarschule Halberstadt auf der Nordtribüne begrüßen. Herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Meine Damen und Herren! Wir kommen dann zum Abstimmungsverfahren zu der Drs. 5/2155. Ich habe mitbekommen, dass übereinstimmend um eine Überweisung in den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit zur federführenden Beratung sowie in die Ausschüsse für Bildung und für Soziales gebeten wird.

Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen.
- Zustimmung bei allen Fraktionen. Wer ist dagegen?
- Keiner. Wer enthält sich der Stimme? - Eine Enthaltung aus der FDP-Fraktion. Damit ist der Überweisung zugestimmt worden. Wir können den Tagesordnungspunkt 13 verlassen.

Meine Damen und Herren! Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 14** auf:

Beratung

Beitrag des Landes Sachsen-Anhalt zur Qualifizierungsinitiative für Deutschland

Antrag der Fraktion DIE LINKE - **Drs. 5/2156**

Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD - **Drs. 5/2167**

Einbringerin ist die Fraktion DIE LINKE. Herr Höhn, Sie haben das Wort. Bitte.

Herr Höhn (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im nächsten Monat, genauer gesagt am 22. Oktober ist es ein Jahr her, dass wir die Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung gemeinsam mit den Ministerpräsidenten der Länder zur Kenntnis nehmen mussten oder durften.

(Herr Tullner, CDU: Mit Dankbarkeit!)

- Zu der Dankbarkeit kommen wir gleich. - Das Zustandekommen und die Debatte im Umfeld dieses Bildungsgipfels, wie er auch genannt worden ist, war in höchstem Maße differenziert und es ist damals schon nicht zu Unrecht die Frage gestellt worden, was das denn jetzt solle, nachdem man sich gerade bei der Föderalismusreform dafür entschieden gehabt habe, die Bildungsfragen komplett in die Kompetenz der Länder zu geben, ob es nun doch wieder eine bundespolitische Aufgabe sei. Ich will an dieser Stelle noch einmal für meine Fraktion wiederholen, dass wir nach wie vor davon überzeugt sind, dass die Föderalismusreform, genauer gesagt: das Kooperationsverbot in Bildungsfragen an dieser Stelle wieder zurückgenommen werden muss.

(Zustimmung bei der LINKEN - Zuruf von Herrn Tullner, CDU)

Letztlich gab es in Dresden vor gut einem Jahr eine Einigung auf ein Papier „Aufstieg durch Bildung“. Zu diesem Titel sage ich nachher noch etwas. Es wurden zehn Leitsätze vereinbart und acht Maßnahmen, diese acht Maßnahmen zum Teil auch sehr ausführlich beschrieben.

Herr Ministerpräsident Professor Böhmer hat das Ergebnis dieses Bildungsgipfels in einer sehr bemerkenswerten Art und Weise kommentiert. Er hat dieses bildungspolitische Großereignis mit vier Zeilen kommentiert. Ich will sie noch einmal vortragen, weil ich darauf jetzt zu sprechen kommen möchte. Er hat damals gesagt:

„Es war nicht zu erwarten, dass bei einer ersten solchen Konferenz gleich alle Probleme gelöst werden würden. Das wichtigste Ergebnis ist die Vereinbarung gemeinsamer Ziele zur weiteren Entwicklung der Bildungspolitik in Deutschland. Dazu wurde eine Kommission beauftragt, die für die gemeinsame Finanzierung dieser Ziele Vorschläge machen soll. Diese Kommission soll bis zur nächsten Jahreskonferenz der Ministerpräsidenten im Herbst 2009 ein Ergebnis vorlegen.“

Aus der Sicht meiner Fraktion ist es heute angebracht, im Vorfeld dieser anstehenden Konferenz darüber zu reden, wie es mit diesem wichtigsten Ergebnis aussieht. Ich will auch noch einmal daran erinnern: Die Zielstellung, die vereinbart und die nach meinem Kenntnisstand bisher auch nicht zurückgenommen worden ist, lautete, dass wir in der Bundesrepublik gesamtstaatlich anstreben, 10 % des Bruttoinlandsprodukts für Bildung und Forschung auszugeben. Ein Ziel, von dem wir weit entfernt sind, wenngleich es nach wie vor richtig ist.

Wenn wir uns jetzt mal der Frage nähern, wie die Diskussion gerade zu dem Thema Bildungsfinanzierung in den letzten Monaten seit diesem Bildungsgipfel, auch in

den letzten Wochen, auch heute morgen verlaufen ist, dann kommen wir schon zu einem sehr differenzierten Bild.

Ich will weitermachen mit dem Ministerpräsidenten und seiner Videobotschaft vom 22. August dieses Jahres.

(Frau Dr. Hüsken, FDP: Die habe ich noch nie angeschaut! - Zuruf von der LINKEN: Wir ja!)

- Ich habe Sie im Nachhinein auch nachgelesen.

(Herr Tullner, CDU: Was, man kann eine Videobotschaft nachlesen? - Zuruf: Das muss man gesehen haben! - Zuruf von Herrn Gallert, DIE LINKE)

- Da bin ich nicht sicher.

(Zuruf von der FDP: Wir sind jetzt beim Thema Bildung!)

Also, was hat der Ministerpräsident zum Thema Bildungsfinanzierung gesagt unter der Maßgabe, dass auch er sich mit der Bundeskanzlerin darauf verständigt hat, mehr für Bildung auszugeben? - Die Botschaft von Professor Böhmer vom August 2009 war: Fällt aus wegen geht nicht. Genauer gesagt, war die Botschaft - ich zitiere -:

„Trotz der üblichen Drohkulissen können wir bei allem Verständnis für einzelne Belange kein Politikfeld von den Bemühungen ausnehmen, einen soliden Haushalt aufzustellen. Das gilt auch für den Bildungsbereich. Auch wenn dieser hohe Priorität genießen muss, kann es nicht angehen, dass Sachsen-Anhalt im Bundesvergleich mehr Geld dafür ausgibt als andere, ohne entsprechend bessere Ergebnisse vorweisen zu können.“

Damit sind wir bei dem Thema Ländervergleich, andere sagen dazu „Benchmarking“. Dann habe ich mir angeschaut, wie die Positionierungen innerhalb der Landesregierung zum Thema Benchmarking sind. Da habe ich etwas gefunden, was ich mit großer Aufmerksamkeit gelesen habe. Ich möchte das zitieren:

„Natürlich kann es auch ein Ehrgeiz sein, sich an den jeweils elendsten Verhältnissen in Deutschland zu orientieren und zu versuchen, diese nachzubilden. Bisher hat Sachsen-Anhalt aber als Bildungsland enorm an Reputation gewonnen. Ich möchte, dass das auch weiter so bleibt. Gerade die armen Länder müssen gucken, dass sie den Anschluss gewinnen. Darum müssen sie sich mit aller Kraft um die junge Generation bemühen. Wer langfristig Zukunftspolitik machen will, kann nicht nur durch Benchmarkings versuchen, möglichst gleiche statistische Relationen herzustellen. Er muss politisch Prioritäten setzen und schauen, wie ein vor allem durch demografische Prozesse gebeuteltes Land aus dem Tal herauskommt.“

(Zustimmung bei der LINKEN)

Herr Minister Olbertz, ich war - -

(Herr Tullner, CDU: Zu viel zu zitieren ist in einer Rede auch nicht gut!)

- Wenn die Zitate sich lohnen, Herr Kollege Tullner, mache ich das gerne. Es ist ja meine Redezeit.

Herr Minister Olbertz, ich war selten so nahe bei Ihnen wie an diesem 24. Juni.

(Zuruf von Minister Herrn Prof. Dr. Olbertz)

Die Frage stellt sich natürlich, ob diese Botschaft, die ich wohl vernehme, sich am Ende in praktischem Handeln niederschlägt. Das müssen wir leider nach wie vor vermissen.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Auch die Bundeskanzlerin - - Sie merken, ich habe es heute mit der CDU. Aber ich nehme auch zur Kenntnis, wer hier die Prioritäten im Land setzt.

(Herr Tullner, CDU: Wer vorne liegt, hat immer den Fokus!)

- Na ja, mal sehen, wie lange noch. - Auch die Bundeskanzlerin hat bei der Haushaltsaufstellung zum jetzt gültigen Bundeshaushalt noch einmal auf die Zielbeschreibung „10 % BIP“ hingewiesen und wörtlich gesagt: „Das ist eine notwendige Quote.“

Wenn ich mir das, was ich jetzt an Beispielen genannt habe, in der Gesamtschau anschau, muss man doch die Frage stellen: Was gilt denn nun und wie sieht der Anteil Sachsen-Anhalts dabei aus, diese Zielstellung „10 % des BIP für Bildung“ in den nächsten Jahren zu erreichen?

Im Oktober 2009 - ich habe schon darauf hingewiesen - soll ein Finanzierungsvorschlag bei der Ministerpräsidentenkonferenz auf den Tisch gelegt werden. Die Landesregierung hat ihren Haushaltsplanentwurf bereits vorgestellt. Die Frage ist natürlich, ob dieser Haushaltsplanentwurf für die nächsten zwei Jahre dieser Zielstellung folgt oder nicht. Mein Eindruck: Er folgt dieser Zielstellung nicht.

(Herr Tullner, CDU: Den kenne ich noch gar nicht!)

- Herr Kollege Tullner, ich habe vorhin schon zur Kenntnis nehmen müssen, dass hier der Eindruck erweckt wird, wir würden über irgendetwas Nebulöses reden. Ich will Sie daran erinnern, dass die Landesregierung nach der Kabinettsitzung eine, ich glaube, zwölfseitige Presseerklärung veröffentlicht hat, in der alle Schwerpunkte des Haushaltsplanentwurfes nachzulesen sind.

(Herr Gallert, DIE LINKE: Die haben sie auch nicht gelesen!)

Daran habe ich mich zu orientieren, wenn ich mich mit der Landesregierung auseinandersetze. Sie können das ignorieren und in den Schredder schieben; so weit bin ich noch nicht bei der Frage der Auseinandersetzung.

(Beifall bei der LINKEN - Zuruf von Herrn Tullner, CDU - Herr Gallert, DIE LINKE: Sie gucken die Videobotschaften nicht, Sie lesen die Presseerklärungen nicht! - Herr Dr. Thiel, DIE LINKE: Aber Sie reden darüber!)

Dann sind wir wieder an der Stelle angekommen, an der wir heute Morgen schon einmal waren, nämlich bei der Frage: Haben wir denn die finanziellen Mittel zur Verfügung, um Aufgaben zu finanzieren, die wir übernommen haben oder übernehmen wollen?

Wenn wir über 10 % des BIP reden, dann heißt das: Wir reden nicht nur über die Finanzierung der Aufgaben, die wir uns schon gestellt haben, sondern wir reden darüber,

dass die Länder, die Kommunen und auch der Bund neue Aufgaben übernehmen wollen. Dann kommen Sie um die Diskussion über die Rahmenbedingungen ohne Zweifel nicht herum.

Dann sind wir auch wieder bei der Diskussion - ich will es nicht komplett wiederholen -, dass wir die Einnahmen des Staates erhöhen müssen. Ansonsten ist diese Zielstellung nicht zu erfüllen. Wer glaubt, sie auf andere Weise erfüllen zu können, der möge es darstellen. An die finanzpolitische Wunderheilung der FDP glaube ich nun nicht. Ich glaube nicht, dass wir es hinbekommen, mit weniger Steuern mehr für die Bildung auszugeben.

(Zuruf von Herrn Wolpert, FDP)

Ich glaube, wir müssen in der Tat über Steuererhöhungen reden bei denjenigen, die es verkraften können. Davon gibt es in der Bundesrepublik eine ganze Menge, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN - Herr Tullner, CDU: Reichtum für alle!)

So viel zum Bereich der Finanzierung. Ich will noch ein paar andere Punkte ansprechen, die vor knapp einem Jahr in Dresden vereinbart worden sind. Die Vereinbarung spricht von bestmöglichen Startbedingungen für jedes Kind. Dazu will ich die Frage stellen: Sind diese Startbedingungen für jedes Kind in Sachsen-Anhalt gegeben?

Sie sind es nicht. Es bleibt dabei, dass die Ungleichbehandlung bei der Frage der Ganztagsbetreuung in Sachsen-Anhalt ein Nachteil ist, wenn es darum geht, Aufstieg durch Bildung zu realisieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Vereinbarung spricht davon, dass jeder einen Schul- und Berufsabschluss schaffen soll. Ist das in Sachsen-Anhalt so? - Ich verweise auf die Debatte, die wir eben geführt haben. Wir haben hier erheblichen Handlungsbedarf.

Die Vereinbarung spricht davon, dass mehr junge Menschen ein Studium aufnehmen sollen. Das habe ich nun mit besonderer Freude gelesen, weil ich mich sehr gut daran erinnere, dass, wenn wir über die Frage diskutiert haben, dass wir mehr junge Menschen zum Studium führen wollen, nicht zuletzt auch meiner Fraktion vorgeworfen wurde, wir würden die Berufsausbildung gering schätzen und glauben, dass jeder das Abitur machen und studieren müsste.

(Zuruf von Herrn Kley, FDP - Herr Tullner, CDU: Das ist eine sehr pauschale Betrachtung!)

Aber ich nehme mit Freude zur Kenntnis, dass im letzten Jahr als Zielmarke 40 % vereinbart worden sind. Wir liegen in Sachsen-Anhalt im Moment bei deutlich unter 30 %. Deshalb wäre meine Frage auch mit Blick auf die Situation an den Hochschulen, wie wir diese 40 % in Sachsen-Anhalt erreichen wollen und was die Landesregierung dafür zu tun gedenkt.

Die Vereinbarung spricht davon, dass mehr Menschen für naturwissenschaftlich-technische Berufe begeistert werden sollen. Wir haben durchaus mit Freude zur Kenntnis nehmen können, dass Sachsen-Anhalt bei den letzten Pisa-Erhebungen, bei denen es vor allem um den naturwissenschaftlichen Bereich ging, zugelegt hat.

Wir haben allerdings nach wie vor das Problem, die jungen Menschen dafür zu gewinnen und zu motivieren, genau in diesem Bereich, in dem sie durchaus gute Leistungen erzielen, ein Studium aufzunehmen und sich diesem Berufsfeld zu nähern. Das heißt, wir müssen auch darüber reden, wie wir über eine Verbesserung der Angebote in den Schulen und neben den Schulen - Stichwort: Polytechnik - die Studierneigung für die MINT-Fächer erhöhen können. Letztlich bleibt auch hier die Aufgabe, endlich mehr Frauen dafür zu gewinnen, diese Fächer zu studieren und auf diesen Gebieten Karriere zu machen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN - Herr Tullner, CDU: Wie unsere Kanzlerin!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Qualifizierungsinitiative des vergangenen Jahres war überschrieben mit „Aufstieg durch Bildung“. Ein Bildungssystem darf soziale Unterschiede - wenn wir über Aufstieg reden, reden wir auch über soziale Unterschiede - nicht vertiefen oder sogar vererben, sondern es muss dabei helfen, diese zu überwinden. Das ist dann Aufstieg; davon sind wir leider noch ein ganzes Stück entfernt. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank, Herr Höhn. Es gibt eine Nachfrage von Herrn Wolpert. Wollen Sie diese beantworten?

Herr Höhn (DIE LINKE):

Aber sicher.

Präsident Herr Steinecke:

Bitte, Herr Wolpert, Sie haben das Wort.

Herr Wolpert (FDP):

Herr Kollege, Sie sprachen von Steuererhöhungen. Die Frage ist: Wen haben Sie denn da konkret im Auge, wenn Sie davon sprechen, dass es in Deutschland genügend Menschen gibt, die zur Finanzierung herangezogen werden können? Meinen Sie die arbeitende Mittelschicht, die bereits mit einer Staatsquote von 50 % überzogen ist, oder wen genau haben Sie da im Auge?

Herr Höhn (DIE LINKE):

Herr Kollege Wolpert, wir können den Bundestagswahlkampf eröffnen.

(Zuruf von Frau Dr. Hüskens, FDP)

Aber ich beantworte die Frage natürlich gern. - Hier im Haus, Frau Hüskens.

Wir haben ein Steuerkonzept vorgelegt. Ich kann Ihnen die Eckpunkte nennen. Natürlich reden wir bei dieser Frage über die Einkommensteuer. Damit will ich anfangen; denn darauf zielt ja auch Ihre Frage ein Stück weit ab. Wir wollen eine Steigerung des Grundfreibetrages auf 9 300 € und gleichzeitig einen linearen Verlauf bis zu einem Spitzensteuersatz von 53 %. Die Zahl dürfte der FDP noch bekannt sein. Das war der Spitzensteuersatz unter der Regierung von Helmut Kohl.

Wenn wir einen solchen Steuertarif realisieren würden, könnten wir die Einnahmen deutlich steigern und hätten bis zu einem Jahreseinkommen von 70 000 € eine Ent-

lastung realisiert. Also insofern ist die Mittelschicht, von der Sie sprechen, von dieser Erhöhung nicht betroffen.

(Herr Gallert, DIE LINKE: Die, von der er spricht, schon! Die, die er meint, ist schon betroffen! - Zuruf von Herrn Wolpert, FDP)

Wir reden von einer Vermögenssteuer. Wir nennen das auch Millionärssteuer. Das heißt, wir fordern eine Belastung von 5 % ab einem Vermögen von 1 Million €. Von dem, was darunter liegt, reden wir nicht, sondern von dem, was darüber liegt.

(Herr Tullner, CDU: Bundeskanzlersteuer!)

Wir reden über eine deutlich andere Ausgestaltung der Erbschaftsteuer. Und, meine Damen und Herren, wir reden auch darüber, dass wir in Deutschland endlich dazu kommen müssen, Börsengeschäfte zu besteuern.

(Beifall bei der LINKEN)

Gerade angesichts der Krise und der dadurch verursachten Kosten sage ich Ihnen, dass es doch das Mindeste wäre, den Sektor, der zu einem Großteil zu dem Problem beigetragen hat, mit dem wir uns gerade herumschlagen müssen, auch in die Pflicht zu nehmen.

Sie sehen also, wir haben Vorschläge. Sie können davon ausgehen, dass eine Partei wie die, der ich angehöre, sehr viel Wert darauf legt, dass wir eine Entlastung in der Breite herstellen, aber am Ende trotzdem mehr Geld für die öffentliche Hand zur Verfügung haben, Herr Wolpert.

(Zuruf von Herrn Wolpert, FDP)

Präsident Herr Steinecke:

Herr Höhn, dann hatte Herr Tullner noch eine Frage. Die wollen Sie auch beantworten. - Herr Tullner, bitte schön.

Bevor Herr Tullner das Wort ergreift, begrüße ich Schülerinnen und Schüler der Herder-Sekundarschule aus Calbe. Herzlichen willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Herr Tullner, Sie haben das Wort.

Herr Tullner (CDU):

Lieber Kollege Höhn, Sie gehören dieser Partei nicht nur an, sondern Sie stehen ihr als Vorsitzender des Landesverbandes auch vor.

Sie haben in Ihrem Beitrag weit ausgeholt und haben sehr viel Richtiges über die Bildungsrepublik Deutschland gesagt, die wir alle miteinander anstreben.

(Zustimmung von Herrn Gallert, DIE LINKE - Herr Höhn, DIE LINKE: Danke schön!)

Aber den Aspekt der frühkindlichen Bildung würde ich ganz gern noch einmal beleuchten. Sie haben betont, dass Sie an der Forderung nach einem Anspruch auf Ganztagesbetreuung und den Dingen, die damit zusammenhängen, festhalten.

Nun konnten wir unlängst in der Zeitung lesen, dass sich zumindest Ihre Fraktion von diesem Ziel verabschiedet hat. Deshalb wollte ich fragen: Wie verhält es sich denn nun? Sind Sie nun für den Anspruch auf Ganztagesbetreuung oder sind Sie nicht dafür? Ist die Partei dafür, die Fraktion dagegen? Können Sie das bitte noch einmal beleuchten?

Herr Höhn (DIE LINKE):

Herr Kollege Tullner, ich würde Ihnen empfehlen, das zu machen, was ich tue und worauf ich Bezug genommen habe. Ich schaue mir den Originaltext des Ministerpräsidenten an und reflektiere diesen und nicht die Pressemeldungen. Ich würde Ihnen raten, das auch zu tun, was uns betrifft. Sie sollten nicht nur Zeitung lesen, sondern sich auch die Beschlusslage meiner Fraktion anschauen.

(Herr Tullner, CDU: Ich frage ja nur!)

Dann werden Sie in dem Beschluss der Klausurberatung, auf den Sie anspielen, die klare Aussage finden, dass es bei unserer politischen Forderung nach der Wiedereinführung des Anspruchs auf Ganztagesbetreuung für alle Kinder bleibt. - Punkt.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank, Herr Höhn. - Wir kommen zum Beitrag der Landesregierung. Herr Professor Dr. Olbertz, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Herr Prof. Dr. Olbertz, Kultusminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrter Herr Kollege Höhn, Sie stochern in dieser Landtagssitzung ja nun wirklich mit allen Fingern in allen Wunden herum. Mir macht das langsam keinen Spaß mehr.

Ich wollte damit eigentlich nur sagen: Von diesem Zitat, das Sie sich herausgesucht haben, nehme ich kein Wort zurück.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Das war meine persönliche Auffassung, aber diese Auffassung ist noch kein Beschluss der Landesregierung. Wir würden auch in einer merkwürdigen Demokratiekultur leben, wenn jeder Anspruch, den ein einzelner Ressortminister als Ziel formuliert, quasi voraussetzungslos in den Rang eines Kabinettsbeschlusses käme.

Denn dort müssen nun - in Klammern: manchmal leider - noch weitere Dinge Berücksichtigung finden, zum Beispiel der Schnittpunkt zwischen Konsolidierungsbemühungen beim öffentlichen Haushalt einerseits und meinem Streben nach höchstmöglicher Priorität von Bildung, und zwar nach Maßstäben, die wir formulieren und die wir nicht an den elendsten Verhältnissen in Deutschland messen. - Das könnte ich so gesagt haben, das habe ich so gesagt und das werde ich auch weiterhin so sagen. Das wollte ich nur noch einmal einbringen.

Gleichwohl: Das muss dann durchgesetzt und gegen andere Ziele der Landesregierung auch abgewogen werden. Das ist nun mal so. Dann muss ich diesen oder jenen Kompromiss eingehen und Ansprüche wahren, soweit es irgend geht. So läuft Politik; aber wem sage ich das.

Es ist klar, dass Sie dann solche Sätze herausuchen. Aber ich fand das irgendwie schön; denn es war ein gelungener Satz.

(Herr Höhn, DIE LINKE, lacht - Zuruf von der LINKEN)

- Ich habe genau zugehört.

Die Regierungschefs von Bund und Ländern haben also beim Qualifizierungsgipfel am 22. Oktober 2008 in Dresden die Übereinkunft gefunden, dass in Deutschland der Anteil der Aufwendungen für Bildung und Forschung bis zum Jahr 2015 gesamtstaatlich auf 10 % des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen ist.

(Unruhe)

Im Übrigen ist meine Sorge eine ganz andere: dass die Bildungsausgaben womöglich sinken, weil das Bruttoinlandsprodukt zurzeit keine Riesensprünge macht, jedenfalls nicht in die Richtung, die ich mir wünsche. Also relativieren wir es ein bisschen, aber gesamtstaatlich ist das ganz wichtig. Wir tun hierzu, was wir mit den Kräften unseres Landes tun können. Das allerdings tun wir und darüber wache ich auch mit Argusaugen.

Die beim Qualifizierungsgipfel eingerichtete Strategiegruppe, in der länderspezifisch die Chefs der Staatskanzleien von Sachsen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Bayern und Berlin vertreten sind, soll bis zur Jahreskonferenz der Regierungschefs vom 28. bis 30. Oktober Vorschläge erarbeiten, wie die Finanzierung zur Verwirklichung dieses Ziels aussehen kann.

Der Chef der sächsischen Staatskanzlei hat die KMK im Einvernehmen mit den beteiligten Fachministerkonferenzen der Länder, aber auch Bundesministerien und der GWK aufgefordert, Vorschläge für prioritäre Maßnahmen zur inhaltlichen Ausfüllung dieses 10%-Ziels zu machen.

Die Vorschläge Sachsen-Anhalts konzentrieren sich auf vier Bereiche, nämlich frühkindliche Bildung, Schule, berufliche Ausbildung und Hochschule sowie Weiterbildung. Im Bereich der frühkindlichen Bildung sieht das Sozialministerium insbesondere die Verbesserung des Betreuungsschlüssels, den Ausbau frühkindlicher Sprachförderung und die Aus- und Fortbildung von Erzieherinnen und Erziehern als Schwerpunktmaßnahme an.

Das Wirtschaftsministerium hat als Schwerpunkt den Ausbau der Berufsorientierung und Berufsvorbereitung und die Verringerung der Anzahl der Ausbildungsabbrüche genannt.

Im schulischen und Hochschulbereich schweben mir vor allem Maßnahmen zur Qualitätssicherung und -verbesserung vor, die wir in den neuen Zielvereinbarungen ja auch verankern wollen.

Bevor hierüber in den Ausschüssen des Landtages berichtet werden kann, bleiben die von der Strategiegruppe zu erarbeitenden Vorschläge für die Beiträge von Bund und Ländern und die Jahreskonferenz der Regierungschefs der Länder Ende Oktober 2009 abzuwarten. Ich bitte um Verständnis dafür, dass ich dem hier nicht vorgreifen will.

(Unruhe)

Das betrifft auch den Stand der Umsetzung der in der Qualifizierungsinitiative vereinbarten Maßnahmen der Länder, auch in Sachsen-Anhalt.

Wie Sie wissen, haben die KMK und die GWK bis zur Jahreskonferenz der Regierungschefs der Länder einen Zwischenbericht über die Umsetzung der Qualifizierungsinitiative vorzulegen. Der Bericht ist mit den zuständigen Fachressorts des Bundes und der Länder abgestimmt.

Präsident Herr Steinecke:

Meine Damen und Herren! Wir können hier vorn ganz schlecht verstehen. Vielleicht könnten Sie sich ein bisschen gedämpfter unterhalten.

Herr Prof. Dr. Olbertz, Kultusminister:

Er wird zunächst Gegenstand der Jahreskonferenz der Chefs der Staatskanzleien und der Senatskanzleien der Länder am 10./11. September 2009 und orientiert sich an den Hauptpunkten der Qualifizierungsinitiative.

Der Beitrag des Landes Sachsen-Anhalt wurde durch das Kultusministerium unter Beteiligung der übrigen in Sachsen-Anhalt betroffenen Fachressorts, also vor allem des Sozialministeriums und des Ministeriums für Wirtschaft, erstellt. Ich bin gerne bereit, Ihnen dann im Ausschuss über die Einzelheiten Ihnen dann auch Bericht zu erstatten.

Ich finde es aber gut, dass wir einen Änderungsantrag haben, der mir nicht einen detaillierten Rapport auferlegt. Das ist auch am Ende irgendwann einmal eine Stilfrage, dass ich vielleicht top-down jede Einzelfrage mit zusammengeschlagenen Hacken beantworten muss. Das liegt mir nicht so.

Deswegen bin ich eigentlich ganz froh darüber, dass der Änderungsantrag beinhaltet, dass ich selber ein bisschen gewichten kann, über welche Schwerpunkte ich dort berichten werde. Damit kann ich Ihnen vielleicht ein etwas plastischeres Bild liefern, als wenn ich sozusagen nur schlaglichtartig eine Frage nach der anderen abarbeite. So schön fand ich das nicht. Deswegen freue ich mich, dass die Fraktionen mir helfen, es auf meine Weise machen zu können. - Herzlichen Dank.

(Zustimmung bei der CDU und von Herrn Bischoff, SPD)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank, Herr Minister. - Wir kommen zu den Beiträgen der Fraktionen. Als erste hat die SPD das Wort. Frau Mittendorf, bitte schön.

Frau Mittendorf (SPD):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Olbertz, das, was Sie befürchten, kann ja doch noch kommen, dass wir im Ausschuss genauso abfragen.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Aber ich will der Beratung nicht vorgreifen.

Meine Damen und Herren! Vor nicht ganz einem Jahr, im Oktober 2008, trafen sich - sehr öffentlichkeitswirksam - die Kanzlerin und die Ministerpräsidenten der Länder zu diesem so genannten Bildungsgipfel.

Ich stimme Herrn Höhn zu: Die Wahrnehmung war sehr differenziert. Ich habe auch lange darüber nachdenken müssen, warum das so passierte. Aber egal, es ist passiert. Verabschiedet wurde ein Papier mit dem Titel „Aufstieg durch Bildung - die Qualifizierungsinitiative für Deutschland“. Das Papier, das die meisten sicher kennen, entstand unter der Mitwirkung der Fachministerinnen und -minister, der Kultusministerkonferenz sowie der Staatskanzleien der Länder.

Ganz kurz: Gegenstand der Qualifizierungsinitiative sind zehn Leitsätze, über die alle ich jetzt nicht referieren will,

angefangen von der frühkindlichen Bildung bis zum lebenslangen Lernen. Das Ganze wird durch einen Maßnahmenkatalog untersetzt.

Und jetzt, meine Damen und Herren - es hilft ja immer ein Blick ins Papier, damit man auch wirklich weiß, wovon man redet -: Die aufgeführten Leitsätze sind überwiegend so herrlich unkonkret und mittlerweile Gemeingut aller irgendwo geschriebenen Bildungspapiere, dass man sich parteiübergreifend dahinter versammeln kann. Da sagt zunächst jeder: Ja, was da steht, ist wichtig, das müssen wir tun. Vieles tun wir eigentlich auch schon, aber logischerweise nicht alles.

Interessanter, meine Damen und Herren, wird es, wenn man sich anschaut, auf welchen Wegen die Zielstellungen erreicht werden sollen, und vor allem, wie die Anstrengungen finanziert werden sollen. Ein Beispiel: Jeder und jede soll die Chance zum Aufstieg durch Bildung haben. Die Länder werden Maßnahmen der Qualitätsentwicklung verstärkt auf das Ziel ausrichten, die Durchlässigkeit und Anschlussfähigkeit des Bildungssystems weiter zu erhöhen.

Ich nehme nur einmal diesen Punkt. Das Ziel wird jeder, der hier sitzt, unterstreichen können, aber bei der Beschreibung des Weges bleibt das Papier genau in den Ansätzen stecken. Das muss man wohl auch, wenn man sich anschaut, wie das Schulsystem in Deutschland funktioniert, und zwar in allen Ländern. Maßnahmen der Qualitätsentwicklung sind ohne Frage notwendig, aber nicht hinlänglich ausreichend, um den in Deutschland starken Zusammenhang zwischen Bildungserfolg und sozialer Herkunft zu minimieren. Das ist unser Hauptproblem neben der Leistungssteigerung, die wir auch noch vor uns haben.

Das Papier verzichtet nicht nur an dieser entscheidenden Stelle auf grundlegende Weichenstellungen. Wichtige Fragen, die zumindest auch in diesem Papier hätten andiskutiert werden müssen, auch nach der Schulstruktur, werden gar nicht aufgegriffen, was aber nicht verwunderlich ist, wenn man sich den Weg der Entstehung des Papiers anschaut.

Meine Damen und Herren! Es gibt aber auch konkrete Zielzahlen in diesem Papier. So soll der Anteil der Aufwendungen für Bildung und Forschung gesamtstaatlich auf 10 % des Bruttoinlandsprodukts bis zum Jahr 2015 gesteigert werden. Gemeint sind damit Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Höhe von 3 % und für die Bildung in Höhe von 7 %. Fakt ist: Gegenwärtig beträgt der Anteil der Forschung und Entwicklung 2,5 % und bei der Bildung liegen wir gar erst bei 5,5 %.

Bezeichnend ist, dass man sich nicht darüber einig sein konnte, woher das zusätzliche Geld kommen soll, was auch nicht verwunderlich ist - Herr Höhn hat es angesprochen -; denn eigentlich ist die Bildung dank der Föderalismuskommission I nur noch Ländersache. Ich teile genau die Kritik, die Herr Höhn vorbrachte, dass das so nicht gehe.

Gerade auch deshalb wurde wohl die Strategiegruppe Bund und Länder eingerichtet, die bis zum 28. Oktober 2010 die Finanzierungsvorschläge erarbeiten soll. Die Länder erwarten einen höheren Anteil am Umsatzsteueraufkommen bzw. insgesamt erhöhte Bildungsaufwendungen des Bundes. - Das geht eigentlich gar nicht mehr.

Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für Sachsen-Anhalt? - Das Papier beschreibt, wer für die Umset-

zung der genannten Ziele verantwortlich sein soll. Einmal ist es der Bund, dann ist vom Bund und den Ländern die Rede und schließlich nur von den Ländern. Dabei geht es sowohl um inhaltliche als auch um finanziell relevante Zielstellungen.

Es wurde vereinbart, dass die Fachministerinnen und Fachminister im Jahr 2010 den Regierungschefs von Bund und Ländern über den Stand der Umsetzung berichten. Ich denke, das tut auch Not, weil es in manchen Bereichen sehr unklare Festlegungen gibt.

Ich denke, es ist notwendig, dass in den Ausschüssen im Rahmen der Berichterstattung über die inhaltliche Umsetzung gesprochen, also über Fragen im Hinblick auf den Abschluss, die Quote der Studierenden usw. Es geht aber auch um Fragen im Hinblick auf die Finanzierung; denn diese sind eben haushaltsrelevant.

Deshalb erachten wir es als sachgerecht, dass - das fordert unser Änderungsantrag - der Kultusminister im Rahmen der Beratung über den Haushaltsplan für die Jahre 2010 und 2011 einen Zwischenbericht zum Beitrag unseres Landes zur Umsetzung der Vorhaben und zu den Vorstellungen bezüglich der Finanzierung in den genannten Ausschüssen gibt.

Ich glaube, das wird eine spannende Debatte. Wir müssen sehen, ob sich die Vorstellungen, Wünsche und Hoffnungen, die wir haben, in der Tat so umsetzen lassen, wie wir uns das gemeinsam vorstellen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank, Frau Mittendorf. - Wir kommen dann zu dem Beitrag der FDP-Fraktion. Herr Kley hat das Wort.

Herr Kley (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zweifelsohne ist es, ein Jahr nach der Verabschiedung von hehren Zielen durch die Bildungsministerinnen und -minister sowie durch die Bundeskanzlerin dieses Landes, durchaus gegeben nachzufragen, was dabei herausgekommen ist und welche gegenwärtigen Ergebnisse es gibt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin der Meinung, dass diese Debatte auch in der Öffentlichkeit geführt werden sollte. Ich bin kein Freund davon, dass wir dem Minister im Ausschuss die Möglichkeit geben, in der ihm eigenen Art - darauf hat er Wert gelegt - zu berichten, was denn passieren könnte und wie die Möglichkeiten wären.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben in diesem Land Sachsen-Anhalt konkrete Probleme und auf diese konkreten Probleme benötigen wir Antworten. Dazu benötigen wir keinen Bildungsgipfel des Bundes. An dieser Stelle können wir im eigenen Haus fegen. Es ist notwendig, dies auch öffentlich zu diskutieren.

Die Quote der Schulabbrecher ist ein Thema, das für Sachsen-Anhalt von höchster Brisanz ist. Ich muss dann nicht darüber reden, dass die Bundeskanzlerin darüber nachdenkt, wie die Bildungsausgaben in den Ländern zu finanzieren sind. Hierzu haben wir die Möglichkeiten. Wir haben durchaus genügend finanzielle Mittel, die dort eingesetzt werden, aber der Effekt lässt merklich zu wünschen übrig.

Es gibt zudem Konzepte, die dem Ausschuss bzw. dem Landtag seit Längerem vorgelegt werden sollten. Sie sind nicht vorhanden. Ich erinnere nur an das Konzept über die weitere Verwendung der pädagogischen Mitarbeiter. Dies ist in diesem Zusammenhang ein durchaus interessantes Konzept, dessen Vorlage offenkundig mit Blick auf den Haushalt verschoben wurde. Hat hierbei der Haushalt die Dominanz über die Pädagogik?

Sind die Sonntagsreden, die von den Kolleginnen und Kollegen der SPD gern gehalten werden - Kollege Höhn zitierte verschiedene Aussagen -, nicht mehr gültig, wenn es konkret wird? War es vorhin ein bezeichnendes Signal, dass sich die Fraktionsvorsitzende Budde weigerte, ex cathedra zur Frage der Zukunft der Hochschulen zu sprechen?

(Herr Miesterfeldt, SPD: Ha, ha!)

Offenkundig erleben wir immer wieder, dass bei aufgetragenen Plakaten hochgehalten werden, und wenn es dann um die Umsetzung geht, wird gekniffen.

(Frau Bull, DIE LINKE: Das ist bei der FDP völlig anders!)

Meine Damen und Herren! Deshalb fand ich den Antrag der LINKEN deutlich konkreter.

(Herr Grünert, DIE LINKE: Wohl wahr!)

Darin wurde noch einmal auf die Punkte Bezug genommen und nachgefragt, was denn passiert. Wir werden im Landtag zum einen in der Debatte über den Haushalt darüber reden müssen, zum anderen müssen wir die Strukturdebatte an einen Punkt bringen, an dem es nicht nur darum geht zu sagen, dieses oder jenes könnte anders sein, sondern auch darum festzulegen, welche Strukturen unterstützt werden müssen; denn wir brauchen auch Planungssicherheit, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Bildungspolitik ist keine Politik, die sich zwischen zwei Wahlkämpfen bewegt. Vielmehr geht es um längere Zeiträume. Es geht um eine Schulpflicht von zehn Jahren, um Studienabschnitte von fünf Jahren und länger. Das sind die Zeiträume, in denen man denken muss. Das sind auch die Punkte, die mit Blick auf den Haushalt von Belang sind.

(Beifall bei der FDP - Frau Budde, SPD: Beginnt in jedem Jahr eine neue Klassenstufe?)

Investitionen, die heute in junge Menschen getätigt werden, zahlen sich erst später aus. Das Schwierige daran mag sein, dass eben nicht der Wähler, der morgen an der Urne steht, heute in die Schule geht, aber wir müssen an die Zukunft dieses Landes denken.

Deswegen stellt sich im Rahmen der Haushaltsberatung auch die Frage, wie die Finanzierung der Hochschulen aussieht. Wir sind dahin gehend belehrt worden, dass das, was die Regierung bisher verkündet hat, nicht gilt. Der Haushalt könnte also anders aussehen. Deswegen möchte ich vermeiden, die berechtigten Nöte der Hochschulen noch einmal zu nennen.

Die Fragen, wie die Schulstruktur aussieht, wie die Finanzierung erfolgen wird und wo zukünftig die Kompetenzen gegeben sein werden, sind durchaus zu stellen. Dazu verweise ich auf frühere Anträge der FDP-Fraktion, die in diesem Bereich ganz klar sowohl die Mög-

lichkeit einer langfristigen Finanzierung als auch einer besseren Organisation im Schulsystem mit sich gebracht haben.

Sehr geehrter Herr Kollege Höhn, Sie haben vorhin darauf verwiesen, wie Sie das finanzieren wollen. Wenn Sie der Meinung sind, dass jedem, der in diesem Land erfolgreich ist, das Geld unbedingt wieder weggenommen werden soll, dann stellt sich natürlich die Frage, wie Sie junge Menschen noch motivieren wollen, in einem wie auch immer gearteten Bildungssystem tätig zu werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Herr Steinecke:

Danke, Herr Kley. - Das war der Debattenbeitrag der FDP-Fraktion. Wir kommen dann zu dem Debattenbeitrag der CDU-Fraktion. Die Abgeordnete Frau Gorr hat das Wort. Bitte schön.

Frau Gorr (CDU):

Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Häufig wird, gerade auch im Land Sachsen-Anhalt, beklagt, dass Bildung nur Sache der Länder sei und sich der Bund entweder heraushält oder mehr gefordert sein sollte, insbesondere auch in finanzieller Hinsicht. Das haben wir eben wieder gehört.

Die Qualifizierungsinitiative für Deutschland ist daher ein großer Schritt in Richtung gemeinsamer Verantwortung und Verpflichtung. Da die Initiative der Regierungschefs des Bundes und der Länder auf dem Bildungsgipfel am 22. Oktober 2008 durch einen schon erwähnten Maßnahmenkatalog untersetzt wurde, der von den Ländern mit gestaltet und umgesetzt werden soll und wird, erscheint es sinnvoll und zumutbar, dass die Landesregierung im Rahmen der Haushaltsaufstellung für die Jahre 2010 und 2011 in den entsprechenden Ausschüssen über diesen Prozess berichtet.

Ich bitte Sie daher um Zustimmung zum Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD.

Gestatten Sie mir allerdings eine Bemerkung persönlicher Art. Bei der Bedeutung der Qualifizierungsinitiative gehe ich davon aus, dass eine Zwischenberichterstattung in den Fachausschüssen und eine inhaltliche Diskussion auch ohne unsere Aufforderung erfolgt wären. Für uns alle in diesem Hohen Hause zählen Bildung, Qualifizierung und Wissenschaft zu den besonderen Schwerpunkten unserer gemeinsamen Arbeit, auch und gerade in Zeiten einer Krise. - Danke.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank, Frau Gorr. - Jetzt hat Herr Höhn für die Fraktion DIE LINKE das Wort. Bitte schön.

Herr Höhn (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eigentlich wollte ich nur noch etwas zum Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen sagen. Aber, lieber Kollege Kley: Wenn Sie der Meinung sind, dass das, was ich vorhin steuerpolitisch dargestellt habe, also dass Einzelpersonen mit einem Jahreseinkommen von unter 70 000 € entlastet werden sollen und dass jemand, der ein Vermögen von über 1 Million € hat, auf das 1 Mil-

lion € übersteigende Vermögen 5 % Steuern zahlen soll, für junge Leute demotivierend sei, dann kann ich nur sagen: Sie tun mir leid und Sie haben keine Ahnung von der Situation in Sachsen-Anhalt.

(Beifall bei der LINKEN)

Zum Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen: Diesem Änderungsantrag können wir die Zustimmung nicht geben.

(Oh! bei der CDU und bei der SPD)

Nein, ganz so gnädig sind wir dann doch nicht. Ich will auch sagen, warum: weil Sie natürlich nicht nur im Sinne der Verkürzung und des Spielraums des Ministers, sondern natürlich auch mit einem gewissen politischen Auge den kribbeligsten Punkt herausgelassen haben.

Ich hätte schon gern, dass wir als Landtag sagen: Die Landesregierung soll darstellen, wie der Beitrag Sachsen-Anhalts ganz konkret aussieht, um die 10%-Marke zu erreichen.

(Beifall bei der LINKEN)

Den Punkt haben Sie bewusst herausgenommen. Ich kann aus Ihrer Sicht nachvollziehen, warum. Aus unserer Sicht ist er notwendig. Deswegen werden wir uns beim Änderungsantrag der Stimme enthalten, am Ende aber dem Anliegen natürlich zustimmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Herr Steinecke:

Herr Höhn, herzlichen Dank. Es gibt eine Nachfrage von Herrn Abgeordneten Kley. Wollen Sie diese beantworten?

Herr Höhn (DIE LINKE):

Aber sicher.

Präsident Herr Steinecke:

Herr Kley, Sie haben das Wort.

Herr Kley (FDP):

Vielen Dank, Herr Höhn, dass Sie mir noch etwas besser beim Verständnis helfen. Diese 1 Million € Vermögen, gilt das auch für landwirtschaftliches Vermögen?

Herr Höhn (DIE LINKE):

Ich rede nicht über Betriebsvermögen, sondern über Privatvermögen, Herr Kley.

Herr Kley (FDP):

Sie wissen aber, dass der Bauer privater Eigentümer seines Treckers ist, ja?

Herr Höhn (DIE LINKE):

Herr Kley, Sie wollen doch jetzt nicht ernsthaft mit mir eine Debatte darüber beginnen, ob die Besteuerung von einer Million plus mit 5 % eine dramatische Belastung für die Leute in diesem Land ist. Das ist doch eine Debatte, die niemand draußen mehr nachvollziehen kann, Herr Kley.

Herr Kley (FDP):

Herr Höhn, ich wollte nur wissen, ob sich die Bauernschaft einrichten kann auf Ihr Steuersystem. Das haben Sie bejaht. Danke.

Herr Höhn (DIE LINKE):

Herr Kollege Kley, ich sage es noch mal; Sie können das auch nachlesen im Bundestagswahlprogramm: Es sind für Unternehmen, auch für landwirtschaftliche Unternehmen bei der Frage der Vermögensbesteuerung natürlich Freibeträge vorgesehen. Davon können Sie doch ausgehen, Herr Kley, und das wissen Sie auch. Das ist doch ein ideologischer Popanz, den Sie aufbauen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Herr Steinecke:

Meine Damen und Herren! Wir sind damit am Ende der Debatte. Ich sehe keine weiteren Fragen. Wir kommen dann zur direkten Abstimmung.

Ich lasse abstimmen über den Änderungsantrag in Drs. 5/2167. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung erteilt, den bitte ich um das Handzeichen. - Zustimmung bei der Koalition. Wer lehnt ab? - Die FDP. Wer enthält sich der Stimme? - Wie angekündigt die Linkspartei. Der Änderungsantrag ist angenommen worden.

Ich lasse jetzt abstimmen über die Drs. 5/2156 in der so geänderten Fassung. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Alle im Hause stimmen zu. Meine Damen und Herren! Dann ist dem Antrag so zugestimmt worden und wir können den Tagesordnungspunkt 14 verlassen.

Meine Kollegin Frau Dr. Paschke wird den Vorsitz übernehmen. Herzlichen Dank!

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 6:**

Erste Beratung

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der EG-Dienstleistungsrichtlinie in Sachsen-Anhalt

Gesetzesentwurf der Landesregierung - **Drs. 5/2158**

Einbringer ist der Herr Minister für Wirtschaft und Arbeit Dr. Haseloff. Bitte sehr.

Herr Dr. Haseloff, Minister für Wirtschaft und Arbeit:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Anlass für den Ihnen vorliegenden Gesetzesentwurf ist die EG-Dienstleistungsrichtlinie. Mit ihr sollen die Marktstrukturen, das heißt Anbieter, Verwaltung, Konsumenten, innerhalb der Gemeinschaft durch umfangreiche Reformen besser auf den globalen Wettbewerb ausgerichtet werden. Angestrebt wird damit ein EU-weit harmonisierter Dienstleistungsmarkt.

Mit Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union ist die Richtlinie am 28. Dezember 2006 in Kraft getreten. Bis Ende dieses Jahres, nunmehr nach drei Jahren, ist sie in allen europäischen Mitgliedstaaten umzu-

setzen. Aufgrund unserer föderalen Ordnung ist das Land Sachsen-Anhalt daher unmittelbar in der Pflicht.

Sehr geehrte Damen und Herren! Begreifen wir das jedoch nicht allein als Verpflichtung, sondern vor allem als Chance für unser Land. Mit der Intention, die Aufnahme und Ausübung von Dienstleistungen zu erleichtern und bürokratische Hürden abzubauen, können wir nur hoch einverstanden sein. Ansiedlung und Bestandspflege von Unternehmen stärken den kommunalen Wirtschaftsstandort insbesondere mit Blick auf die lokale Beschäftigungssituation und die Steuereinnahmen.

Damit die hier initiierten Potenziale allerdings voll ausgeschöpft werden können, ist bereits die Herangehensweise entscheidend. Wir haben uns bei der Entstehung des Gesetzentwurfes folgende Fragen gestellt: Welche Chancen für unser Land sind mit der Richtlinie verbunden? Wie nutzen wir diese, damit trotz knapper Ressourcen etwas Gewinnbringendes dabei herauskommt?

Dieser Ansatz führt unmittelbar zu der Einsicht, dass der Nutzen streng aus der Perspektive des Unternehmers gedacht werden sollte. Das heißt, wir müssen uns überlegen: Wie sehen seine Interessen aus? Was kommt ihm entgegen? Erst auf einer so gewachsenen Grundlage können wir entscheiden, wie wir unsere marktrelevanten Strukturen und die öffentliche Verwaltung durch überzeugende und von den Unternehmen schließlich gutgeheißenen Reformen auf mehr Wettbewerb und Bürgernähe ausrichten. Denn sicher ist: Die Sache ist absolut kein Selbstläufer, auch wenn wir formal die Bedingungen des Umsetzungsauftrages sämtlich erfüllen sollten.

Die ersten Schritte bestehen in der Überprüfung des Rechts auf Konformität mit der Dienstleistungsfreiheit. Beim Bund und in allen Bundesländern, so auch in Sachsen-Anhalt, musste ein ausführliches Normenprüfverfahren durchgeführt werden. Alle dienstleistungsrelevanten Normen waren auf diskriminierende Tatbestände zu überprüfen und an die Vorgaben der Richtlinie anzupassen. Von meinem Haus wurden, teilweise zusammen mit dem Ministerium des Innern, hierzu umfangreiche Schulungen durchgeführt und parallel diverse Netzdienste geschaltet, um diese komplizierte Aufgabe für ihre ganz verschiedenen Adressaten in den Ministerien der Landesregierung, bei den Kammern und Kommunen beherrschbar zu gestalten.

Die Anstrengungen haben sich, denke ich, im Ergebnis insgesamt gelohnt. Auf der Ebene der Landesregierung hatten wir die Normenprüfung im März dieses Jahres abgeschlossen. Ebenfalls haben wir die Wirtschafts- und Berufskammern hinsichtlich ihres Satzungsrechts bezüglich dieser Aufgaben eingeschaltet, und sie haben diese Aufgaben auch bereits erfüllt. Erfreulich ist, dass bei den Kommunen schon von vielen Stellen Vollzugsmeldungen vorliegen und weitere in Kürze zu erwarten sind. Immerhin rechnen wir mit notwendigen Modifizierungen in etwa 5 % der Satzungsbestimmungen.

Die Aufgabe selbst ist allerdings eine Daueraufgabe. Das heißt, sie wird für alle künftigen Normensetzungsverfahren fortgeführt werden müssen und wird uns insofern auch erhalten bleiben.

Inhaltlich wurden alle Normen, das heißt Gesetze, Verordnungen und Satzungen, zunächst daraufhin überprüft, ob sie dienstleistungsrelevant sind. Alle Normen, auf die dieses Merkmal zutrifft, mussten dann auf Dis-

kriminierungen und bürokratische Hürden hin untersucht werden. Daraus resultiert ein Anpassungsbedarf.

Die Ergebnisse der Normenprüfung müssen laut Richtlinie mit Blick auf die beabsichtigten Modifikationen zudem am Ende dieses Jahres über das Land und die Bundesregierung an die Europäische Kommission gemeldet werden. Anschließend werden sie dort mit anderen ähnlichen Bestimmungen der Mitgliedstaaten verglichen und auf diese Weise nochmals auf den Prüfstand gestellt.

Darüber hinaus sieht die Richtlinie zwei besondere Verfahrensvereinfachungen vor, die auch bei der Modifikation unserer einschlägigen Landesnormen eine Rolle spielen: Erstens die so genannte Genehmigungsfiktion - in dieser Breite ein Paradigmenwechsel für die Verwaltung, wonach mit Ablauf einer gesetzlich zu bestimmenden Frist eine Genehmigung als erteilt gilt, sofern sämtliche dafür erforderlichen Unterlagen vorgelegen haben. Zweitens die bundesweite Geltung von Genehmigungen, von der nur ausnahmsweise in gerechtfertigten Fällen abgewichen werden kann. Eine in einem Bundesland erteilte Genehmigung gilt also regelmäßig im gesamten Bundesgebiet.

Sehr geehrte Damen und Herren! Was unsere Landesgesetze betrifft, führte die Normenprüfung zu einigen Modifikationen, die aufgrund der Richtlinie zwingend vorzunehmen sind. Es wurden im Ergebnis elf Gesetze und neun Rechtsverordnungen mit Änderungsbedarfen ermittelt.

Der vorliegende Gesetzentwurf enthält die notwendigen gesetzlichen Anpassungen mit Ausnahme der ebenfalls erforderlichen Änderung der Landesbauordnung und des Landesverfassungsgerichtsgesetzes. Hierzu werden gesonderte Gesetzgebungsverfahren durchgeführt. Die notwendigen Anpassungen der Rechtsverordnungen erfolgen in parallelen Verfahren.

Angepasst werden mit diesem Entwurf somit das Dolmetschergesetz, das Bodenschutzausführungsgesetz, das Hochschulgesetz, das Landespressegesetz, das Ingenieurgesetz, das Architektengesetz, das Wassergesetz, das Gesetz über die Tierseuchenkasse und zur Ausführung des Tierseuchengesetzes sowie das Feld- und Forstordnungsgesetz.

Ein weiterer Kernpunkt, der bundesweit schon für viele Diskussionen sorgte und auch in den Medien eine Rolle spielte - erfreulicherweise in einer für Sachsen-Anhalt positiven Weise -, ist die mit der Richtlinie verbundene Einführung der einheitlichen Ansprechpartner. Artikel 1 des Gesetzentwurfes widmet ihm seine ganze Aufmerksamkeit.

Dieses Institut des einheitlichen Ansprechpartners ist eine verfahrensrechtliche Revolution mit gut nachvollziehbarem Ansatz. Bislang sehen sich Unternehmen mit einer Vielzahl an Vorschriften, erforderlichen Verfahren und Formalitäten sowie mit einer Vielzahl verschiedener zuständiger Behörden konfrontiert, von denen Erlaubnisse, Bewilligungen und Genehmigungen bei der Verwirklichung von Wirtschaftsvorhaben abhängen. Es gibt in verschiedenen Bereichen zwar unterstützende Serviceangebote, zum Beispiel von den Berufs- und Wirtschaftskammern, diese laufen aber in aller Regel auf freiwillige Angebote hinaus.

Etwas wie das, was die Richtlinie vorsieht, gibt es bislang nicht, nämlich ein gesetzlich geregeltes Verfahren,

das einen Wahlanpruch auf die Abwicklung sämtlicher für die Aufnahme einer Dienstleistungstätigkeit notwendigen Verfahren und Formalitäten über eine einheitliche Stelle bietet, und die Möglichkeit, über diese Stelle umfassende Informationen zu den Vorschriften, zum Verfahren, zu den dafür zuständigen Behörden und zu den unterstützenden Serviceangeboten zu erhalten.

Nach dem geltenden Verfahrensrecht ist es die Angelegenheit der Bürgerinnen und Bürger sowie der Unternehmen, sich selbst an die zuständigen Behörden zu wenden. Beratungs- und Auskunftspflichten sind auf den jeweiligen Zuständigkeitsbereich beschränkt.

Die Vorgaben der Richtlinie führen mit der Einführung des Verfahrensinstituts des einheitlichen Ansprechpartners daher zu einer ganzen Reihe von Verbesserungen. Diese sollen in Sachsen-Anhalt nicht nur EU-Ausländern, sondern auch Inländern zur Verfügung stehen unabhängig davon, ob ein grenzüberschreitender Tatbestand vorliegt oder nicht. Mit der Gesetzesvorlage wird dies rechtlich umgesetzt.

Sehr geehrte Damen und Herren! Was die so genannte Verortung des einheitlichen Ansprechpartners betrifft, hat sich das Kabinett mit Beschluss vom 23. September 2008 entschieden, die Aufgabe dem Landesverwaltungsamt in Halle zu übertragen. Über diese Stelle können Dienstleister auf Wunsch sämtliche für die Aufnahme und Ausübung ihrer Tätigkeit relevanten Informationen ab dem Jahr 2010 abfragen und die dafür notwendigen Verfahren sowie Formalitäten abwickeln.

Damit das funktioniert, ist nicht nur die individuelle, vorzugsweise auch persönliche Beratung durch den einheitlichen Ansprechpartner sicherzustellen. Nach der Richtlinie müssen sämtliche verfahrensrelevanten Informationen und die Verfahren selbst auch aus der Ferne leicht zugänglich sein. Daher soll die Abwicklung der dienstleistungsbezogenen Verfahren und Formalitäten grundsätzlich auf elektronischem Wege erfolgen.

Die Richtlinie wird für die öffentliche Verwaltung also mit einem Modernisierungsschub verbunden sein. Alle betroffenen Behörden und der einheitliche Ansprechpartner müssen im Außenverhältnis die Möglichkeit der elektronischen Verfahrensabwicklung eröffnen und die nötigen Informationen vorhalten. Daher bedarf es in dem Verfahren über den einheitlichen Ansprechpartner der übergreifenden Zusammenarbeit zahlreicher Behörden, auch unterschiedlicher Verwaltungsträger, Landes- und Kommunalbehörden, Kammern und sonstiger öffentlich-rechtlicher Körperschaften, die keiner gemeinsamen obersten Aufsicht unterstehen.

Es sind abgestimmte einheitliche Vorgehensweisen einschließlich kompatibler elektronischer Verfahren notwendig, die für alle Beteiligten gleichermaßen verbindlich gelten. Die entsprechende IT-Lösung befindet sich hinsichtlich ihrer technischen Anforderungen in der fachlichen Zuständigkeit des Ministeriums des Innern gegenwärtig im Aufbau. Mit dem Gesetzentwurf werden die für die elektronische Verwaltungszusammenarbeit bestehenden Zusammenarbeitspflichten rechtsverbindlich festgeschrieben.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn man über das soeben Gesagte einen Augenblick reflektiert, gelangt man schnell zu der Einsicht, dass die Richtlinie die Konkurrenz zwischen den Wirtschaftsstandorten möglicherweise verschärfen könnte.

Der sachsen-anhaltische einheitliche Ansprechpartner steht öffentlich und europaweit wie alle anderen Ansprechpartner im Netz und damit automatisch auch auf dem Prüfstand. Er sollte daher überzeugende, unternehmerfreundliche und lebensnahe Lösungen präsentieren; denn wenn beispielsweise Brandenburgs einheitlicher Ansprechpartner effizienter funktioniert als der von Sachsen-Anhalt, dann wird das nicht verborgen bleiben. Auch ist mit Vergleichsanalysen zu rechnen, die den jeweiligen einheitlichen Ansprechpartner, seine Angebotspalette und sein Zusammenspiel mit der öffentlichen Verwaltung gewichten und bewerten werden.

Richtig ist freilich auch, dass mit zunehmender Nutzung dieses neuen Instituts auch Entlastungen für die zuständigen Behörden einhergehen werden. Diese fallen umso kräftiger aus, je ausgiebiger und qualifizierter er arbeitet; denn er ist - so früher häufiger im Sprachgebrauch - Frontoffice. Idealerweise sollte die Behörde die Antragsvoraussetzungen elektronisch, also mundgerecht, angeordnet bekommen. Dann entsteht tatsächlich eine echte Win-win-Situation zugunsten des Unternehmers und der Verwaltung, die wir mit Einschränkungen nicht so hinbekämen, würden wir die Richtlinie allein aus der Perspektive der Verwaltung denken.

Die Erfahrungen mit unserem einheitlichen Ansprechpartner wollen wir Ende 2012 ergebnisoffen evaluieren. Sollten sich die gefundenen Lösungen, die aus heutiger Sicht entstanden und darum naturgemäß mit einer ganzen Reihe von Spekulationen verbunden sind, auch im Ländervergleich nicht bewährt haben, ist auch eine organisatorische Neuausrichtung nicht ausgeschlossen.

Umgesetzt werden mit dem Gesetzentwurf auch die Forderungen aus der Richtlinie zur europäischen Verwaltungszusammenarbeit. Dafür wird von der EU ein elektronisches System zur Verfügung gestellt werden, das den grenzüberschreitenden Informationsaustausch mit den Mitgliedstaaten ermöglichen soll. Dieses System sieht außerdem einen Vorwarnmechanismus vor, der die Mitgliedstaaten zu einer aktiven grenzüberschreitenden Unterrichtung von Amts wegen und ohne Anfrage bei ersten Gefahren für die Gesundheit oder die Sicherheit von Personen oder für die Umwelt verpflichtet.

Das Kabinett hat in seiner Sitzung am 12. Mai 2009 ein mit der Richtlinie konformes Konzept zur Einführung des elektronischen Binnenmarktinformationssystems nach der europäischen Dienstleistungsrichtlinie beschlossen.

(Zustimmung bei der CDU - Herr Tullner, CDU: Sehr schön!)

Mit dem Gesetzentwurf wird dieses Konzept aufgegriffen und rechtlich umgesetzt.

Obendrein hat die Richtlinie Auswirkungen auf das sachsen-anhaltische Gebührenrecht. Die den Antragstellern von den jeweils für die Erteilung einer Genehmigung zuständigen Behörden in Rechnung zu stellenden Verfahrenskosten dürfen den Verwaltungsaufwand nicht mehr übersteigen. Eine gebührenrechtliche Berücksichtigung der Bedeutung des wirtschaftlichen Wertes oder des sonstigen Nutzens einer Genehmigung nach dem Äquivalenzprinzip ist für den Anwendungsbereich der Richtlinie ausgeschlossen. Mit dem Gesetzentwurf wird auch dies umgesetzt.

Sehr geehrte Damen und Herren! Die Umsetzung der EG-Dienstleistungsrichtlinie wird wohl dazu beitragen, die wirtschaftliche Integration Europas weiter voranzu-

treiben. Gerade das Potenzial des Dienstleistungssektors konnte bisher für Wachstum und Beschäftigung nicht ausreichend ausgeschöpft werden.

Wenn der eine oder andere von Ihnen nun der Auffassung sein sollte, der Anspruch klinge aus heutiger Sicht geradezu übermütig und angesichts der gegenwärtigen Krisenstimmung sogar verwegen, dann sage ich Ihnen: Es ist Einsicht in die Vernunft, wenn man in Europa sagt: Wir müssen zusammenwachsen, wir müssen Barrieren und bürokratische Hürden entfernen, wir müssen Kleinstaaterei schrittweise überwinden, wir müssen den Europäischen Binnenmarkt auch im dynamischen Dienstleistungsbereich weiter nach vorn bringen.

Jede größere Reform - und dies ist zweifellos eine - muss gegen Kräfte der Beharrung, gegen die Verfechter des Status quo ankämpfen. Die Pessimisten verweisen zudem auf die höheren Risiken für angestammte regionale Märkte für Dienstleister, wenn nationalstaatliche Schranken zunehmend keine Rolle mehr spielen, der Markt also offener wird. Die Optimisten verweisen auf eine neue Chance, gerade auch für Dienstleister und Dienstleistungen. „Made in Sachsen-Anhalt“ könnte also auch eine Chance sein. Fest steht zumindest: EU-weit ist die Dienstleistungsbranche ein Jobmotor. Sie trägt innerhalb der EU pro Jahr mit mehr als der Hälfte zum BIP bei, macht aber trotz dieses hohen Anteils lediglich bis zu 20 % der Leistungen am Export und Import der einzelnen Länder aus.

Bemerkenswert für Deutschland ist dabei, dass in den letzten Jahren ein Anteil von fast 60 % des Dienstleistungshandels der Bundesrepublik mit EU-Mitgliedstaaten abgewickelt wurde. Mit anderen Worten: Deutschland hat bisher schon deutlich von EU-weiten Exporten seiner Dienstleistungen profitieren können. Das wollen wir auch in Zukunft sichern und ausweiten.

Deshalb ist die Zielstellung der Richtlinie, den grenzüberschreitenden Handel mit Dienstleistungen zu fördern und bestehende Hindernisse abzubauen, auch im Interesse unserer einheimischen sachsen-anhaltischen Dienstleister nur zu begrüßen.

Bei der Durchsetzung der Dienstleistungsrichtlinie befinden wir uns im Zeitplan. In einem angesichts der Größe der Aufgabe aber sehr knapp bemessenen Zeitrahmen ist es trotzdem eine Herausforderung für uns. Es geht darum, bis Ende Dezember 2009 gesetzgeberische Maßnahmen wie die Anpassung der Fachgesetze an die neuen Rahmenbedingungen umzusetzen und die elektronische Verwaltungszusammenarbeit in unserem Land zu gewährleisten.

Wir werden zwar erst ab dem Jahr 2010 und in den Jahren danach sehen, wie groß der Einfluss der diversen nunmehr vorbereiteten bzw. noch anstehenden Maßnahmen in der Praxis sein wird; doch können wir davon ausgehen, dass auch Sachsen-Anhalt insgesamt zu den Profiteuren dieses Reformwerkes gehören wird. Ich bitte Sie deshalb im Namen der Landesregierung und der Koalitionsfraktionen um Ihre Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke für die Einbringung, Herr Minister. - Es ist eine Fünfminutendebatte vereinbart worden. Für die Fraktion DIE LINKE spricht nun der Abgeordnete Herr Czeke.

Herr Czeke (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dafür, dass Sachsen-Anhalt immer so früh aufsteht, kommt der Gesetzentwurf zur EU-Dienstleistungsrichtlinie etwas spät.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung bei der FDP)

Aber die unangenehmen Dinge schiebt der Mensch meist etwas nach hinten. Viel weiter nach hinten kann man es aber wirklich nicht mehr schieben, weil die Richtlinie bereits in etwas mehr als drei Monaten umgesetzt sein muss - der Minister sprach es an: am 28. Dezember dieses Jahres - und wir dabei auch die Zeit für die Veröffentlichung berücksichtigen müssen. Man muss kein Prophet sein, um zu wissen, dass die Zeit knapp wird.

Seit Februar 2005 diskutieren wir im Landtag über die politischen, sozialen, wirtschaftlichen und nun auch technischen Auswirkungen bei der Umsetzung der einstigen Bolkestein-Richtlinie.

Den kritischen Positionen unserer Fraktion wehte immer der fröhlich-optimistische Wind der übrigen Fraktionen entgegen, zuletzt in der Landtagssitzung im Juni 2009. Damals herrschte allgemeine Verwunderung darüber, dass wir Diskussionsbedarf sahen und Kollege Dr. Thiel einen Antrag für uns einbrachte, wo doch - so der Minister damals fast wörtlich - alles in Sack und Tüten sei.

Nur eine Woche später bestätigte sich im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Medien unsere Einschätzung. Es wurde deutlich, dass bei allen Fraktionen Diskussionsbedarf und in den Häusern noch ein wenig Unklarheit besteht. Besonderer Abstimmungsbedarf bestand noch im Innenministerium, und zwar darüber, inwieweit sich aus dem Gesetz über den einheitlichen Ansprechpartner neue Aufgaben für die Kommunen ergeben, die nach dem Konnexitätsprinzip abgegolten werden müssen und damit haushaltsrelevant sind.

Für DIE LINKE ist die Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie aber nicht nur ein formal-technischer Akt. Wir begeistern uns nicht für den möglichst ungehemmten - ich betone: ungehemmten; das heißt befreit von sozialen, tariflichen und ökonomischen Mindeststandards - Zugang ausländischer Dienstleistungserbringer zum heimischen Markt und auch nicht für den ungehinderten grenzüberschreitenden Zugang einheimischer Unternehmen zu fremden Märkten, wobei noch fraglich ist, ob und wie viele hiesige kleine und mittelständische Unternehmen von dieser Richtlinie profitieren werden.

Wir sorgen uns um die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hierzulande und in den übrigen Mitgliedstaaten der EU gleichermaßen. Deren Löhne und Rechte könnten von der Umsetzung der Richtlinie bedroht sein. Dazu komme ich noch. Wir werden wohl in einigen Jahren wieder darüber debattieren müssen. Eine Gesetzesfolgenabschätzung ist absolut nötig.

Dass Entsenderichtlinien und regionale Vergabegesetze, die immer als Teufelszeug deklariert werden, keinen ausreichenden Tarifschutz gewähren, zeigen unter anderem die Urteile des Europäischen Gerichtshofes in den Fällen Laval und Rüffert, beide aus Dezember 2007. Darin wurde die Dienstleistungsfreiheit über nationalstaatliche Regelungen im Streik- und Tarifrecht gesetzt.

Im Fall Rüffert hatte ein polnischer Subunternehmer einen öffentlichen Bauauftrag unter der Bedingung erhal-

ten, geltenden Tariflohn laut dem niedersächsischen Vergabegesetz zu zahlen. Tatsächlich wurden jedoch nur 50 % des festgeschriebenen Mindestlohns gezahlt. Nach der Klage durch das Land Niedersachsen bekam der Unternehmer Recht; der EuGH hält das niedersächsische Vergabegesetz für unvereinbar mit dem Europarecht. Der Zweck des Arbeitnehmerschutzes sei keine Rechtfertigung.

Der EuGH hat aus unserer Sicht keinen Blick dafür, dass der Arbeitnehmer- und Arbeitnehmerinnenschutz in bestimmten Bereichen eben durch indirekte Maßnahmen erfolgen kann. Ein Verständnis für kollektive Regelungen und kollektive Interessen ist nicht vorhanden.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Ein weiteres Problem sehen wir bei den Kommunen, die nun nicht nur mit verwaltungsorganisatorischen Neuausrichtungen konfrontiert sind, sondern auch mit technischen Herausforderungen, die wiederum zu finanzieren sind.

Wir sind der Meinung, dass der veranschlagte Ausgleichsbetrag in dem Entwurf eines Gesetzes über den Einheitlichen Ansprechpartner von pauschal 41 € pro zu bearbeitendem Fall für die Kommunen bei der Bearbeitung von Anträgen viel zu niedrig gegriffen ist. Hierbei wurden zwar die Kosten für den Sachbearbeiter samt Arbeitsplatz berücksichtigt; man bedenke aber, dass bei dem einheitlichen Ansprechpartner eine A14-Stelle und drei A12-Stellen veranschlagt werden, um die Anträge an die Kommunen nur weiterzuleiten, während in der Kommune lediglich eine E6-Stelle veranschlagt wird, um die bearbeiteten Anträge zurückzuschicken, jedoch nicht die Kosten für die Einrichtung der Technik im Sinne eines E-Governments, also IT-Leitungen, Hardware und Software.

Zu dem, was der Minister angesprochen hat: Angesichts des Grades der Breitbandversorgung in der Altmark sind die Möglichkeiten noch völlig offen. Vielleicht ist das Sternreiten in der Altmark in Zukunft ein „Stick-Reiten“, wenn wir da nicht weiterkommen.

(Zustimmung von Herrn Franke, FDP, und von Herrn Hauser, FDP)

Unter den Umständen, dass die Kommunen sowieso schon an ihren finanziellen Grenzen sind und sich dieser Zustand in den nächsten Jahren noch verschärfen wird, stellt es für die Kommunen eine immense zusätzliche Belastung dar, nun im Schnelldurchlauf ein funktionierendes E-Government einzurichten. Kleinere Städte in ländlichen Gebieten, die über keinen Breitbandanschluss verfügen - ich sagte es -, sind dieser technischen Herausforderung ohne finanzielle Hilfe nicht gewachsen.

Die LINKE hat erfolgreich eine Anhörung der Kommunen beantragt. Wir hoffen, dass sie ihre Umsetzungsschwierigkeiten in der nun gemeinsamen Anhörung zum Gesetzentwurf mit weiteren Anzuhörenden auch darstellen können und werden.

Ein letzter Themenkomplex, zu dem bei uns noch Fragen bestehen, wird in dem Artikelgesetz weitgehend ausgespart. Das ist der Datenschutz. Dazu kommen wir im Ausschuss bestimmt noch. Sowohl bei der Übertragung von Daten an die zuständigen Behörden und zurück als auch bei der Übertragung von Daten von den zuständigen Behörden an die Mitgliedstaaten der EU über das Binnenmarktinformationssystem - kurz: IMI -

geht es zum großen Teil um hochsensible Daten der Dienstleistungserbringer. Es wird kein Wort darüber verloren, wie diese Daten gesichert werden sollen.

Das IMI ist ein riesengroßes Datennetz bzw. ein Datenbanksystem, auf welches die verschiedensten Behörden aus der ganzen EU Zugriff haben werden. Bis heute ist unklar, welche Behörden in welchen Mitgliedstaaten Zugriff haben werden. Sicher ist nur, dass es unheimlich viele sein werden.

Die kommunalen Spitzenverbände bemängeln bereits jetzt die Praxis, dass nur auf Fachgesetze verwiesen wird. Das Inhaltliche entzieht sich dem. Zum Beispiel ist das Dolmetschergesetz völlig neu gefasst worden. Das Wassergesetz wird derzeit novelliert und wird in dem Gesetzentwurf auch wieder angefasst.

Nach der Einbringung des Gesetzesentwurfs sind also viele Fragen offen, die es zu beantworten gilt. Wir hoffen daher auf konstruktive Diskussionen zu diesem Thema in den Ausschüssen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Für die SPD-Fraktion spricht der Abgeordnete Herr Miesterfeldt.

Herr Miesterfeldt (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Begriff des Dienens ist eher etwas aus der Mode gekommen

(Zustimmung von Herrn Scheurell, CDU)

und Begriffe wie „Magd“ und „Knecht“ findet man höchstens noch in der Kirche oder im scherzhaften Gebrauch.

(Herr Wolpert, FDP: Und im Wahlkampf der SPD!)

- Wo noch?

(Herr Wolpert, FDP: Im Wahlkampf der SPD!)

- Vielleicht.

(Frau Dr. Hüsken, FDP: Gibt es die noch? Das haben wir gestern gehört!)

Das hat den Dienstleistungssektor in den EU-Mitgliedstaaten aber nicht daran gehindert, 70 % zum Bruttoinlandsprodukt beizutragen. Deshalb ist diese EU-Dienstleistungsrichtlinie sehr wichtig. Das haben meine beiden Vorredner, sowohl von der Regierung als auch aus der Opposition, schon hervorgehoben.

Es hat einen Dienstleister in Europa gegeben, der eine gewisse Grenzenlosigkeit genutzt hat. Damit würde ich auf die Finanzdienstleister Bezug nehmen wollen, für die die eine oder andere Regel neu eingezogen und die eine oder andere Regel klarer gefasst werden muss.

(Zustimmung von Herrn Scheurell, CDU)

In vielen anderen Bereichen - darauf hebt die Dienstleistungsrichtlinie insbesondere ab - sollen eher rechtliche und administrative Hürden für Dienstleistungserbringer und Dienstleistungsempfänger abgebaut werden. Letztlich kann somit der Dienstleistungssektor in Europa insgesamt gefördert werden.

Wir haben uns in diesem Hohen Hause schon länger mit dieser Dienstleistungsrichtlinie beschäftigt. Ich erinnere an dieser Stelle an den Antrag, den die beiden Regierungsfractionen im Februar 2007 gestellt haben, in dem entscheidende Fragen gestellt worden sind, die die Umsetzung der Richtlinie vorantreiben sollten. Wir haben in den Ausschüssen darüber diskutiert.

Bei der Erstellung der vorliegenden Richtlinie ist sicherlich nicht voreilig, vorschnell und übereilt gearbeitet worden. Auch ich würde mich der leisen Kritik meines Vordrängers anschließen wollen: Es hätte alles etwas eher kommen können. So unterliegen wir jetzt gemeinsam einem sehr anspruchsvollen Terminplan.

Ich will noch einige Punkte nennen, auf die wir insbesondere achten müssen. Der Minister hat erfreulicherweise ausdrücklich betont, dass die Frage der einheitlichen Ansprechpartner in Sachsen-Anhalt geklärt ist, nämlich durch die Zuweisung an das Landesverwaltungsamt. In dem Entwurf, der uns jetzt vorliegt, ist das etwas undeutlicher beschrieben worden, sodass man annehmen könnte, dass aus dem Wirtschaftsministerium, das dort ermächtigt wird, diese Stelle zu benennen, noch einmal etwas Neues kommen könnte. Aber ich habe positiv aufgenommen, dass die Entscheidung, die getroffen worden ist, nicht zurückgenommen werden soll.

Die Kosten für die Kommunen - die Zahlen hat Herr Czeke genannt - müssen wir sehr intensiv betrachten und uns natürlich die Frage stellen, ob diese Summen ausreichend und realistisch sind. Die Frage ist hier und heute schwer zu beantworten, weil dazu bis jetzt keine Erfahrungen vorliegen. Deshalb ist es gut, dass dieses Gesetz zu gegebener Zeit evaluiert werden soll. Unter anderem muss dann auch über die Kosten noch einmal neu entschieden werden.

Ein wichtiger Aspekt ist, dass die Einführung moderner Informationstechnik bei dem Vorhaben rechtzeitig umgesetzt wird. Man kann dem Innenministerium nur empfehlen, diese Aufgabe sehr ernst zu nehmen und zielstrebig umzusetzen,

(Beifall bei der LINKEN)

weil es durch die Umsetzung auch zu Kosteneinsparungen kommen kann.

Es ist gut, dass uns das Gesetz vorliegt. Wir müssen darüber jetzt gründlich und zielstrebig beraten. Das tun wir aber gern. Nicht wahr, Herr Czeke? Als Europafreunde sind wir der Meinung, dass jede gute Tat für Europa richtig ist. Das sage ich bewusst zwei Tage nach dem 1. September; denn das ist sehr viel besser, als mit Panzern in andere Länder einzufahren.

(Beifall bei der SPD und bei der FDP)

Ich bin deshalb dafür, dass wir dieses Gesetz zur federführenden Beratung an den Wirtschaftsausschuss und zur Mitberatung an den Innenausschuss und an den Europaausschuss überweisen. Die jeweiligen Ausschüsse verzeihen mir, dass ich jetzt die Kurzfassung verwendet habe. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Herr Miesterfeldt. - Für die FDP-Fraktion spricht der Abgeordnete Herr Franke.

Herr Franke (FDP):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vielleicht hätte uns der Begriff „einheitlich“ schon stutzig machen sollen. Schließlich gehen gerade in Deutschland das Verständnis darüber und die Erwartung dazu, was es mit dem Begriff „Einheit“ auf sich haben könnte, seit jeher weit auseinander. So auch in diesem Fall.

Gemäß der Europäischen Dienstleistungsrichtlinie müssen alle Mitgliedstaaten bis Ende 2009 so genannte einheitliche Ansprechpartner für Dienstleistungserbringer und -empfänger schaffen, um im europäischen Binnenmarkt die grenzüberschreitende Erbringung von Dienstleistungen zu erleichtern und zu verbessern. Das ist gut so, Herr Czeke. Auch unsere Unternehmen profitieren davon.

Dazu gibt es eine ganze Reihe inhaltlicher Vorhaben, welche Anforderungen an diesen einheitlichen Ansprechpartner zu stellen sind. Es bleibt allerdings den Mitgliedstaaten überlassen, wie viele einheitliche Ansprechpartner eingerichtet werden und wer konkret mit dieser Aufgabe betraut wird. Wen wundert es da, dass es - selbstverständlich unter Berücksichtigung der föderalen Zuständigkeit - in Deutschland gleich einen ganzen Strauß an Möglichkeiten für die Verortung des einheitlichen Ansprechpartners gibt. Überall in den Landesparlamenten gibt es dazu momentan verschiedene Gesetzentwürfe.

In Niedersachsen sollen es die Landkreise, die kreisfreien Städte und die großen selbständigen Städte sowie das Wirtschaftsministerium in Trägerschaft übernehmen. In Hessen sind es die drei Regierungspräsidien und in Nordrhein-Westfalen die Kreise und die kreisfreien Städte, allerdings reduziert auf 18 Stellen.

Baden-Württemberg sieht als einheitlichen Ansprechpartner die 30 dienstleistungsrichtlinienrelevanten Kammern sowie auf freiwilliger Basis die 35 Landkreise und die neun Stadtkreise in der Pflicht. Während Thüringen ein so genanntes Allkammernmodell bevorzugt, will Sachsen die Landesdirektion Leipzig mit dieser Aufgabe betrauen. Schleswig-Holstein wird eine Anstalt öffentlichen Rechts gründen, die diese Aufgabe wahrnimmt. - So weit ein kleiner Auszug aus der aktuellen Gesetzgebung in Deutschland.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ganz offensichtlich wurden bei dem seinerzeit einstimmig gefassten Beschluss der Wirtschaftsministerkonferenz der Länder vom 4. Juni 2007 die föderalen Strukturen deutlich unterschätzt, als man sich darauf einigte - ich zitiere -:

„weitestgehend einheitliche Umsetzungslösungen anzustreben, um so ein möglichst effizientes und stimmiges System aufzubauen.“

Es ist eben nicht alles einheitlich, was „einheitlich“ heißt.

Allerdings hätte ich mir vor diesem Hintergrund gewünscht, dass sich die Landesregierung viel eher und umfassender mit diesem Thema befasst hätte. Die anderen Fraktionen hatten das schon kritisiert.

(Beifall bei der LINKEN)

Uns heute das Landesverwaltungsamt als einheitlichen Ansprechpartner als alternativlose Lösung des Problems darzustellen, halte ich jedoch für eine Zumutung; denn ohne Alternative ist allenfalls, dass die EU-Dienstleistungsrichtlinie bis spätestens 28. Dezember 2009 umge-

setzt werden muss. Dann muss auch dieser einheitliche Ansprechpartner benannt sein.

Niemand kann heute einschätzen, wie groß der Ansturm auf diesen einheitlichen Ansprechpartner sein wird. Die verschiedenen Lösungen anderer Bundesländer zeigen auch, dass es insgesamt eine große Unsicherheit gibt. Es sprechen sicherlich viele Gründe dafür, die vorgeschlagene Entscheidung so zu übernehmen. Genauso viele Gründe gäbe es aber auch für eine Verortung in den Kommunen oder in den Kammern. In Sachsen-Anhalt haben sich die Kammern bereit erklärt, diese Aufgabe zu übernehmen.

Ebenso lässt sich für mich nicht erkennen, inwieweit die Kommunen bisher in die Überlegungen eingebunden worden sind. Dies ist durchaus nicht unwichtig; denn die Richtlinie bringt auch die elektronische Verfahrensabwicklung und die intensive Zusammenarbeit der Behörden mit den einheitlichen Ansprechpartnern mit sich. Hier ergeben sich sicherlich noch viele offene Fragen, die wir während der Anhörung am 18. September 2009 klären können. Die Frage ist, ob das Landesverwaltungsamt die Anforderungen aus der Sicht der Wirtschaft, der Bürger und der Verwaltung effektiv erfüllen kann.

Sicherlich stellt auch das Landesverwaltungsamt einen möglichen und erfolgversprechenden Ansatz dar, um bei der herrschenden Verwaltungsvielfalt zu streitfreien Lösungen zwischen Kommunen und Kammern, zwischen Verwaltung und Wirtschaft zu kommen.

Möglicherweise lässt sich sogar am ehesten über das Landesverwaltungsamt das erforderliche wirkungsvolle Beziehungsgeflecht zwischen Land, Kommunen, Kammern und Wirtschaft herstellen und unterhalten, das nötig ist, damit in Sachsen-Anhalt zum Beispiel Existenzgründer anstatt einem Dutzend Schritte nur noch einen machen müssen, um an das Ziel zu kommen. Ich bezweifle das jedoch.

Die Beschreibung des Aufgabenkatalogs des einheitlichen Ansprechpartners lässt jedenfalls die Hoffnung zu, die an das Landesverwaltungsamt herangetragenen Anliegen gegenüber den zuständigen Stellen zu koordinieren. Es geht eben nicht nur um die Entgegennahme und Weiterleitung von Formularen, sondern um eine zielorientierte Arbeit. Gleichwohl sage ich bewusst, dass es nur die Hoffnung und meinen persönlichen Zweifel gibt.

Sehr geehrte Damen und Herren! Da sich Wirtschafts- und Innenministerium lange nicht einigen konnten, stehen wir als Parlament nun unter Zeitdruck. Dennoch spricht sich die FDP-Fraktion für eingehende Beratungen und eine Überweisung an die schon genannten Ausschüsse aus. - Danke.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke, Herr Franke. - Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Herr Thomas.

Herr Thomas (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Als ich mir über meinen heutigen Redebeitrag Gedanken gemacht habe, habe ich schon geahnt - das hat sich auch bestä-

tigt -, dass durch die Opposition der Zeitfaktor bei diesem Gesetzentwurf thematisiert werden wird.

(Herr Dr. Thiel, DIE LINKE: Völlig zu Recht!)

- Herr Thiel meldet sich schon; er fühlt sich gleich angesprochen. - Man hat oft geunkelt: Das schafft man nicht; das wird knapp; das funktioniert nicht. Ich sage Ihnen, auch im Namen der CDU-Fraktion und - ich denke, das kann ich tun - auch im Namen des Koalitionspartners, dass ich diese Angst nie hatte.

Ich will Ihnen auch sagen, warum ich diese Angst nie hatte. Die Informationen, die wir im Ausschuss hatten, waren immer so ausführlich und so umfangreich - wir haben bei der Einbringung durch den Minister eine Kostprobe bekommen, wie umfangreich dieses Paket ist -, sodass ich diese Angst ausdrücklich nicht teile und der festen Meinung bin, dass das Vorhaben rechtzeitig abgeschlossen werden kann.

Wir haben heute schon mehrfach gehört, dass der 28. Dezember 2009 sozusagen die Deadline ist. Ich bin der festen Überzeugung, dass es uns gelingen wird, das Gesetz bis dahin auf den Weg zu bringen. Ich finde, es ist ein wichtiges Gesetz; denn diese Dienstleistungsrichtlinie ist ein zentraler Bestandteil der Lissabon-Strategie, die von den Staats- und Regierungschefs der EU im Jahr 2000 verabschiedet wurde.

Nachdem wir innerhalb der EU Reisefreiheit haben, nachdem wir innerhalb der EU die Freiheit im Warenverkehr haben, ist nun der dritte Punkt erreicht; das ist die Freiheit und die Angleichung von Leistungen im Dienstleistungsgewerbe. Das ist etwas komplizierter als das von mir vorher Genannte. Dementsprechend ist es auch wichtig, an dieser Stelle entsprechend sorgfältig vorzugehen. Denn es entsteht immer der Eindruck, als ob ganz Europa nach Sachsen-Anhalt käme.

Ich würde darum bitten, dass wir die Blickrichtung auch einmal umkehren. Auch für uns Sachsen-Anhalter und für uns Deutsche entstehen neue Chancen, mit unseren Dienstleistungen in Europa tätig zu werden. Dabei gibt es eine Vielzahl von Problemen und Hemmnissen in der Bürokratie und bei den Standards, bis hin zu der Frage der Bildungsabschlüsse.

Deswegen, so denke ich, sollten wir den Nutzen erkennen, dass die Dienstleistungsbranche auch in Zukunft ein Jobmotor sein wird. Wenn man bedenkt, dass die Dienstleistungsbranche in der EU mehr als 50 % zum BIP beiträgt und trotz dieses hohen Anteils Dienstleistungen nur einen Anteil von 20 % am Ex- und Import innerhalb der EU ausmachen, dann wird deutlich, dass Wachstumspotenzial in diesem Bereich vorhanden ist. Vor allem Deutschland hat in den letzten Jahren von dem EU-weiten Export profitieren können.

Deswegen ist es gerade für Deutschland, aber insbesondere auch für Sachsen-Anhalt von Bedeutung, die mit der Dienstleistungsrichtlinie verbundenen Möglichkeiten und Chancen nachhaltig zu nutzen und vor allen Dingen immer weiter daran zu arbeiten, bestehende Hemmnisse abzubauen, damit unser Land auch für den europäischen Markt interessant bleibt.

Natürlich werden wir erst in den kommenden Jahren sehen, wie sich die Wirkungen darstellen. Wir haben gehört, dass es ein dynamischer Prozess ist. Insofern freue ich mich auf die Diskussion in den genannten Ausschüssen. Wir werden der Überweisung zustimmen und freu-

en uns, das Gesetz rechtzeitig auf den Weg zu bringen.
- Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke, Herr Thomas. - Damit ist die Debatte beendet und wir stimmen über die Überweisung der Drs. 5/2158 ab. Einer Überweisung des Gesetzentwurfes als solcher stand nichts im Wege. Als federführender Ausschuss wurde der Wirtschaftsausschuss benannt. - Dagegen gibt es keine Einwände. Der Innenausschuss und der Europaausschuss wurden als mitberatende Ausschüsse benannt. Soll der Gesetzentwurf in weitere Ausschüsse überwiesen werden? - Nein.

Wer mit der Überweisung des Gesetzentwurfes in die genannten Ausschüsse einverstanden ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind alle Fraktionen. Damit ist der Gesetzentwurf zur federführenden Beratung in den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit und zur Mitberatung in den Ausschuss für Inneres und in den Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Medien überwiesen worden. Wir können den Tagesordnungspunkt 6 damit beenden.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 9** auf:

Zweite Beratung

Perspektivische Wirtschaftspolitik - wirksam und nachhaltig

Antrag der Fraktion DIE LINKE - **Drs. 5/2008**

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeit - **Drs. 5/2152**

Die erste Beratung fand in der 61. Sitzung des Landtages am 19. Juni 2009 statt. Berichterstatter ist der Abgeordnete Herr Tögel. Bitte sehr.

Herr Tögel, Berichterstatter des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeit:

Herzlichen Dank, Frau Präsidentin. - Nachdem der Landtag in der 61. Sitzung am 19. Juni 2009 den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit beauftragt hat, sich mit dem Antrag der Fraktion DIE LINKE zu befassen und eine Beschlussempfehlung vorzulegen, wurde bereits in der Sitzung des Ausschusses am 19. August 2009 dieser Antrag beraten und eine Beschlussempfehlung hierzu erarbeitet.

Zu der Beratung lag dem Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit neben dem Antrag der Fraktion DIE LINKE ein von der Fraktion der SPD eingebrachter Entwurf für eine Beschlussempfehlung vor. Diesen Entwurf, der Ihnen inhaltlich unverändert als Beschlussempfehlung vorliegt, erklärte ein Vertreter der Fraktion DIE LINKE für zustimmungsfähig.

Zudem bat er die Landesregierung um die Übermittlung einer Analyse vor der Beratung zum Haushaltsplan 2010/2011 zum Thema EU-Strukturfonds - Auswirkungen und Wirksamkeit der unterschiedlichen Förderkulisse in Sachsen-Anhalt - sowie um Informationen über den Verhandlungsstand in Brüssel bezüglich der Förderung der Ziel-1-Gebiete in der Förderperiode nach 2013. Die Ausschussmitglieder schlossen sich dieser Bitte an. Die Landesregierung sicherte dem Ausschuss zu, im vierten

Quartal 2009, noch vor dem Abschluss der Beratungen zum Haushaltsplan 2010/2011 eine entsprechende Analyse vorzulegen.

Der Vorschlag der SPD-Fraktion für eine Beschlussempfehlung wurde einstimmig angenommen. Ich bitte Sie namens des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeit, dieser Beschlussempfehlung ebenfalls zuzustimmen.
- Herzlichen Dank.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Herr Tögel. - Für die Landesregierung spricht Minister Dr. Haseloff.

Herr Dr. Haseloff, Minister für Wirtschaft und Arbeit:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich nehme zunächst einmal Bezug auf den Vorschlag, den Herr Tögel vorgetragen hat, und kann klar sagen: Die Landesregierung wird diese Berichterstattung vornehmen, und zwar so zeitig, dass wir den Prozess der Haushaltsgesetzgebung mit befördern helfen.

Wir wissen, dass wir bei einer Reihe von Punkten nunmehr eine Neujustierung vornehmen müssen. Wir haben eine aktuelle wirtschaftliche Situation, die bezüglich ihrer krisenhaften Auswirkungen sicherlich eine Reihe von Jahren spürbar sein wird, und zwar in unterschiedlicher Ausprägung. Das heißt, sie wird sich sicherlich im Sinne des operativen Geschäftes in der Wirtschaft anders darstellen als zum Beispiel in den öffentlichen Haushalten. Die Einbrüche bei den Steuereinnahmen werden sicherlich nur sehr langfristig zu kompensieren sein.

In diesem Zusammenhang stellen sich für uns auch Rahmenbedingungen für die Haushaltsaufstellung gesondert dar. Denn es geht darum, die Mittel der Europäischen Union und des Bundes, insbesondere die Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe, national und auch landesbezogen kofinanzieren. Dafür braucht man die entsprechenden Budgets.

Wenn wir zudem voraussetzen, dass wir innerhalb des operationellen Programms die Vorgaben der Europäischen Union bezüglich der gesonderten Handhabung im Norden und im Süden zu berücksichtigen haben und wir wiederum im Jahr 2010 eine Evaluierung über die bisherige Proportionierung - 30 % der europäischen Mittel sind im Hallenser Raum und der Rest im Gesamtgebiet Sachsen-Anhalt einzusetzen - erstellen müssen, dann wissen wir nicht, ob die Evaluierung nicht sogar eine Reduzierung des Investitionsvolumens in dieser südlichen Region auf 20 % zum Ergebnis haben wird, mit der Konsequenz, dass wir in dem wirtschaftlichen Schwerpunkt des Landes Sachsen-Anhalt bei der Investitionsförderung mithilfe von europäischen Mitteln sehr stark beschnitten wären.

In diesem Zusammenhang könnte ein limitierender Effekt wirksam werden, der eine Reihe von Investitionsansiedlungen fraglich machen könnte bzw. unsere gesamte Strategie noch einmal auf den Prüfstand stellt. Wir müssten fragen, in welcher Form wir - so ist es auch in dem Antrag der LINKEN formuliert - angebotsseitig weiterhin agieren können und mit welchem Maßnahmenbündel und entsprechenden anderen Standortvorteilen wir an dieser Stelle punkten müssen.

Das muss gut überlegt sein. An dieser Stelle ist die entsprechende Beschreibung und Prognose für den erwart-

baren Prozess erforderlich, die ich für das Wirtschaftsministerium auch zugesagt habe.

Außerdem muss Folgendes benannt werden: Wir befinden uns in einem wirtschaftspolitischen Dialog. Wir haben uns mit dem Kollegen Bullerjahn vor dem Hintergrund der haushalterischen Vorkehrungen, die für den Haushaltsplan 2009 getroffen wurden, darauf verständigt, dass wir in den beteiligten Ministerien - Finanz- und Wirtschaftsministerium - in eine Dialogsstruktur eintreten.

Der finanzpolitische Dialog mit dem Kollegen Bullerjahn macht sich daran fest, dass wir, angefangen bei der Aussteuerung der Mittel für die Konjunkturprogramme K I und K II, einen möglichst großen Effekt in der Volkswirtschaft haben wollen, einen schnellen Mittelfluss sicherstellen wollen und auch die entsprechenden Projekte auf der Basis der vertraglichen Vereinbarungen mit dem Bund realisiert sehen wollen.

Auf der wirtschaftspolitischen Seite sind wir so verfahren, dass wir in Zusammenarbeit mit Dr. Ragnitz vom ifo-Institut in Dresden noch einmal eine Aktualisierung in der Intention, die auch von der LINKEN angedeutet wurde, vornehmen. Das heißt, wir evaluieren bezüglich der Zeiträume 2006, 2007, 2008 und beginnend 2009 die entsprechenden Effekte, die wir bei der Förderung des Landes Sachsen-Anhalt erzielt haben.

Das heißt, mit welcher Förderung haben wir zum Beispiel welche öffentlichen Einnahmen, aber auch welche Arbeitsplatzzuwächse zu organisieren geholfen? Ein Beispiel haben wir mit dem IWH und Professor Blum am Beispiel Salutas darstellen können. Das heißt, dass wir genau sagen: Welcher Mitteleinsatz hat zu welchen Rückflüssen, zu Refinanzierungsquoten und zu entsprechenden haushalterischen Renditen geführt?

Das muss auf andere Branchen, auf andere Betriebsgrößen übertragen werden, um noch einmal zu sagen, wie die Förderphilosophie auch unter Nutzung der Gemeinschaftsaufgabe und deren Richtlinie in den nächsten Jahren aussehen muss. Denn auch hierbei ist jeweils der Anteil EFRE mit einzubuchen und als komplementierendes Element finanztechnisch mit zur Anwendung zu bringen.

All das steht uns in diesem Zusammenhang bevor, und wir beabsichtigen, im Rahmen des wirtschaftspolitischen Dialogs analog auch zu dem finanzpolitischen Dialog diese Diskussionen regionalisiert zu führen - mit den Kammern, mit den Verbänden der jeweiligen Region, mit den politisch Verantwortlichen und auch den kommunalen Verantwortlichen der Region, damit wir zu zugeschnittenen, spezifizierten Lösungsvorschlägen kommen. Denn letztlich ist das operationelle Programm ebenfalls schon ein regionalisiertes Programm, wenn man die unterschiedlichen Fördervolumina zugrunde legt, die zur Verfügung gestellt wurden.

All das ist ein offener Prozess, begleitet auch durch die Evaluierung der geänderten GA-Richtlinie, wozu wir im vierten Quartal, zum Teil auch schon im dritten Quartal Erfahrungen sammeln können. Im ersten Quartal 2010 wollen wir im Wirtschaftsausschuss schauen, welche Effekte wir erzielt haben. Haben wir Mitnahmeeffekte oder haben wir echte investitionsfördernde Effekte vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise damit erzeugt?

All das lassen wir, wie gesagt, in diesen gesamten Prozess mit einfließen, sodass wir unterm Strich, denke ich,

in einer Situation sind, die nächsten Jahre bis 2013 gemeinsam so zu gestalten, dass wir trotz geringer werdender Mittelvolumina möglichst wieder den Wachstumspfad betreten können, der zurzeit abgerissen ist. Wir wollen aber so schnell wie möglich sehen, dass der Wachstumspfad an die Quartalszahlen des Jahres 2008 anknüpft, nämlich an die ersten drei Quartale, in denen wir zusammen mit Hamburg zu den wachstumsstärksten Standorten in Deutschland gehört haben. Das ist eine Herausforderung, auf die wir uns gemeinsam freuen sollten.

Ich denke, mit dem Beschluss, wenn er so gefasst wird, ist seitens des Parlaments die Grundlage dafür gelegt, dass das Verfahren mit der Landesregierung entsprechend strukturiert sein wird. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke, Herr Minister. - Für die FDP-Fraktion spricht der Abgeordnete Herr Franke.

Herr Franke (FDP):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Auf der letzten Beratung vor der Sommerpause sagte ich schon, dass die Überschrift des Antrages mehr verspricht als der Inhalt. Wir haben damals den Antrag abgelehnt.

(Zuruf von Herrn Tullner, CDU)

Für uns ist perspektivische Wirtschaftspolitik in Sachsen-Anhalt viel mehr als nur die Weitergabe von Fördermitteln. Dazu gehört Standortpolitik, Arbeitsmarktpolitik und Steuersenkung. Wir haben bei der letzten Beratung ausführlich darüber gesprochen.

Inzwischen ist im Ausschuss der ursprüngliche Antrag auf eine Berichtspflicht reduziert worden. Dem haben wir zugestimmt. Es gab eine einheitliche Abstimmung. Ich denke, damit ist der Diskussionsbedarf heute hier erschöpft. Wir sind mit der Berichtspflicht einverstanden. - Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke, Herr Franke. - Für die CDU-Fraktion spricht Herr Gürth.

Herr Gürth (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Worum geht es hier? - Ich möchte zitieren:

„Der Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit empfiehlt dem Landtag, den Antrag wie folgt anzunehmen:

Die Landesregierung wird gebeten, vor dem Hintergrund der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise über die aktuelle Situation im Bereich der Wirtschaftsinvestitionsförderung zu berichten. Die Berichterstattung soll auch Bezug nehmen auf die vorhandenen Berichte zur Durchführung der Gemeinschaftsaufgabe ‚Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur‘ und den EU-Strukturfonds und Veränderungen bei den GAW-Landesrichtlinien.“

Dem haben alle Fraktionen zugestimmt, auch wir. Wir empfehlen die Annahme. Wir sollten nicht so viel reden, sondern handeln.

(Zustimmung bei der CDU, bei der SPD und bei der FDP)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Für die LINKE spricht der Abgeordnete Herr Dr. Thiel.

Herr Dr. Thiel (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! So einfach machen wir Ihnen das nicht am heutigen Freitag,

(Oh! bei der CDU)

sich dahin gehend zu äußern, der Wirtschaftsausschuss habe einstimmig zugestimmt und damit brauchen wir nicht mehr darüber zu sprechen.

(Herr Gürth, CDU: Ist alles erledigt!)

- Nein, Kollege Gürth, eben nicht. Denn wir wollen diese Landtagssitzung auch nutzen, um der Regierung in Vorbereitung auf ihren Bericht noch ein paar Hinweise auf den Weg zu geben.

(Herr Gürth, CDU: Das haben Sie doch schon gemacht!)

Denn wir haben in der Diskussion im Wirtschaftsausschuss gemerkt, dass unser ursprünglicher Antrag,

(Herr Gürth, CDU: Überflüssig war!)

nämlich ein perspektivisch ausgerichtetes Förderszenario zu entwickeln, keinen Zweck mehr hat.

(Herr Gürth, CDU: Das ist doch längst erledigt!)

Denn die Zeiten, in denen wir als Opposition gefragt waren, die Regierung zu bitten, Szenarien zu entwickeln, müssten eigentlich langsam vorbei sein. Es ist an der Zeit, dass wir unsere eigenen Konzepte auf den Tisch des Hauses legen und diese dann diskutieren, anstatt immer wieder von anderen Dinge einzufordern.

(Herr Gürth, CDU: Na dann mal los!)

Trotzdem will ich noch ein paar Bemerkungen dazu machen und das sei mir auch gestattet, weil im Wirtschaftsausschuss eine ganze Reihe von Diskussionen stattgefunden haben, die der Herr Vorsitzende nur beiläufig gestreift hat. Das waren eben Diskussionen zu dem Thema: Wie wird momentan die GA-Richtlinie im Land umgesetzt, wie wird sie modifiziert? Das waren Diskussionen zu der Frage: Wie sieht es mit den EU-Strukturfonds aus? - Deswegen gestatten Sie bitte, wie gesagt, noch ein paar Bemerkungen von meiner Seite.

Die Problematik, die wir bereits im Wirtschaftsausschuss angemerkt haben, war, dass es eigentlich an der Zeit ist zu sagen, der Subventionswettbewerb zwischen den Bundesländern sollte langsam beendet werden. Der Äußerung des Ministers im Ausschuss, mit den Regelungen, die wir jetzt in Anspruch nähmen, machten wir nichts anderes, als uns im Wesentlichen an Sachsen und Thüringen anzugleichen, und wir führten damit alte Konzepte aus der Zeit von 1999/2000 - zu Tolerierungszeiten - fort, kann ich nur entgegenhalten: Herr Minister, die Zeiten haben sich leicht geändert und wir reden heute über neue Tatbestände und neue Umstände, über die es zu diskutieren gilt.

Deswegen sagt die LINKE: Eigentlich müssten wir generell die Frage der Gemeinschaftsaufgabe Ost noch einmal neu diskutieren.

(Herr Tullner, CDU: Aber nicht heute!)

- Nicht heute, das ist ja nicht der Punkt, lieber Kollege Tullner.

Denn das Drehen an den Stellschrauben ersetzt nicht diese Debatte. Wenn im 36. Rahmenplan festgelegt ist, dass Investitionen über die GA vor allem dazu führen sollen, dass als Primäreffekt zusätzliche Einkommen in den Regionen erzielt werden und dass als Sekundäreffekt eine entsprechende Nachfrage bei Handwerkern und Dienstleistern ausgelöst wird, dann kann man nicht stillschweigend darüber hinweggehen und sagen: Wir stützen auch Investitionen, die keinen Aufbau von Arbeitsplätzen gewährleisten, sondern die nur eine Stabilität bringen.

Wir haben auch an einigen Stellen im Land bemerkt - es wurde benannt, Q-Cells, Gardelegen und andere -, dass das Problem dahin gehend besteht, in welche Richtung wir bei Fördermaßnahmen gehen, wenn das Verfallsdatum der Nachhaltigkeit eigentlich unter der Bindefrist liegt, vor allem was Technologieentwicklung betrifft. In diesem Bereich muss man noch einmal genauer hinschauen und justieren, was die eigentlichen Probleme sind.

Deswegen hat DIE LINKE schon mehrfach gefordert, dass nicht die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit einzelner Unternehmen im Mittelpunkt staatlicher Förderpolitik stehen sollte, sondern die Stärkung des Standortes als Wettbewerbsfaktor, und zwar mit allen Konsequenzen hinsichtlich Investitionen in Infrastruktur und sparsamen Ressourceneinsatz, aber auch in Fragen der Aus- und Weiterbildung. Das halten wir für wesentlich.

Die dritte Bemerkung zum Schluss noch zu dem Thema EU-Mittel. Wir haben sehr aufmerksam verfolgt, was mehr oder weniger stillschweigend in den Äußerungen des Finanzministers oder in der Beantwortung der Kleinen Anfrage unserer Kollegin Dr. Klein zum Thema Ausgabenreste 2008 und deren Übernahme nach 2009 passiert ist.

Wir mussten also feststellen, dass im Bereich EFRE 43 Millionen € im Jahr 2008 nicht ausgegeben worden sind, und zwar für Maßnahmen zur Unterstützung der IBG bei der Bereitstellung von Risikokapital. Wir mussten im Bereich ESF feststellen, dass 26 Millionen € im Jahr 2008 eben nicht ausgegeben worden sind für entsprechende Maßnahmen, die von „Aktiv zur Rente“ bis hin zu Fragen der Existenzgründung reichen. Man muss natürlich darüber diskutieren, welche Ursachen das hat. Das, was dazu gesagt worden ist, erscheint uns nebulös und schleierhaft.

Wichtig ist vor allem noch der Aspekt, was konkret in den Ziel-1- und in den Ziel-1a-Gebieten passiert. Welche Auswirkungen hat es zum Beispiel in diesem Jahr in Halle gehabt? Was ist da konkret gelaufen?

Die Zusage des Ministers, dass man uns darüber Bericht erstatten will - wir haben es heute noch einmal gehört -, ist bestätigt worden. Wir sind sehr gespannt und freuen uns auf die Diskussion. Deswegen werden wir als Fraktion auch der Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses zustimmen.

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Herr Gürth.

Herr Gürth (CDU):

Sehr geehrte Herr Kollege Dr. Thiel, trifft es zu, dass Sie jüngst Großvater geworden sind und, wenn ja, darf man Ihnen dazu gratulieren und dem jungen Erdenbürger, den Eltern und den Großeltern alles Gute wünschen?

(Heiterkeit bei allen Fraktionen)

Herr Dr. Thiel (DIE LINKE):

Ich könnte diese Frage auch nicht beantworten, aber ich sage: Es stimmt.

(Heiterkeit und Beifall im ganzen Hause)

Meine Enkelin ist übrigens in einem Krankenhaus geboren, das mit Mitteln der Europäischen Union gefördert worden ist.

(Heiterkeit und Beifall im ganzen Hause)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Insoweit leistet Herr Dr. Thiel nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch einen Beitrag zur Nachhaltigkeit.

(Herr Tullner, CDU: Er ist Großvater geworden, nicht Vater!)

Wir werden jetzt über die Drs. 5/2152 abstimmen. - Bitte?

(Zuruf)

- Vor lauter Opafreuden haben wir jetzt den letzten Debattenredner vergessen. Es spricht Herr Abgeordneter Miesterfeldt für die SPD-Fraktion.

Herr Miesterfeldt (SPD):

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrte Frau Präsidentin, danke, dass Sie mir noch das Wort erteilt haben.

Ich bin schon Großvater und ich wünsche mir, dass mein Enkelsohn und weitere Enkel, die vielleicht noch kommen, in 20 Jahren in diesem Land oder wo auch immer Arbeit haben werden. Deshalb diskutieren wir heute an der richtigen Stelle über das richtige Thema.

Bekomme ich die Redezeit von Herrn Gürth und Herrn Franke dazu? - Nein, vermutlich nicht.

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Die ist schon fast aufgebraucht.

(Heiterkeit bei allen Fraktionen)

Herr Miesterfeldt (SPD):

Es war sehr schön, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, dass bei der Aktuellen Debatte über die Trägerlandschaften die Emporen voll waren. Ich wünsche mir manchmal, dass dieselben Leute - ich darf das sagen; ich habe viele Jahre meines Lebens zur Trägerlandschaft gehört - dort oben sitzen bleiben würden, wenn es um Wirtschaft geht.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Denn ohne das, was die Wirtschaft erarbeitet, dreht sich alles andere auch bei den Trägern nicht.

(Herr Gürth, CDU: Sehr richtig! Bravo!)

- Das ist sehr richtig; das stimmt.

Meine Damen und Herren! Wenn ich Ihnen heute vor einem Jahr vorhergesagt hätte, dass in einem Jahr in Thalheim ein Weltmarktführer 500 Arbeitsplätze abbauen wird, dann hätten Sie mich wahrscheinlich einen krankhaften Pessimisten genannt.

Wenn ich Ihnen heute vor einem halben Jahr vorhergesagt hätte, dass man in diesen Tagen in unserem Land in der Zeitung lesen kann: „Arbeitsmarkt zeigt sich in relativ stabiler Verfassung“, und dass ich heute in der Post vom Statistischen Landesamt Folgendes lesen konnte: „Inlandsumsatz und Beschäftigung im Juni 2009 in der sachsen-anhaltischen Industrie stabil“, dann hätten Sie mich wahrscheinlich einen krankhaften Optimisten genannt. Sie sehen also, dass die Situation immer noch wenig berechenbar ist. Schon deshalb sollten wir uns sehr intensiv damit beschäftigen.

Wir haben in Sachsen-Anhalt das eine oder andere Problem - das ist richtig - aufgefangen. Aber es gibt noch viele Ungereimtheiten. Die Möbelindustrie wächst und trotzdem baut ein Regalhersteller in Gardelegen auf Null ab.

Ich möchte an dieser Stelle nach der Kritik an einem Unternehmer den Unternehmern ausdrücklich danken - ich glaube, auch dafür ist dieses Podium der richtige Ort -, die mit dem Mittel der Kurzarbeit die Arbeitslosenzahlen in diesem Lande zumindest bis zum heutigen Tag auf einem erträglich Niveau gehalten haben. Ich möchte ihnen ausdrücklich dafür danken, dass sie auch - der eine mehr, der andere weniger - das Prinzip „Halten und Qualifizieren“ umgesetzt haben.

(Zustimmung bei der SPD, bei der CDU und bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nicht nur, aber auch weil wir Enkel und Enkelinnen haben, muss das Thema Arbeit für die Politik ein First-Thema bleiben. Auch die Vollbeschäftigung muss ein Ziel für politisches Handeln in diesem Land bleiben. Ich habe wenig Verständnis für diejenigen, die das anders sehen.

(Zustimmung bei der SPD)

Wir als Sozialdemokraten werden uns weiterhin diesem Ziel stellen, und zwar - das sage ich ausdrücklich - während eines Wahlkampfes, danach und auch vor dem nächsten.

Ich will zum Schluss meine Ausführungen an einem Gedanken festmachen. In letzter Zeit bin ich bei sehr unterschiedlichen Veranstaltungen gewesen, von Gewerkschaft bis FDP, wobei ich nicht auf der Veranstaltung war, sondern nur die Redner gehört habe. Es gab einen einheitlichen Tenor. Man sagte: Wir fördern zu viele Leuchttürme und zu wenig den Mittelstand.

(Frau Dr. Hüskens, FDP: Auch Leuchttürme können Mittelstand sein!)

- Auch Leuchttürme können Mittelstand sein. Sie haben mir meine Erkenntnis schon vorweggenommen, Frau Dr. Hüskens. Ich glaube, dass wir beides weiterhin tun müssen.

Wir brauchen in diesem Land Sachsen-Anhalt weiterhin große, strukturbestimmende Unternehmen und Unter-

nehmungen. Wir sind genauso und insbesondere darauf angewiesen, dass der Mittelstand und auch die kleinen Betriebe, die Handwerksbetriebe, die Betriebe, die vielleicht gerade einmal zehn Mitarbeiter haben, weiterhin daran beteiligt sind, den Wohlstand zu mehren.

Wie wird uns das gelingen? - Dazu gibt es, glaube ich, eine Regel, auf die wir uns ganz schnell einigen können. Es muss geforscht werden. Aus der Forschung heraus muss es zu Innovationen kommen; diese führen zu Wachstum und Wachstum führt zu Arbeit.

Ich denke, darin sind wir uns einig. Deshalb ist es gut, dass sich das Parlament und die Regierung auch gegenseitig zuhören und sich im Rahmen der Berichterstattung diesen Fragen weiterhin stellen. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der SPD, bei der CDU und von der Regierungsbank)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Herr Abgeordneter Miesterfeldt. - Wir machen jetzt einen zweiten Anlauf. Wir kommen zum Abstimmungsverfahren zur Drs. 5/2152. Wer der Drucksache zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind alle Fraktionen. Dann ist das so beschlossen worden.

Wir haben den Tagesordnungspunkt 9 beendet und sind damit auch am Ende der 33. Sitzungsperiode des Landtags angekommen.

Ich berufe den Landtag zur 34. Sitzungsperiode am 8. und 9. Oktober 2009 ein.

Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende.

Schluss der Sitzung: 12.57 Uhr.

